

### Vorwort zum Tätigkeitsbericht 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor Ihnen liegt der jährliche Tätigkeitsbericht der LÄKH für das Jahr 2006. Über die Routineaufgaben hinaus waren zahlreiche weitere Aktivitäten notwendig.

Genauer entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Berichten der verschiedenen Abteilungen des Hauses.

Das Jahr 2006 begann mit der 50-Jahr-Feier der Landesärztekammer, die in festlich-würdigem Rahmen mit Gästen aus nah und fern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begangen wurde.

Darüber hinaus wurden viele neue Projekte angestoßen und weiter entwickelt, insbesondere die Anerkennungsstelle hatte eine unerwartete Flut von Zertifizierungen durchzuführen. Parallel wurde das elektronische Fortbildungspunktekonto umgesetzt, welches Sie nach den Sommerferien 2007 auch persönlich nutzen können. Z. Zt. befinden wir uns in der Testphase.

Im Rahmen der zunehmenden Nutzung von elektronischen Informationswegen haben wir uns am CIMECS – Projekt beteiligt, in welchem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen testen, wie die Befundübermittlung zwischen Praxen und Kliniken schneller und kostengünstiger gestaltet werden kann – bei Erhalt des Datenschutzes. Von den Ergebnissen werden Sie im nächsten Jahr lesen können!

Der Ärzteprotest im Dezember 2006 hat in kürzester Frist von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hohe organisatorische Fähigkeiten gefordert – die Demonstration fand dann ein breites Echo in der Bevölkerung. Den Mitarbeitern sei an dieser Stelle für ihren speziellen Einsatz und die dauerhafte Unterstützung des ehrenamtlichen Präsidiums herzlich gedankt!

Darüber hinaus haben wir, dank der Förderzusagen aus Bund und Land, den Neuaufbau des Internats der Carl-Oeemann-Schule in Angriff genommen. Wir hoffen, in 2008 den lernenden Medizinischen Fachangestellten eine angenehme Unterkunft während der Schulungen anbieten zu können. Das Gebäude – Ensemble in Bad Nauheim erfährt durch diesen Neubau eine deutliche Aufwertung – für die derzeitigen Unannehmlichkeiten bitten wir um Verständnis.

Wenn Sie Anregungen haben, wie wir die LÄKH für Sie servicefreundlicher gestalten können, lassen Sie es uns wissen.

Wir freuen uns über konstruktive Kritik!

Ihre

Dr. med. Ursula Stüwe  
Präsidentin der Landesärztekammer Hessen

### Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	1
Präsidium	2
<b>Hauptgeschäftsführung</b>	
Hauptgeschäftsführung	3
Fortbildungszentrum	6
Akademie	10
Carl-Oeemann-Schule	12
Anerkennungsstelle	14
Arzthelferinnen	15
Ärztliche Weiterbildung	17
Bezirksärztekammern	18
Hessisches Ärzteblatt	24
Presseabteilung	25
Meldewesen	26
Qualitäts- und Versorgungsmanagement und Krankenhausausschuss	27 28
<b>Rechtsabteilung</b>	
Rechtsabteilung	29
Berufsgerichtsabteilung	30
Ethik-Kommission	31
Gutachter- und Schlichtungsstelle	32
Gutachterbenennung	33
<b>Kaufmännische Geschäftsführung</b>	
Kaufmännische Geschäftsführung	34
Beitragsbuchhaltung	35
<b>Fachausschüsse</b>	
Finanzausschuss	36
Gebührenordnungsausschuss	37
Hilfsfonds	38
IVF/ET-Kommission	39
Kommission „Lebenspende“	40
Referat für Ärztinnen	41
Arbeitskreis Palliativmedizin	42
Ausschuss Rettungsdienst	43
Ausschuss „Umwelt und Medizin“	44
EDV-Abteilung	45
Krebsregister	46
Menschenrechtsbeauftragter	47
Versorgungswerk	48





Präsidentin  
Dr. med. Ursula Stüwe,  
Wiesbaden



Vizepräsident  
Martin Leimbeck,  
Braunfels



Monika Buchalik,  
Hanau



Dr. med.  
Siegmund Kalinski,  
Frankfurt am Main



Dr. med. Gottfried von  
Knoblauch zu Hatzbach,  
Stadtallendorf



PD Dr. med.  
Elmar Lindhorst,  
Eppstein



Dr. med.  
Horst Löckermann,  
Darmstadt



Dr. med. Dipl.-Chem.  
Paul Otto Nowak,  
Frankenberg (Eder)



Frank-Rüdiger  
Zimbeck,  
Limburg

### Aufgaben der Kammer

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts vertritt die Landesärztekammer Hessen (LÄKH) die beruflichen Belange ihrer Mitglieder (29321 Ärztinnen und Ärzte, Stand 31.12.2006) auf allen Gebieten ärztlicher Berufsausübung – sei es im Krankenhaus, in freier Praxis oder in anderen Tätigkeitsbereichen. Die hoheitlich delegierten Aufgaben der Kammer, etwa in der Berufsaufsicht, in der Weiterbildung und Fortbildung der hessischen Ärztinnen und Ärzte und bei den Facharztprüfungen, sind im Hessischen Heilberufsgesetz geregelt. Zuständiges Aufsichtsministerium ist das Hessische Sozialministerium. Gegenüber der LÄKH hat es eine Aufsichtsfunktion in rechtlicher, nicht jedoch in fachlicher Hinsicht.

Die Landesärztekammer versteht sich auch als Dienstleistungsunternehmen, das Beratung, Information und Hilfe bietet. Aktiv setzt sich die LÄKH für die Interessen ihrer Mitglieder und aller Bürgerinnen und Bürger ein. Sie ist außerdem gesetzlich dazu verpflichtet, die Erfüllung der Berufspflichten der Kammerangehörigen zu überwachen: Eine Aufsichtsfunktion, die dem Wohl der Patienten dient. Durch die Organisation ärztlicher Weiterbildung und die Förderung der beruflichen Fortbildung der hessischen Ärztinnen und Ärzte sichert die Kammer die Qualität der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung der hessischen Bevölkerung.

Fortbildung findet regional bei den Bezirksärztekammern und im Rahmen der Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung der Landesärztekammer Hessen in Bad Nauheim statt. Die Akademie bietet Fortbildungsveranstaltungen in allen medizinischen Fachgebieten an. Auf dem Areal des Fortbildungszentrums befindet sich auch die Carl-Oelemann-Schule, deren Angebot die geregelte Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen medizinischer Assistenzberufe umfasst.

Die Landesärztekammer nimmt gemäß dem Heilberufsgesetz/Berufsbildungsgesetz die Zwischen- und Abschlussprüfungen von Arzthelferinnen und Arzthelfern/Medizinischen Fachangestellten ab.

Zum 31.12.2006 waren 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 61 in Teilzeit sowie 4 Auszubildende in der Landesärztekammer – ausschließlich Versorgungswerk – beschäftigt.

### Das Präsidium

Das Präsidium führt die laufenden Geschäfte der Landesärztekammer nach Maßgabe der Satzung. Es bereitet die Sitzungen der Delegiertenversammlung vor und führt die von ihr gefassten Beschlüsse aus. Darüber hinaus vertreten die Präsidentin oder in ihrer Vertretung der Vizepräsident die Kammer gerichtlich und außergerichtlich. Die Sitzungen des Präsidiums werden von der Präsidentin geleitet. Das Präsidium ist oberstes Exekutivorgan.

Am 4. September 2004 wählte die Delegiertenversammlung der LÄKH das Präsidium für die Legislaturperiode 2004 bis 2008. An seiner Spitze stehen Dr. med. Ursula Stüwe (Präsidentin) und Martin Leimbeck (Vizepräsident); ergänzt wird das Präsidium durch 7 Beisitzer.

### Impressum

#### Verantwortlich

Dr. med. Michael Popović  
Hauptgeschäftsführer der LÄKH

#### Redaktion:

Katja Möhrle, M.A.  
Pressereferentin der LÄKH  
Telefon: 069 97672-188  
E-Mail: katja.moehrle@laekh.de

#### Mitarbeit:

Beate Völker, Presseabteilung der LÄKH

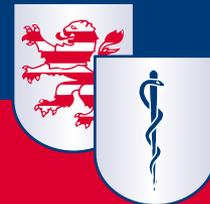
#### Grafik, Layout:

Presseabteilung der LÄKH

#### Satz und Druck:

Leipziger Verlagsanstalt GmbH

© Photos Landesärztekammer Hessen,  
Comstock, Photodisc, Dr. med. Michael Popović,  
Carmen Hauser, Katja Möhrle, Privat



## Hauptgeschäftsführung



**Außendarstellung.** Der Landesärztekammer Hessen (LÄKH) ist es unverändert ein besonderes Anliegen, die Information der internen und externen Öffentlichkeit mit Hilfe der neuen Medien voranzutreiben. Zwei technologische Entwicklungen haben dieses Vorhaben maßgeblich beeinflusst: Erstens konnte durch die Einführung des barrierefreien Internetauftritts mit dem Content Management System „Contento“ die inhaltliche Strukturierung und Gestaltung der Homepage in erheblichem Maße weiterentwickelt werden. Die Zugriffszahlen belegen eine deutliche Zunahme der Akzeptanz. Den zweiten Aspekt, der für die interne Öffentlichkeitsarbeit von Bedeutung ist, stellt die Einführung des Kammer-Infosticks dar. Als erste Landesärztekammer in Deutschland bieten wir die wesentlichen Informationen der Kammer nicht mehr in Form einer gedruckten Infomappe, sondern überreichen jedem neuen Kammermitglied einen USB-Infostick mit den digitalisierten Materialien. Der Stick wurde mit einer Software versehen, die es ermöglicht, bei vorhandener Internetverbindung aktualisierte Informationen vom Server der Kammer abzurufen. Dieses System wurde auf der STÄKO Geschäftsführung vorgestellt und stieß auf großes Interesse.

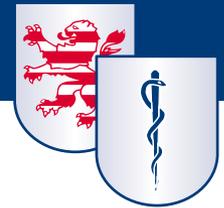
**CIMECS.** Abgesehen davon, dass die LÄKH unverändert die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sehr kritisch bewertet, hat die LÄKH nicht nur beim Hessischen Wirtschaftsministerium bereits vor mehreren Jahren die Initiative ergriffen, den Gesundheitsmarkt in Hessen zu fördern und in einem konkreten Projekt voranzutreiben. Die telematische Arzt-Arzt-Kommunikation mit Hilfe des elektronischen Arztausweises in einem Gemeinschaftsprojekt des Wirtschaftsministeriums, der Uniklinik Gießen, der deutschen Telekom, des ANR Lahn-Dill-Kreises, niedergelassener Vertragsärzte und weiterer Kliniken wurde mit Hilfe einer finanziellen Förderung des Wirtschaftsministeriums und der EU auf den Weg gebracht.

**Projektmanagement.** Von der Vielzahl der verschiedenen Einzelprojekte, die auch im Jahr 2006 in der LÄKH betrieben und teilweise realisiert wurden, sei an dieser Stelle lediglich erwähnt, dass auch mit Hilfe externer Berater ein Leitfadens Projektmanagement LÄKH erarbeitet wurde. Die Einführung dieses Leitfadens hat zum Ziel, zukünftig ein systematisiertes Vorgehen ebenso zu ermöglichen, wie ein priorisierendes Multi-Projektmanagement.

**Neuaufbau Internatsgebäude COS.** Ein großes Projekt stellt der Neuaufbau der Internates der COS dar. Nach der Hiobsbotschaft im Jahr 2005, dass der Bund die Förderung dieses Projekts nicht zu realisieren vermöge und somit die vom Bund und vom Land in Aussicht gestellten Fördermittel nicht hätten zur Verfügung gestellt werden können, waren Alternativen zu finden. Die Delegiertenversammlung (DV) entschied für den Fall, dass der Neuaufbau durch Bundes- und Landesmittel nicht gefördert würde, dass die LÄKH eine Restaurierung des Altbaus aus Eigenmitteln vorzunehmen hätte, was bis zu 4 Mio. Euro in Anspruch nehmen würde. Nachdem der diesbezügliche Beschluss in der DV vom März 2006 getroffen worden war, trat der Hauptgeschäftsführer an den Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung (BiB), Andreas Storm, heran, um letztmalig den Sachstand des potentiellen Fördergeschehens zu erfragen. Bei dieser Gelegenheit und in einer Reihe von Einzelgesprächen mit prominenten Politikern des Bundes- und des Landtages konnte dann doch erreicht werden, dass im Zuge von Beratungen des Bundeshaushaltes die notwendigen Bundesmittel bereit gestellt wurden und damit auch die zugesagten Landesmittel fließen würden.

Am 29. Mai 2006 kamen Vertreter und Gutachter des BiB, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), Vertreter des hessischen Baumanagements und der Investitionsbank Hessen mit Vertretern der LÄKH sowie deren Generalplaner und Projektmanager in Bad Nauheim zusammen, um das Förderverfahren doch noch zu ermöglichen. Was kaum noch jemand zu erwarten gehofft hatte, trat ein: Der Bund sagte die ursprünglich avisierte Förderung von 2,8 Mio. Euro nun doch zu; damit konnte auch das Land seine zugesagte Förderung in Höhe von 2,2 Mio. Euro aufrecht erhalten. Aufbauend auf den Planungsmaßnahmen des Jahres 2005 konnte damit der Neuaufbau mit einem Gesamtkostenvolumen von 8,5 Mio. Euro, von denen 3,5 Mio. Euro auf die Kammer entfallen, einer Realisierung näher gebracht werden. Der positive Förderbescheid des Bundes ging Anfang August 2006 ein. Der (damalige) Staatssekretär des Hessischen Wirtschaftsministeriums, Bernd Abeln, übergab in Bad Nauheim den Förderbescheid des Landes in Höhe von 2,2 Mio. Euro dem Vizepräsidenten der Landesärztekammer Martin Leimbeck, und dem Hauptgeschäftsführer. Damit stand nun endgültig fest, dass die LÄKH die Beschlüsse der DV zur Realisierung des Bauprojektes und die Fristenplanung des Förderantragsgeschehens mit einem hohen Anspruch an Organisationsvermögen und Planungskompetenz umsetzen konnte. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die Arbeiten für die Umsetzungsplanung mit erheblichem Engagement betrieben. Dank der Motivation und der Leistungsfähigkeit der Beteiligten gelang es noch im Jahr 2006 den Altbau abzureißen, eine Ersatzunterkunft bereit zu stellen und die bereits verausgabten Kammerhaushaltsmittel dem Förderverfahren zuzuführen, was noch im Jahr 2006 zu einer Erstattung in Höhe von 1 Mio. Euro führte.





## Hauptgeschäftsführung

**50 Jahre LÄKH.** Ein besonderes Ereignis war die Veranstaltung anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Landesärztekammer Hessen als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nach intensiven Vorbereitungen wurde die Jubiläumsveranstaltung am 8. März 2006 im Campus Westend der Frankfurter Universität durchgeführt. Auch wenn ein überraschender Winterseinbruch es den Gästen erschwerte, auch aus größerer Entfernung zu der Veranstaltung anzureisen, gestaltete sich das 3-teilige Programm doch zur großen Zufriedenheit aller Teilnehmer. Das wissenschaftliche Symposium mit gesundheitspolitischen Beiträgen und Diskussionsrunden wurde von dem Hessischen Ärzteorchester musikalisch eingerahmt. Der medizinisch-wissenschaftliche Teil fand am Nachmittag statt. Eine Besichtigung des architektonisch und geschichtlich interessanten Poelzigbaus leitete über zu der festlichen Abendveranstaltung, die von dem Kabarettisten Dr. med. Eckhard von Hirschhausen und einer Musikband aufgelockert wurde. Von den zahlreichen prominenten Gästen seien beispielsweise Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, der Präsident der Bundesärztekammer, die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger, die ehemalige FDP-Fraktionsvorsitzende, ehemalige Hessische Kultusministerin und ehemalige Landtagsvizepräsidentin Ruth Wagner, Landtagsabgeordnete der hessischen Parteien, eine Reihe von Präsidenten und Hauptgeschäftsführern anderer Landesärztekammern, Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung, sowie anderer Heilberufskammern und Körperschaften, Vertreter der Stadt Frankfurt, Ordinarien und prominente Vertreter der freien Verbände zu nennen. Die pünktlich zum Jubiläumsfest erschienene repräsentative Festschrift mit beispielhaften Einzelbeiträgen fand großen Anklang. Hinzugefügt wurde ihr eine Broschüre von Prof. Dr. med. Horst Joachim Rheindorf u.a. zu den hessischen Paracelsus-medailleträgern.

**Prävention, Versorgungsqualität.** Weitere besondere Themen, mit denen sich die Landesärztekammer im vergangenen Jahr beschäftigte, bezogen sich auf zwei Tätigkeitsbereiche: einerseits die Prävention und andererseits die Weiterentwicklung der flächendeckenden Versorgungsqualität. Besonders herausgestellt sei hier die Gripeschutz-Aktion „Grippe – Nein danke“, die im Herbst in Frankfurt und Viernheim mit großem Presseecho durchgeführt wurde. Maßnahmen der Vorsorgeplanung bezogen sich besonders auf das Zusammenwirken mit dem Hessischen Sozialministerium (HSM), um das Konzept zur Pandemieplanung („Vogelgrippe“) fachlich fundiert und organisationstechnisch praktikabel zu gestalten. Hierzu fanden eine Reihe von Gesprächsrunden auf Landes- und auf Bundesebene statt.

Im Zuge der vorbereitenden Maßnahmen zur Fußball-Weltmeisterschaft machten es Hinweise auf gewisse Defizite in der katastrophenmedizinischen Vorsorgeplanung erforderlich, nicht nur beim Hessischen Innenministerium und Hessischen Sozialministerium zu intervenieren, sondern auch dem Organisationskomitee der FIFA und des Deutschen Fußballbundes beratend zur Seite zu stehen, um eine Optimierung der Katastrophenvorsorgeplanung und hier ganz besonders des Schnittstellenmanagements der verschiedenen Kommunen, Hilfsorganisationen und Sicherheitskräfte zu gewährleisten.

Im vergangenen Jahr wurden auch die Gespräche zur medizinischen Versorgungssituation der unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Land Hessen im Ausschuss Migration und Gesundheit des HSM fortgeführt. Intensiv diskutierte man die Frage, ob und wenn ja, welche ethnische Gruppe eine schlechtere Versorgung als die deutsche Bevölkerung erfahre. Es wurde nach Wegen gesucht, diese aufgeworfenen Fragen zu objektivieren. Mit den Beteiligten und der Landesärztekammer (LÄKH) konnte vereinbart werden, entsprechende Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Versorgungsmöglichkeiten sowie des Verständnisses derjenigen, die am Versorgungsprozess beteiligt sind, zu ermöglichen. Die LÄKH wurde vom HSM gebeten, sich hier in der ärztlichen Fortbildung und der Qualifizierung der Medizinischen Fachangestellten zu engagieren.

**Leitlinie Schlaganfall, Stellungnahme zur Palliativmedizinischen Versorgung.** Die prospektive Strukturentwicklung in der ambulanten und stationären Versorgung lässt weitere deutliche Einschränkungen erwarten, die sich in verschiedenen Bereichen zu Lasten der Patienten prekär auswirken dürften. Um diesen Trend mit womöglich inhumanen Folgen entgegen zu wirken, hat sich die LÄKH ganz besonders zwei Bereichen gewidmet: der Verbesserung der Versorgung von Schlaganfallpatienten und der Weiterentwicklung der Palliativversorgung. Die Landesärztekammer führte am 18.01.2006 die 2. Fachtagung „Palliative Versorgung und hospizliche Betreuung in Hessen“ gemeinsam mit der KASA (Koordinations- und Ansprechstelle für Dienste der Sterbebegleitung und Angehörigenbetreuung) und der LAG Hospize durch. Die gut besuchte Veranstaltung war interdisziplinär und multiprofessionell ausgerichtet. Das gesteckte Ziel, die an der Versorgungssituation Beteiligten miteinander bekannt zu machen und die Aktivitäten in Stadt und Land zu vernetzen, wurde ebenso erreicht wie vereinbart wurde, zukünftig noch enger zusammen zu arbeiten. Ohne die Förderung der Willy Robert Pitzer Stiftung und das Engagement des ehemaligen Hessischen Sozialministers Armin Clauss wäre das in dieser Form nicht möglich gewesen.



## Hauptgeschäftsführung

Während des Jahres fanden weitere Sitzungen statt, mit dem Ziel eine Anschlussveranstaltung im Januar 2007 durchzuführen. Fachlich inhaltlich hat sich die Kammer mit dem Thema Palliativmedizin im Rahmen der Weiterbildungskurse ebenso beschäftigt wie in Sitzungen des Ausschusses und der STÄKO Palliativmedizin. In einem Workshop wurde infolge der Bitte des HSM eine Stellungnahme der Kammer zur Palliativmedizin in Hessen erarbeitet, welche im September vom Präsidium einstimmig verabschiedet und dem Staatssekretär im HSM übergeben wurde.

Ebenfalls gefördert durch die Willy Robert Pitzer Stiftung, aber auch u. a. durch den Tschechisch-Deutschen Zukunftsfonds und die Hessische Landesregierung wurde Mitte Oktober in Saaz/Böhmen der tschechisch-deutsche Workshop „Der Ackermann aus Böhmen“ zur palliativmedizinischen Versorgung unter Teilnahme namhafter Referenten durchgeführt. Humanitäre und gesundheitspolitische Aspekte im zentraleuropäischen Raum wurden intensiv diskutiert. Gefördert vom Tschechischen Gesundheitsministerium, dem HSM und der Kammer wird im Jahre 2007 eine Dokumentation herausgegeben.

**Vorbereitung Präventionstag.** Der Hessische Landespräventionsrat (Sachverständigenkommission Kriminalprävention) befasste sich u.a. mit der Vorbereitung des Deutschen Präventionstags 2007, der am 18. und 19. Juni 2007 in Wiesbaden stattfindet. Seitens der Kammer konnte erreicht werden, dass die inhaltliche Gestaltung dieses Kongresses sich besonders der Phänomene widmet, die kriminelle Karrieren von Kindern und Jugendlichen zu verhindern suchen. Hierbei werden nunmehr verstärkt ärztliche Aspekte, insbesondere aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie berücksichtigt. Als prominenter Referent wird Prof. Dr. Dr. med. Helmut Remschmidt diese Position vertreten.

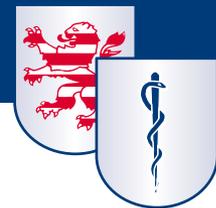
**Organspende und Transplantation.** Im Berichtszeitraum wurde das Hessische Ausführungsgesetz zum Transplantationsgesetz verabschiedet, in dem auch der Kammer Aufgaben zugewiesen wurden. Seit jeher engagiert sich die LÄKH bei der Förderung der Organspende und Organtransplantation. So besteht nicht nur ein entsprechender sachkompetent besetzter Ausschuss zur Durchführung der Lebendspende, sondern es wurden darüber hinaus gemeinsam mit der Landesregierung öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Förderung der Organspende weiterentwickelt. Mit inhaltlicher und organisatorischer Unterstützung der Kammer und ihres Fortbildungszentrums konnte das internationale Symposium Organspende und Organtransplantation in einem modernen Gesundheitssystem am 12. Oktober in Bad Nauheim durchgeführt werden. Das Hessische Ärzteblatt widmete sich der Thematik in einem Schwerpunkttheft.

**Gesetzesnovellen.** Zwei weitere Gesetzesnovellen beschäftigten die Landesärztekammer. Hierbei spielte die Novellierung des Heilberufsgesetzes eine besondere Rolle. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die umstrittene Namensgebung der LPPKJP (Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten) seitens der Psychologen. Nicht nur auf hessischer, sondern auch auf Bundesebene wurde das Ziel verfolgt, diese Kammer „Psychotherapeutenkammer“ zu nennen. Auf hessische Initiative hin fasste der Deutsche Ärztetag einen Beschluss, wonach in allen Bundesländern diese Kammern mit der Kurzform „Psychologische Psychotherapeutenkammern“ zu benennen seien. Dies konnte in Hessen ebenso erfolgreich umgesetzt werden wie bei der entsprechenden Gesetzesnovelle in Nordrhein-Westfalen.

Weitere Schwerpunkte waren die Teilrechtsfähigkeit des Versorgungswerkes und die Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie. Gerade diese EU-rechtlichen Vorgaben haben und werden den Landesärztekammern keine geringen Umsetzungsprobleme bringen, die bis zum 20. Oktober 2007 bewältigt sein müssen. Die überfällige Novellierung des hessischen Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen führte zu Anhörungen und Stellungnahmen, wobei dank des Engagements von Vertretern der Rechtsmedizin und des öffentlichen Gesundheitsdienstes erreicht werden konnte, dass medizinische Aspekte bei der Gestaltung des Leichenschauzeichens Berücksichtigung finden.

**Dr. med. Michael Popović**  
Hauptgeschäftsführer der Landesärztekammer

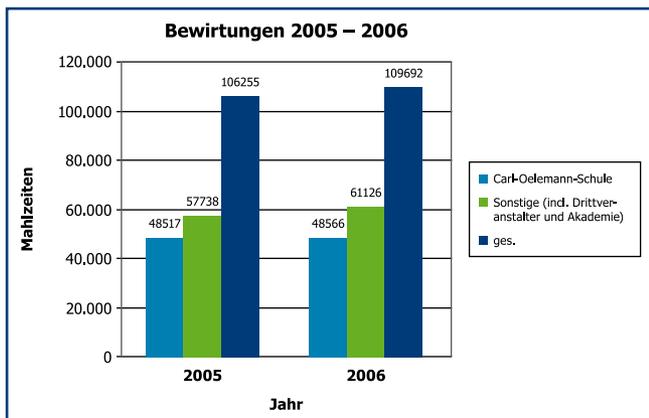




## Fortbildungszentrum

Das Jahr 2006 war für das **Fortbildungszentrum** von Umstrukturierungsmaßnahmen geprägt. Bereiche, in denen dies sinnvoll ist, wurden zusammengelegt oder neu organisiert. Es entstand ein Bereich „**Zentrale Services**“, in dem zukünftig möglichst alle zentral zu erbringenden Dienstleistungen zusammengeführt werden. Die Zuständigkeit für diesen Bereich liegt bei der Managerin des Fortbildungszentrums.

Im Jahr 2006 wurden folgende Bereiche zentralisiert:



1. **Catering:** ab 01.03.2006 wurde das Catering zentral zusammengelegt und das Angebot z.B. durch eine Salatbar, Rohkost und flying food erweitert. Bestehende Preislisten wurden überarbeitet, die vorhandenen Strukturen vereinfacht und eine marktgerechte neue Preisliste etabliert. Dies führte zu einer erheblichen Vereinfachung im Abrechnungsverfahren und zu Einsparungen von Personalressourcen in diesem Bereich. Außerdem wurden die Speisepläne der Carl-Oelemann-Schule und der Akademie zusammengeführt. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 109.692 Mahlzeiten ausgegeben. Hiervon entfielen 48.566 Einheiten auf die Carl-Oelemann-Schule und 39063 auf die Akademie für Ärztliche Fortbildung und Weiterbildung. Insgesamt entspricht dies einer Steigerung von 3,2 % im Vergleich zum Vorjahr.

2. Die **Gebäudereinigung** wurde in die Zuständigkeit der FBZ-Managerin überführt.

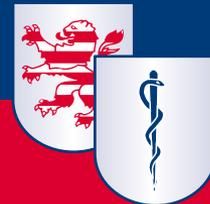
3. Die **Zuständigkeit für das Internatsgebäude** incl. der Verantwortung für die Nachtwachen liegt seit dem 01.03.2006 bei der Managerin des FBZ (Verantwortung für die Auszubildenden im Sinne der Hausordnung weiterhin bei Schulleitung COS). Als weitere Aufgabe ist seit dem Sommer 2006 der **Neuaufbau der Carl-Oelemann-Schule** hinzugekommen. So finden in regelmäßigen Abständen Bauausschusssitzungen statt. Zusammen mit der Schulleitung der Carl-Oelemann-Schule wird versucht, innerhalb der vorhandenen Rahmenbedingungen die bestmöglichen Lösungen für die zukünftigen Nutzer zu erarbeiten und umzusetzen. Bereits im März 2006 wurde die Ausgabe der Mahlzeiten aus brandschutztechnischen Gründen aus dem alten Internat in das Seminargebäude verlegt. Seit dem November 2005 steht den Auszubildenden ein **Containerdorf als Interimslösung** zur Verfügung. Dieses ist einfach, sauber und ausreichend ausgestattet. Die **Fertigstellung des Neubaus** ist bis **Ende 2007** geplant.

4. Durch den Einsatz einer Sachbearbeiterin im Bereich Marketing war es uns möglich,

- eine Homepagebeauftragte für das Fortbildungszentrum zu benennen
- eine für das Marketing verantwortliche Ansprechpartnerin für das Fortbildungszentrum zu benennen

Zusätzlich hat diese Mitarbeiterin zuletzt die Seiten der Akademie im Hessischen Ärzteblatt monatlich gestaltet. Im Bereich Marketing wurden ein **benchmark für das Fortbildungszentrum** erarbeitet. Aus den hieraus gewonnenen Erkenntnissen wurden die bestehenden Preislisten überarbeitet und entsprechende professionelle Präsentationsunterlagen erstellt. Ergänzt wurde dies durch die Erarbeitung Allgemeiner Geschäftsbedingungen und die Konzeption klarer schriftlicher Verträge mit Drittveranstaltern. Das Fortbildungszentrum war **in einschlägigen Tagungszeitschriften** in Form von Anzeigen und redaktionell vertreten (z.B. MICE-Magazin). Außerdem wurde am 31.08.2006 zum ersten Mal ein **Tag der Offenen Tür** organisiert. Zusätzlich wurde die Zusammenarbeit mit Stadtmarketing Bad Nauheim intensiviert. Hier sind für die Zukunft gemeinsame Aktionen geplant (z.B. gemeinsamer Stand auf der STP in Mainz im März 2007). Über die hier aufgeführten Maßnahmen und die **hohe Kundenzufriedenheit unter unseren Drittkunden** hinaus, erfreut sich das Fortbildungszentrum des zunehmenden Interesses von möglichen Kunden.





## Fortbildungszentrum

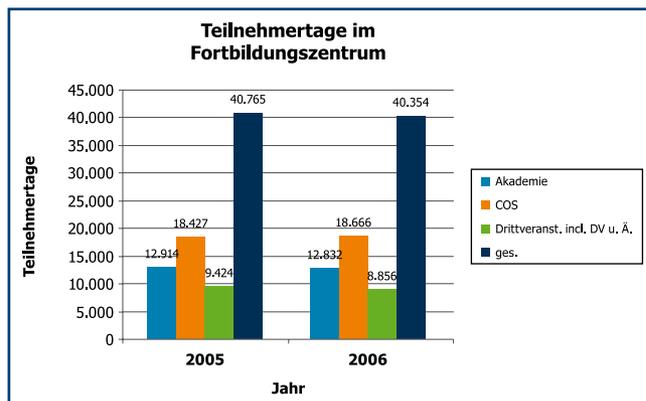
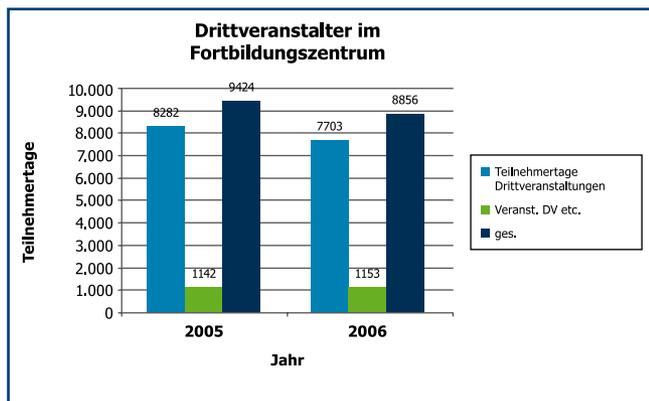
5. Als Außenstelle der Personalabteilung wurde eine zentrale Ansprechpartnerin für den Bereich der Personalangelegenheiten beauftragt.

Folgende Maßnahmen waren am Jahresende noch **in der Umsetzung befindlich**:

- Umsetzung eines **gemeinsamen „docu-centers“** für Akademie und COS:  
Mengengerüst: 443.462 Kopien werden jährlich in der Akademie lt. Angaben der Mitarbeiterinnen angefertigt. Dies entspricht etwa 400 Arbeitsstunden. In der COS ist ein etwa gleich großes Potential vorhanden. So werden größere handouts mittlerweile zentral erstellt. Es ist zusätzlich möglich, diese auch auf CD-Rom zu brennen. Das neue Corporate Design der Landesärztekammer wurde schrittweise in den Publikationen und der Außen- darstellung des Fortbildungszentrums umgesetzt.
- Konzeption eines **zentralen Ressourcen- und Raumplanungsprogramms**:  
Es wurden ein entsprechendes Pflichtenheft erstellt und externe und interne Angebote eingeholt. Dieses Heft soll nun hausintern auf der Basis von Lotus Notes programmiert werden.

### Außendarstellung des Fortbildungszentrums:

Das Fortbildungszentrum hat sich innerhalb der Stadt Bad Nauheim regelmäßig in die Sitzungen des Arbeitskreises Kliniken und Reha-Tag eingebracht. Zusätzlich wurde zusammen mit Dr. med. Sigmund Drexler, dem Stadtmarketing und mit Unterstützung der Presseabteilung der LÄKH eine Ausstellung zum Thema **Medizin im Jugendstil** vom 25.08.2006 – 30.11.2006 organisiert.



### Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung:

Insbesondere in der Akademie wurden Arbeitsprozesse entsprechend den Empfehlungen von Binner-Consult und in Kombination mit eigenen festgestellten Ergänzungen **neu geordnet**. So wurde z.B. ein docucenter eingerichtet, in dem zentral alle Veranstaltungsunterlagen angefertigt werden. In der Akademie werden durch Neuorganisation nur noch dann Aushilfen benötigt, wenn die Veranstaltung von mehr als 50 Teilnehmern besucht werden.

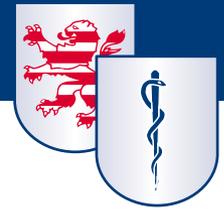
Hinzu kam hier die **Einführung einer neuen Software** im Bereich der Veranstaltungsorganisation. Leider hat sich hierbei herausgestellt, dass diese nur teilweise den Bedürfnissen der Akademie entsprach und in der Konsequenz zu einem vermehrten Arbeitsaufwand bei den Mitarbeiterinnen der Akademie geführt hat.

Die Geschäftsführung der Akademie hat folgende Maßnahmen umgesetzt:

#### 1. Neuordnung des Forderungsmanagements:

- Besuch der Veranstaltungen nur bei nachweislicher Zahlung der Teilnahmegebühr möglich
- Zahlungsmöglichkeiten am Veranstaltungstag: bar, ec-cash, Zahlung per Kreditkarte





- Kompletter Wegfall des Forderungsmanagements
  - Einführung eines einheitlichen Bankeinzugsverfahrens für alle Veranstaltungen
2. Einführung eines **Formblatts zur Budgetierung von Veranstaltungen**:
    - Einsatz des entwickelten Formblatts (Basis Vollkostenrechnung)
      - zur Budgetplanung im Vorfeld
      - zur Abrechnung nach der Veranstaltung
  3. **Neuverteilung der Sektionsveranstaltungen in der Akademie**
    - Prinzip: eine Sachbearbeiterin bearbeitet ein Sachgebiet
    - Ziel: möglichst Gleichverteilung der vorhandenen Arbeitsvolumina über alle Mitarbeiter
    - Übernahme von Anmeldung und Tagungsbüro durch den Empfang
  4. Konzeption eines **Veranstaltungskalenders für 2007**
    - Ziel: gleichmäßigere Verteilung der Veranstaltungen über Wochenenden, um die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter besser zu verteilen
  5. **Vereinheitlichung der e-mail-Signaturen und Briefköpfe in der Akademie**
    - Wegfall der Bezeichnung „Medizinisch-Wissenschaftliche Abteilung“
  6. Verlegung der **Auswertung der Zertifizierungsbögen des Hessischen Ärzteblatts** in die Akademie
    - elektronische Abwicklung dieses Prozesses geplant

Folgende Maßnahmen sind zum Jahresende in der Umsetzung:

1. Umsetzung der Empfehlung aus Binner-Consult: „eine Mitarbeiterin organisiert komplett eine Veranstaltung“  
Erarbeitung der notwendigen Instrumente hierfür:
  - **Checkliste zur Veranstaltungsorganisation**
    - Überarbeitung mit den Sachbearbeiterinnen erfolgt
2. Einsatz von **Forps als neues Veranstaltungsprogramm für Akademieveranstaltungen**:
  - **einheitliche Software-Landschaft** in der Akademie durch die Umstellung von Orbis und Paradox auf Forps als Veranstaltungsprogramm
  - nur **schrittweise Einführung** durch immer wieder offensichtliche Defizite von Forps, verbunden mit entsprechend zu entwickelnden Ergänzungen
3. **Weitere Neustrukturierung** von Arbeitsabläufen in der Akademie durch erneute Überprüfung der workflows
4. Entwicklung eines **Anforderungsprofils für zukünftige online-Anmeldung** von Akademieveranstaltungen

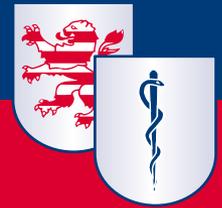
### **Besondere Veranstaltungen im Jahr 2007:**

Am 18.01.2006 hat die **2. Fachtagung „Palliative Versorgung in Hessen“** statt gefunden. Eine 3. Fachtagung für 2007 wurde vorbereitet.

Am 14./15.10.2006 fand in Saaz die Tagung **„Der Ackermann in Böhmen“** statt. Sie hat zum ersten Mal seit Jahrzehnten den Dialog im Bereich sozialkultureller Umgang mit Leiden, Sterben und Trauerarbeit sowie Palliativmedizin zwischen Tschechen und Deutschen wieder aufleben lassen.

Im Jahr 2006 wurden zum ersten Mal alle **Kurse „Palliativmedizin“** gemäß dem Curriculum der Bundesärztekammer komplett durchgeführt. Die Kurse erfreuen sich einer hohen Nachfrage. Zusammen mit den Kursleitern wurde hier auf eine hohe Qualität der Kurse Wert gelegt.

Die Aktivitäten im Bereich der Palliativmedizin wurden **großzügig von der Pitzer-Stiftung** unterstützt. Ohne diese Unterstützung wäre z.B. auch ein **train-the-trainer** für die Referenten im Bereich Palliativmedizin nicht möglich gewesen. Mit großem Erfolg wurde der Kurs **„psychoreaktive Traumafolgen“** in Zusammenarbeit mit der Psychologischen



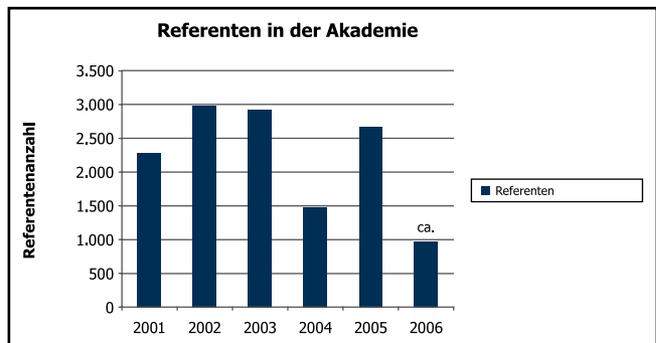
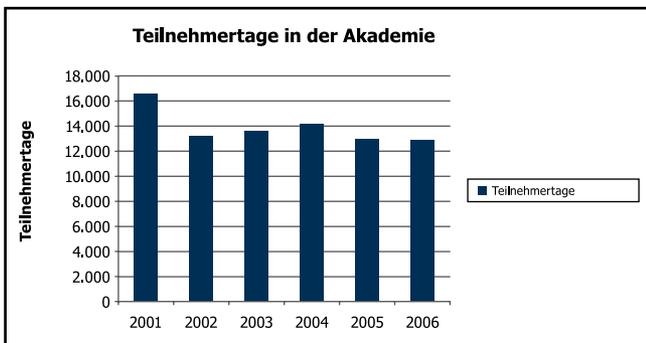
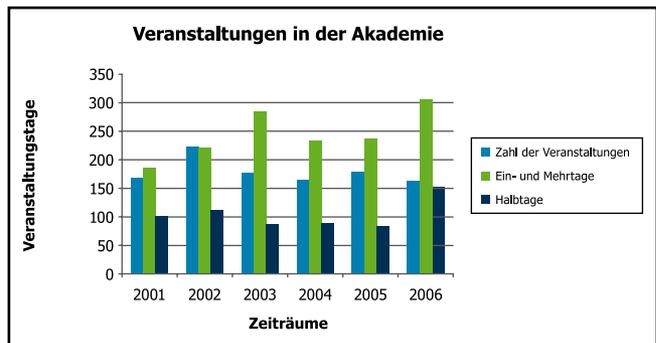
## Fortbildungszentrum

Psychotherapeuten-Kammer durchgeführt. Auch für das nächste Jahr ist ein solcher geplant. Im Herbst 2006 wurde in der Akademie der erste Kurs „Umweltmedizin“ im Bundesgebiet nach dem neuen Curriculum der Bundesärztekammer durchgeführt

### Einführung neuer Medien in die Fortbildung:

In Vorbereitung für das Jahr 2007 hat sich die Geschäftsführung mit der Methode des „blended learning“ auseinandergesetzt. Für das Jahr 2007 ist hier das erste Pilotprojekt geplant.

Zeitraum	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Zahl der Veranstaltungen	168	222	177	165	179	163
Veranstaltungstage						
a) Halbtage	101	112	87	89	84	152
b) Ein- und Mehrtage	186	221	285	234	237	306
Zeitraum	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Teilnehmer	16564	13165	13590	14124	12914	12832
Zeitraum	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Referenten	2284	2990	2928	1477	2668	974



### Sigrid Blehle

Managerin Fortbildungszentrum  
Geschäftsführerin der Akademie





## Akademie

Seit der letzten Delegiertenversammlung sind erst einige Monate vergangen. Leider haben sich unsere seit 2004 gehegten Hoffungen, die elektronischen Medien könnten uns eine größere Entlastung und mehr Service für unsere Kolleginnen und Kollegen bringen, bisher nicht erfüllt. Doch wir geben die Zuversicht nicht auf.

Im genannten Berichtszeitraum wurden 196 Veranstaltungen in der Akademie vorbereitet, von denen 163 Veranstaltungen stattgefunden haben.

Im letzten Jahr sind über 12.000 Veranstaltungen in der Anerkennungsstelle zertifiziert worden. Die „Fortbildungs-Landschaft“ hat sich zunehmend gewandelt; die Veranstaltungen werden immer häufiger dezentral angeboten. Eine neue Software zur Erleichterung der Veranstaltungsorganisation erfüllte bisher nicht unsere Erwartungen.

Die Folge für die Akademie war, dass sie vor allem im letzten Quartal 2006 wegen mangelnder Beteiligung fachlich sehr gute Veranstaltungen absagen musste. In diesen Fällen war es besonders bedauerlich, wenn Kollegen, die sich nicht angemeldet hatten, vergeblich den Weg zu der spontan ausgewählten Veranstaltung nach Bad Nauheim zurücklegten. Meist konnten allerdings andere in der Akademie stattfindende Fortbildungsveranstaltungen von diesen Kollegen besucht werden. Als Ursache für die Absagen nehmen wir nicht mangelndes Interesse der Kollegen, sondern viel mehr das große Angebot von Veranstaltungen vor Ort oder der unmittelbaren Umgebung an. Hinzu kommt, dass wir keine ausreichende Möglichkeit zur Information über die qualitativ hochwertigen Angebote in den verschiedenen Fachgebieten haben. Hier bauen wir auf die elektronischen Medien und versuchen in Zusammenarbeit mit der Presseabteilung möglichst bald Abhilfe zu schaffen. Auf der Homepage soll das Auffinden von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Akademie und der übrigen Veranstaltungen übersichtlicher und leichter werden. Gemeinsam haben wir und die Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig für das Hessische Ärzteblatt Medigramme entwickelt, die das Auffinden der einzelnen Fachgebiete im Netz und auf den Fortbildungsseiten in unserem Kammerblatt vereinfachen sollen.

Auf weiterhin großes Interesse stoßen die fachspezifisch strukturierten Fortbildungsreihen in den Fächern Chirurgie, Frauenheilkunde, Innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin, Ernährungsmedizin und der Speziellen Schmerztherapie. Gerade die Kurse zum Erlangen von Zusatzbezeichnungen sind verständlicherweise immer gut besucht.

In Frühjahr 2007 werden die Sektionen neu besetzt. Hier haben die einzelnen Kolleginnen und Kollegen der Niedergelassenen, Kliniker und universitären Einrichtungen zugesagt, das Angebot an interdisziplinären Veranstaltungen auszubauen. Dabei sollen Symptombilder in den Vordergrund gerückt werden, um möglichst vielen Kollegen anzusprechen. Gleichzeitig sollen Falldarstellungen aus Klinik oder Praxis die immer wieder zu beobachtenden Berührungspunkte dieser Kolleginnen und Kollegengruppen auflockern. Letztlich besteht von Seiten der Akademie ein großes Angebot von Veranstaltungen in der Akademie von A bis Z (s. Anlage).

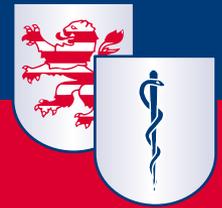
Entsprechend der allgemeinen Auffassung der einzelnen Kammern haben wir die Printmedien unserer Fortbildungssatzung wieder mit 2 CME-Punkten belegt. Unser freiwilliges Fortbildungszertifikat soll weiter durch die Grenzen in den einzelnen Kategorien seine Qualität gegenüber der reinen Punktaddition behalten. Lediglich wollen wir den bisherigen Verlauf von drei Jahren entsprechend des SGB V für das KV-Zertifikat auf fünf Jahre anpassen.

Nur wenn unsere Kollegen die angebotenen Möglichkeiten wie bisher wahrnehmen, können wir dem zunehmenden politischen Druck standhalten, um nicht in eine von außen gesteuerte Medizin zu geraten. Dies geht nur, wenn der freie Beruf des Arztes weiter bewahrt wird, vor allem unterstützt von unserem Motto

**Wer aufhört, besser zu werden, hört auf, gut zu sein !**

**Prof. Dr. med. Ernst-Gerhard Loch**  
Vorsitzender der Akademie

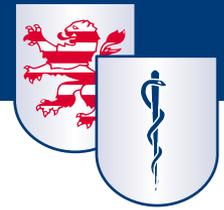




## Akademie

### Angebot der Akademie von A – Z

- Allgemeinmedizin, Kurs-Weiterbildung (80 Std.)
- Akupunktur
- Anästhesiologie
- Arbeitsmedizin (360 Std.)
- Augenheilkunde
- Begutachtung, Medizinische Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren
- Bildungsurlaubsveranstaltungen
- Chirurgie
  - Kinderchirurgie
  - Plastische Chirurgie
  - Unfallchirurgie
- Diabetes-Kolloquium
- Didaktik – Modertorenttraining
- EKG
- Ernährungsmedizin (100 Std.)
- Evidence based Medicine – Grundkurs
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Gerontologisch/ Geriatisches Symposium
- Gesundheitswesen in Deutschland
- Gewebegesetz
- Hämotherapie, Qualitätsbeauftragter Arzt (40 Std.)
- Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
- Haut- und Geschlechtskrankheiten
- Hygiene und Umweltmedizin
- Innere Medizin
  - Angiologie
  - Endokrinologie
  - Gastroenterologie
  - Hämatologie
  - Intensivmedizin
  - Kardiologie
  - Nephrologie
  - Pneumologie
  - Rheumatologie
- Impfkurs
- Kinder- und Jugendmedizin
- Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Kongresse
- Laboratoriumsmedizin
- Leichenschau
- Lungen- und Bronchialheilkunde
- Medical English
- Medizin für Nichtmediziner
- Medizin in der Literatur
- Medizinische Informatik
- Medienmedizin
- Migrantenmedizin
- Moderatorenttraining
- Mund- Kiefer-Gesichtschirurgie
- Mykologie-Kurs
- Neurologie
- Neurochirurgie
- Notfallmedizin:
  - Notdienstseminar „Akuter Notfall – was tun?“
  - Fachkundenachweis „Rettungsdienst“
  - Leitender Notarzt und Wiederholungsseminar Leitender Notarzt
  - Kurs Ärztlicher Leiter Rettungsdienst
  - Mega-Code-Training
- Nuklearmedizin
- Öffentliches Gesundheitswesen
- Organspende/ Organtransplantation
- Orthopädie – Rheumatologie
- Palliativmedizin
  - Fachtagung Palliative Versorgung in Hessen
  - Basiskurs (40 Std.)
  - Aufbau-seminar
  - Fallseminar
- Pathologie
- Pharmakotherapie-kurse – Klinische Pharmakologie
- Prüfфарzt Klinische Studien (16 Std.)
- Psychiatrie
- Psychosomatik – Psychotherapie
- Psychosomatische Grundversorgung – Psychosomatik-Curriculum
- Psychotherapie – Intensivseminare
- Qualitätsmanagement, Ärztliches (200 Std.)
  - Kurs EFQM
- Qualitätszirkel
- Radiologische Diagnostik
- Rehabilitation, Medizinische (16 Std.)
- Reisemedizinische Gesundheitsberatung (32 Std.)
- Risikomanagement
- Schmerztherapie-Kurs (80 Std.)
- Schwangerschaftskonflikt-Beratung (§ 218 StGB)
- Sozialmedizin (320 Std.)
- Sportmedizin
- Strahlenschutz-kurse
  - Informationskurs
  - Grundkurs
  - Spezialkurs
  - Aktualisierungskurs
  - Computertomographie
  - Interventionsradiologie
- Strahlentherapie
- Strukturierte fachspezifische Fortbildungsreihe
  - Innere Medizin
  - Chirurgie
  - Kinder- und Jugendmedizin
  - Frauenheilkunde und Geburtshilfe
  - Masterkurs Orthopädie und Unfallchirurgie
- Suchtmedizinische Grundversorgung (50 Std.)
- Transfusionsverantwortlicher (16 Std.)
- Ultraschall-kurse
  - Abdomen
  - Refresher-Kurs Abdomen
  - Gefäße
- Umweltmedizin
- Urologie
- Verkehrsmedizinische Begutachtung (16 Std.)
- „Wartburggespräche“/ Salutogenese
- Wiedereingliederungskurs für Ärztinnen und Ärzte



### Aufgaben und Ziele

Aufgabe der Carl-Oelemann-Schule ist es, die betriebliche Ausbildung von Arzthelferinnen durch überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen zu ergänzen. Sie unterstützt dabei die Arztpraxen bei der Erfüllung der Anforderungen des Ausbildungsrahmenplanes. Im Jahr 2006 stellte die Umsetzung der neuen Ausbildungsverordnung zur Medizinischen Fachangestellten ab 1. August 2006 für alle an der Berufsausbildung Beteiligten eine große Herausforderung dar. Ziel der Carl-Oelemann-Schule war es, die ausbildenden Ärztinnen und Ärzte mit der Einführung eines modularen Systems bei der Erfüllung ihres Ausbildungsauftrages individueller unterstützen zu können.

Neben der Entwicklung neuer Lehrpläne war das Jahr insbesondere ab Oktober 2006 geprägt von Planungen für den Neuaufbau des Internates und dem Umzug in die Wohncontainer. Das Wohnen in den Containern ist für die jungen Auszubildenden einerseits Abenteuer, bedeutet jedoch andererseits auch Verzicht auf Komfort.

Im Bereich der Fortbildung von Arzthelferinnen hat die Carl-Oelemann-Schule bedarfsgerechte Fortbildungen und neue Qualifizierungslehrgänge (u.a. Qualitätsmanagement) entwickelt und eingeführt.

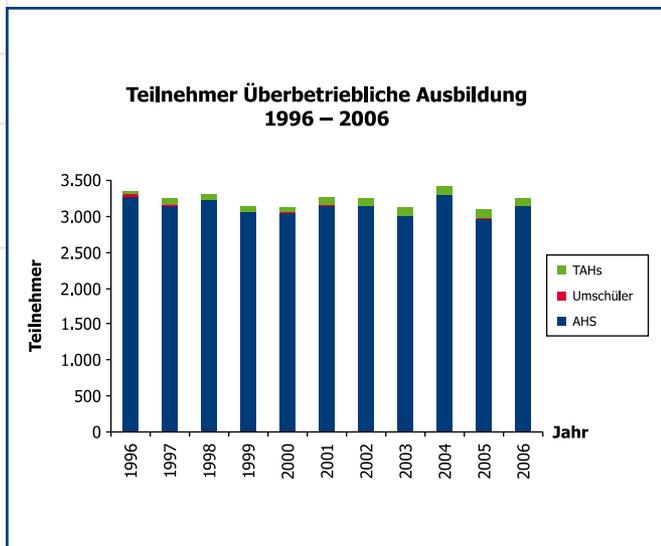
### Tätigkeiten und Zahlen 2006

Für das Jahr 2006 verzeichnete die Carl-Oelemann-Schule insgesamt 4.722 Teilnehmer/innen. Im Vergleich dazu wurden im Jahr 2005 4.818 gezählt.

### Überbetriebliche Ausbildung

Im Rahmen der Überbetrieblichen Ausbildung besuchten im Jahr 2006 insgesamt 3.154 Auszubildende die Carl-Oelemann-Schule. Die Teilnehmer/innen an den Umschulungsmaßnahmen zur/zum Arzthelfer/in wurden aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen in die Lehrgänge der Grundstufe der Überbetrieblichen Ausbildung integriert. Insgesamt 99 Teilnehmer/innen besuchten die Überbetriebliche Ausbildung von Tierarzthelferinnen.

Das mit der Fachstufe 1 eingeführte neue Lehrgangskonzept mit Wahltagen bietet den ausbildenden Ärzten die Möglichkeit, neben festgelegten Lerninhalten verschiedene Lernbereiche zu wählen. Aufgrund der Teilnahme von Auszubildenden, die die Berufsausbildung zum/zur Arztfachhelfer/in und von Auszubildenden, die bereits die Ausbildung zur Medizinischen Fachangestellten absolvieren, wurde für das zweite Ausbildungsjahr (Fachstufe 1) ein Übergangslehrplan entwickelt. Diese Entwicklungsleistung ist von der Carl-Oelemann-Schule auch für das dritte Ausbildungsjahr (Fachstufe 2/2007) zu leisten.

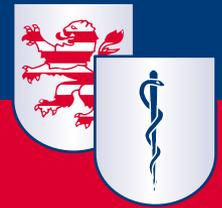


Jahr	AHs	Umschüler*	TAHs	Summe je Jahr
1996	3.265	38	60	3.363
1997	3.146	18	76	3.240
1998	3.226	6	88	3.320
1999	3.055	10	73	3.138
2000	3.040	15	73	3.128
2001	3.154	17	99	3.270
2002	3.140	12	94	3.246
2003	2.990	17	107	3.114
2004	3.281	14	126	3.421
2005	2.954	18	121	3.093
2006	3.154		99	3.253

Tah: Auszubildende Tierarzthelfer/in

Ahs: Auszubildende Arzthelfer/in

\* Umschüler sind ab 2006 in ÜA-Lehrgänge integriert



### Qualifizierungs- und Anpassungsfortbildungen

Neben den eintägigen Anpassungsfortbildungen konnte die Carl-Oelemann-Schule insgesamt 8 Qualifizierungslehrgänge anbieten. Neu im Programm waren 2006 die Qualifizierungen Palliativmedizin und Qualitätsmanagement. Im Bereich der Fortbildung wurde ebenfalls die Modularisierung von Lernbereichen umgesetzt. Begonnen wurde mit dem Modul „Kommunikation“. Fortbildungen können sowohl als eintägige Veranstaltungen als auch im Rahmen einer Qualifizierungsfortbildung besucht werden und werden in unterschiedlichen Wahlteilen der Fortbildung zur Arztfachhelferin anerkannt.

Durch die Änderung der Richtlinien zur Röntgenverordnung umfassen die Lehrgänge „Kenntnisse im Strahlenschutz“ ab 2006 nur noch 90 Stunden. Diesen Kurs konnten 28 Teilnehmer/innen mit einer erfolgreichen Abschlussprüfung abschließen. Die Verpflichtung zur Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz alle 5 Jahre besteht weiter. Die Carl-Oelemann-Schule bietet diese Kurse seit 2006 an.

Der Qualifizierungslehrgang „Arztfachhelferin“ startete 2006 mit 13 Teilnehmerinnen. Die Onkologische Fortbildung schlossen 20 Teilnehmerinnen, die Fortbildung Palliativmedizin 8 Teilnehmerinnen mit einem qualifizierten Abschlussgespräch ab. Der Beginn eines neuen Lehrganges Onkologie wurde wegen der Modularisierung der onkologischen und palliativmedizinischen Fortbildung auf Anfang 2007 verlegt. Das neue Angebot „Qualitätsmanagement für Arzhelfer/innen“ absolvierten 18 Teilnehmer/innen mit Erfolg. Aufgrund von inhaltlichen, am Bedarf orientierten notwendigen Veränderungen im Curriculum der Fortbildung „Qualifizierung zur/zum Assistent/in beim ambulanten Operieren“ konnte im Jahr 2006 kein Lehrgang angeboten werden.

Die bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich durchgeführten arbeitsmedizinischen Kurse werden weiter als Anpassungsfortbildung angeboten. Bei Absolvierung aller Kurse erhalten die Teilnehmer/innen ein Zertifikat „Betriebsmedizinische Assistenz“. Dieses wurde fünfundzwanzig Mal ausgestellt.

2006 konnte das im vergangenen Jahr begonnene 40-stündige Pilotprojekt „E-learning für Arzhelfer/innen im Bereich Praxismanagement“ mit 16 Teilnehmer/innen erfolgreich abgeschlossen werden. Im Sinne von „Blended Learning“ war das Seminar unterteilt in Präsenzphasen an der Carl-Oelemann-Schule und Telelernphasen am PC. Die Teilnehmer/innen empfanden diese neue Art des Lernens als spannend und sehr motivierend.

Die vorwiegend eintägigen Fortbildungen für das Praxisteam besuchten im Jahr 2006 insgesamt 644 TeilnehmerInnen. Die neue modularisierte Fortbildung „Kommunikation“ wurde von 149 Teilnehmer/innen belegt.

Im Bereich der Internatsverpflegung und Veranstaltungsbewirtschaftung wurden für die Carl-Oelemann-Schule 48.566 Verpflegungen organisiert und durchgeführt. Insgesamt haben 2.567 Teilnehmer die Internatsunterbringung in Anspruch genommen.

Der Vorstand der Carl-Oelemann-Schule traf sich an zwei Terminen zu Sitzungen, der Ausschuss Überbetriebliche Ausbildung tagte an vier Terminen, da 2006 umfangreiche Entscheidungen im Hinblick auf die Neustrukturierung der Lehrpläne und Unterrichtskonzeptionen erforderlich waren.

### Ausblick auf das Jahr 2007

Zum Jahreswechsel wurde Silvia Happel zur Nachfolgerin von Jutta Beleites in der Position der Schulleiterin der Carl-Oelemann-Schule ernannt. Dr. med. Klaus Uffemann beendete seine Amtszeit als Vorsitzender der Carl-Oelemann-Schule. Zu seinem Nachfolger wählte das Präsidium der Landesärztekammer Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, zum stellvertretenden Vorsitzenden Erich Lickroth.

Im Bereich der Überbetrieblichen Ausbildung steht für das Jahr 2007 die Umsetzung der Neustrukturierung für die Grundstufe und die Fachstufe 2 auf der Agenda, im Bereich der Qualifizierungs- und Fortbildungslehrgänge der Ausbau der Modularisierung. Auf der Ebene der Bundesärztekammer ist die Carl-Oelemann-Schule u.a. an der Neukonzeption der Qualifizierungsfortbildung „Arztfachhelferin“ **beteiligt**, die – basierend auf der Neuordnung der Ausbildung „Medizinische Fachangestellte“ – entwickelt wird.

### Silvia Happel

Leiterin der Carl-Oelemann-Schule





## Anerkennungsstelle

Kontinuierliches und kollegiales Lernen war und ist Bestandteil der professionellen Identität der Ärzte und Ärztinnen. Der große Zuspruch des freiwilligen Kammerzertifikates dokumentiert die Bereitschaft der hessischen Ärzte und Ärztinnen, die Vorschrift der Berufsordnung mit Leben zu füllen. Mittlerweile hat der Gesetzgeber nachgezogen: §95d verpflichtet die Vertragsärzte und die Vereinbarung des Gemeinsamen Bundesausschusses die Fachärzte im Krankenhaus zum Nachweis ihrer Fortbildungsaktivitäten. Die bundesgesetzlichen Vorgaben haben zu einer Vervielfachung der Anerkennungsverfahren geführt:

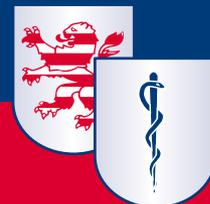
Jahr	Zahl der Anerkennungsanträge der LÄKH
2003	2.460
2004	4.080
2005	5.834
2006	17.773

Die Bearbeitung der Antragsflut konnte nur durch den Einsatz moderner Bürokommunikation bewältigt werden. Dem Online-Antragsverfahren folgte der elektronische Veranstaltungskalender. Beide Module sind über die Homepage der Landesärztekammer Hessen bequem zu erreichen und werden von den Ärzten und Ärztinnen mittlerweile gut angenommen. In Zusammenarbeit mit der Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung sowie den Gremien der Bundesärztekammer aktualisierte die Anerkennungsstelle in 2006 die Fortbildungssatzung und erarbeitete Richtlinien zur Anerkennung und Bewertung von Fortbildungsmaßnahmen. Durchschnittlich zweimal pro Jahr kommt der Beirat der Anerkennungsstelle unter dem Vorsitz der Präsidentin der Landesärztekammer Hessen zusammen, in dem Vertreter der Kammer, der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, der Landeskammer der psychologischen Psychotherapeuten und dem Sozialministerium die Rahmenbedingungen der Fortbildung koordinieren und Widersprüche bearbeiten. Von 12.773 Anträgen wurden in 2006 ca. 5% abschlägig beschieden. Die häufigste Ursache für Negativbescheide war die Verletzung der Unabhängigkeit von kommerziellen, gesundheitsökonomischen oder werbenden Interessen Dritter. Es ist ein erklärtes Ziel der Landesärztekammer Hessen, mit vielfältigen und hochwertigen Fortbildungsmaßnahmen einen kritischen und öffentlichen Diskurs zu fördern.

### **Dr. med. Susan Trittmacher**

Leiterin der Anerkennungsstelle der Landesärztekammer Hessen





## Arzthelfer/in-Ausbildungswesen

### Aufgaben

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die Abteilung Arzthelfer/in die zuständige Stelle für die Berufsbildung (= Berufsausbildung, berufliche Fortbildung, berufliche Umschulung) der/des Medizinischen Fachangestellten (früher: Arzthelfer/in), die die ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung überwacht und das gesamte Prüfungswesen alleinverantwortlich organisiert.

### Unser Service

- Verschicken von Berufsausbildungsvertragsformularen, schriftlichen Informationen und Literaturhinweisen sowie Arbeitsverträgen,
- telefonische Beratung über das Ausbildungsverhältnis, die Ausbildung und Zwischen- und Abschlussprüfung,
- Nennung und ggf. Einschaltung des Ausbildungsberaters (nimmt vor Ort die Beratung der ausbildenden Ärztinnen/Ärzte und Auszubildenden vor),
- Prüfung des Berufsausbildungsvertrages,
- Eignungsfeststellung der/des ausbildenden Ärztin/Arztes und der Ausbildungsstätte,
- Veröffentlichungen im Hessischen Ärzteblatt und Internet,
- Jobbörse – Angebot von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,
- Ehrung langjährig tätiger Arzthelfer/innen im Hessischen Ärzteblatt – 2006= 74 (63) Ehrungen.

### Zuständigkeit für das Prüfungswesen

- Prüfungstermine festlegen,
- Prüfungsaufgaben erstellen,
- Prüfungsausschüsse errichten und einberufen,
- Zulassungsvoraussetzungen der Prüfungsteilnehmer/innen überprüfen,
- Prüfungen abnehmen,
- Prüfungsergebnisse auswerten und bekannt geben,
- Prüfungszeugnisse erstellen,
- Prüfungszeugnisse im Rahmen einer Abschlussfeier im jeweiligen Bezirksärztekammer-Bereich überreichen.

### Ausbildungszahlen (Zahlen in Klammern = Vorjahreszahlen)

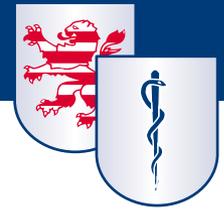
Stichtag 31.12.2006	Neuverträge	Gesamtzahl Auszubildende	Umschüler
<b>Anzahl</b>	872 (1.019)	2.712 (3.015)	14* (9)
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr</b>	- 147 (+ 25) - 14,4 % (+ 2,4 %)	- 303 (+ 6) - 10,1 % (+ 0,2 %)	+ 6 (- 12)
<b>davon männlich</b>	7 (5)	23 (23)	--- (---)

\* Die Zahl der Umschulungen ist wegen der geänderten Fördervoraussetzungen der Arbeitsverwaltung leicht angestiegen.

	Abschlussprüfung Winter 2006	Abschlussprüfung Sommer 2006	Zwischenprüfung 2006
<b>Teilnehmer/innen</b>	225 (191)	846 (881)	943 (1.008)
<b>nicht bestanden</b>	38 (30)	41 (51)	
<b>vorzeitige Teilnahme</b>	102 (98)	44 (28)	
<b>bestanden mit der Note „sehr gut“</b>	0 (0)	5 (4)	

Schulbildung der Auszubildenden	Abitur	Realschule	Hauptschule
<b>Anzahl</b>	51 (77)	548 (691)	177 (217)





## Arzthelfer/in-Ausbildungswesen

### Vorbereitungen für die Abschlussprüfung im Winter 2007

zugelassene Teilnehmer/innen	203 (227)
vorzeitige Teilnahme	100 (102)

### Anträge auf Verkürzung Ausbildungsjahr 2006 / 2007

gesamt	33 (40)
genehmigt	29 (37)

#### Ausbildungssituation

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge ist leider rückläufig, was zu einem großen Teil mit den politischen Veränderungen im Gesundheitswesen, insbesondere der mangelnden Planungssicherheit, zusammenhängt.

#### Werbung für den Beruf der/des Medizinischen Fachangestellten (früher: Arzthelfer/in)

Teilnahme an 9 (8) Ausbildungsmessen, u. a. Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt. Aus ökonomischen Gründen haben wir uns auf besondere Standorte beschränkt.

#### „Pilotprojekt Gießen“

Die Übernahme des Aufgabengebietes Arzthelfer/in-Ausbildungswesen der Bezirksärztekammer Gießen nach Frankfurt verlief bisher erfolgreich und wird fortgeführt.

#### Novellierung der Arzthelfer-Ausbildungsverordnung

Die vorbereitenden Arbeiten zur Novellierung der Ausbildungsverordnung sind abgeschlossen. Am 01.08.2006 trat die Ausbildungsordnung über die Berufsausbildung zum/zur Medizinischen Fachangestellten in Kraft. Das Novellierungsverfahren sowie die Umsetzung bedeutet für die Abteilung einen erheblichen Arbeitsaufwand.

#### Hessischer Pakt für Ausbildung 2004 – 2006

Die Landesärztekammer Hessen beteiligt sich aktiv am Hessischen Pakt für Ausbildung 2004 – 2006, der die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, Nachvermittlungsaktionen, verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen, wie z. B. Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) zum Inhalt hat. Bei den Nachvermittlungsaktionen für Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, stand in der Arbeitsagentur in Frankfurt eine Vertreterin der LÄKH vor Ort als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Im Berichtszeitraum wurden 47 (13) Praktikantenverträge mit Jugendlichen abgeschlossen, von denen 4 (7) in ein Berufsausbildungsverhältnis übernommen wurden.

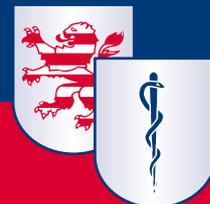
#### Berufsbildungsausschuss

Der nach dem Berufsbildungsgesetz einzurichtende Berufsbildungsausschuss hat 2 x getagt und sich in der Hauptsache mit der Novellierung der Arzthelfer-Ausbildungsverordnung, der Ausbildungssituation, sowie den Maßnahmen zur Förderung von Ausbildungsplätzen beschäftigt.

#### Roswitha Hoerschelmann

Assessorin, Abteilungsleiterin





## Arztliche Weiterbildung

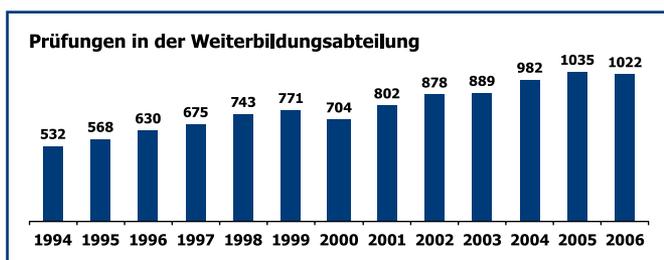
Die Weiterbildungsabteilung mit insgesamt **18** Mitarbeitern hat in Weiterbildungsangelegenheiten zu beraten, Anträge auf Zulassung zur Prüfung zu bearbeiten, Prüfungen zu organisieren und auch dem Präsidium zuzuarbeiten. Die Kammer führte im Jahr 2006 insgesamt **1.022** Prüfungen durch. Die Weiterbildungsordnung für Ärztinnen und Ärzte in Hessen vom 01.11.2005 sieht nunmehr **51** Facharztbezeichnungen, **10** Schwerpunkte und **45** Zusatz-Weiterbildungen vor. Die Durchfallquote für Prüfungen nach der Weiterbildungsordnung lag bei 4,3 %. Im Jahr 2006 wurden **44** Prüfungen zum Nachweis eines gleichwertigen Kenntnisstandes hinsichtlich der Erteilung der Approbation als Arzt gemäß § 3 Abs. 2 der Bundesärzterordnung durchgeführt, bei denen 18 Kandidaten (40.9 %) keinen gleichwertigen Kenntnisstand zeigten.

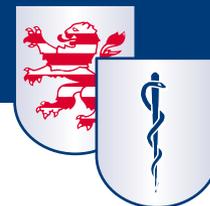
Die in der Weiterbildungsordnung 2005 neu eingeführten Zusatzbezeichnungen führten aufgrund der noch bis 31.10.2008 geltenden Übergangsbestimmungen zu **1.727** Anerkennungen; hiervon betrafen allein 1.273 Anträge die Anerkennung der Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“, die ab 01.11.2008 an Stelle des Fachkundenachweises „Rettungsdienst“ tritt. Der Fachkundenachweis „Rettungsdienst“ nach der Rettungsdienst-Notarztverordnung wurde noch in **212** Fällen erteilt. Unabhängig von den Übergangsbestimmungen für neu eingeführte Bezeichnungen wurde im Jahr 2006 die Anerkennung einer Zusatzbezeichnung in **342** Fällen ohne Prüfung ausgesprochen.

Die Qualifikation „Leitender Notarzt“ wurde in **93** Fällen ausgesprochen bzw. verlängert. Neue Anerkennungen als „Ärztlicher Leiter Rettungsdienst“ wurden in 2006 nicht ausgesprochen. **362** Kolleginnen/Kollegen erhielten die Fachkunde im „Strahlenschutz“; **28** Bescheinigungen davon wurden aufgrund § 45 Abs. 2 (Übergangsbestimmungen) und **318** Bescheinigungen gemäß Regelbestimmungen der Röntgenverordnung erteilt. Nach der Strahlenschutzverordnung erhielten **16** Kolleginnen/Kollegen eine Fachkunde-Bescheinigung.

Das Präsidium bedient sich zu seiner Beratung einer Anzahl von ca. 500 Gutachtern im Weiterbildungswesen, die der Geschäftsführung mit ihrem spezifischen Fachwissen und ihrer Erfahrung beratend zur Seite stehen. Im Jahr 2006 wurden nach Prüfung der persönlichen und fachlichen Eignung **404** Ermächtigungen an leitende Ärztinnen und Ärzten allein oder gemeinsam ausgesprochen.

**Dr. med. Viktor Karnosky**  
Abteilungsleiter





## Bezirksärztekammer Darmstadt

Im Tagesgeschäft nahm die Vielzahl unterschiedlichster Anfragen von Kolleginnen und Kollegen sowie Patientinnen und Patienten einen großen Stellenwert ein. Die Anfragen zu medizinischen und/oder gesundheitspolitischen Sachthemen und Fragen nach Behandlungsmöglichkeiten/-einrichtungen haben dabei weiter zugenommen.

Die Beratung unserer Mitglieder hat nach wie vor einen festen Platz in der täglichen Arbeit. Leider ist das kollegiale Miteinander zunehmend gestört und führte deshalb auch 2006 zu zahlreichen Schlichtungsgesprächen. Schlichtungen wurden auch bei Unstimmigkeiten zwischen auszubildenden Arzthelfer/innen und Arbeitgebern durchgeführt.

Eine zunehmende Tendenz war im Berichtszeitraum bei den Patientenbeschwerden zu beobachten, die in Gesprächen, Telefonaten und schriftlichen Stellungnahmen bearbeitet wurden. Erneut wurden einige Fälle an die Rechtsabteilung, den Gebührenordnungsausschuss bzw. die Gutachter- und Schlichtungsstelle abgegeben.

Die angebotenen Servicezeiten und Sprechstunden der Vorsitzenden wurden in großem Umfang genutzt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Struktur der Landesärztekammer Hessen mit ihren Bezirksärztekammern sehr bewährt und nicht nur von Kollegen und Patienten, sondern auch von Behörden und Gerichten wegen des Sachverständes gerne in Anspruch genommen wird. Erwähnung verdient die gute Zusammenarbeit mit der KV-Bezirksstelle Darmstadt.

### Sekretariat

Der Bereich der Abteilungsleitung umfasst die das Sekretariat betreffenden Arbeiten – allgemeiner Schriftwechsel (u. a. Goldene Promotionen, Geburtstage, Kondolenzbriefe), Schriftwechsel bei Arztanfragen, Patientenfragen/Patientenbeschwerden, Bearbeitung der Tagespost, Terminierungen, Abwicklung des Telefon- und Publikumsverkehrs, Sitzungs- und Protokollierungen).

### Meldewesen

Die Mitgliederzahl im Bereich der Bezirksärztekammer Darmstadt hat sich gegenüber dem Vorjahr von 3.665 auf 3.740 erhöht. Sie gliedert sich wie folgt:

Kassenärztlich Niedergelassene	1.376
Privat Niedergelassene	224
Angestellte Ärzte im Krankenhaus	1.067
Praxisassistenten	94
Sonstig ärztlich Tätige	333
Freiwillige Mitglieder	646

Die persönliche bzw. telefonische Beratung von ausländischen Ärztinnen und Ärzten nimmt einen gewissen Zeitaufwand in Anspruch. Im Jahr 2006 wurden 272 Arztausweise ausgestellt, sowie geschätzte 200-250 verlängert. Die Anzahl der Bescheinigungen für die Kfz.-Zulassungsstelle Darmstadt und Umgebung hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht erhöht.

### Arzthelfer/in-Ausbildungswesen

Während der Dauer der Ausbildungszeit werden die Kolleginnen und Kollegen, die zur Arzthelferin/zum Arzthelfer/MFA ausbilden, von der Bezirksärztekammer beraten und betreut. Zu diesen Aufgaben gehören: Eintragung der Ausbildungsverträge in das Ausbildungsverzeichnis nebst Ergänzungen und Veränderungen, das Vorbereiten und die Abnahme der Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie die Ausstellung von Zeugnissen. Diese Tätigkeiten erfolgen zeitnah in Zusammenarbeit mit der Arzthelfer/in-Abteilung der Landesärztekammer, den Berufsschulen, Prüfungsausschüssen, den Ausbildungsberatern sowie der Carl-Oelemann-Schule.

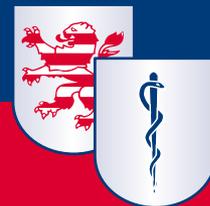


Im Berichtszeitraum wurden 139 Berufsausbildungsverträge (MFA) abgeschlossen, von denen bis zum 31.12.2006 insgesamt 9 Verträge wieder gelöst wurden. Registriert waren insgesamt 420 Verträge (1.-3. Ausbildungsjahr AH / MFA). Die Zwischenprüfung haben 134 Auszubildende absolviert. An der Abschlussprüfung Winter 2006 nahmen 32 Prüflinge teil, von denen 19 die Prüfung mit Erfolg bestanden. An der Abschlussprüfung Sommer haben 128 Auszubildende teilgenommen; 113 konnten die Prüfung erfolgreich absolvieren.

### Erich Lickroth

Vorsitzender der  
Bezirksärztekammer Darmstadt





Die Bezirksärztekammer Frankfurt versteht sich als Servicestelle für Patientinnen und Patienten, Bürgerinnen und Bürger sowie die hier gemeldeten ärztlichen Kolleginnen und Kollegen. Bei der Bezirksärztekammer Frankfurt sind über 10.000 Ärztinnen und Ärzte gemeldet, in unserem Fall von Schlüchtern bis Bad Homburg und Bad Soden bis Offenbach. Behandelt werden alle Fragen, die mit der ärztlichen Berufsausübung zu tun haben, entweder in einem persönlichen Gespräch, einer telefonischer Beratung, schriftlichen Stellungnahme oder Weitergabe allgemeiner Informationen. In berufspolitischen und juristischen Fragen erfolgt eine enge Abstimmung mit den Gremien der Landesärztekammern, aber auch mit den lokalen Gesundheitsbehörden. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der ärztlichen Fortbildung, hierzu werden regelmäßig Veranstaltungen angeboten. Die Ausbildung der Arzthelfer/innen und der Medizinischen Fachangestellten erfolgt in den Arztpraxen und Berufsschulen und wird über die Bezirksärztekammern organisiert.

### Meldewesen

Im Einklang mit der Hauptsatzung der Landesärztekammer Hessen obliegt den Bezirksärztekammern die Aufnahme aller Neu- und Wiederzugänge aller gemeldeten Ärztinnen und Ärzte in Hessen sowie die Stammdatenpflege. Diese sind Voraussetzung für alle Tätigkeitsbereiche der Ärztekammer, z. B. Organisation der Weiterbildung, Beiträge, Rechtsaufsicht, Öffentlichkeitsarbeit u. v. m. Der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich geographisch auf den Main-Kinzig-Kreis, die Stadt und den Landkreis Offenbach, die Stadt Frankfurt a.M., den Main-Taunus-Kreis und Teile des Hochtaunus-Kreises. Zum 31.12.2006 gehörten 10.474 der insgesamt 29.472 in Hessen gemeldeten Ärztinnen und Ärzte zum Bereich der Bezirksärztekammer Frankfurt. Auf Wunsch erhält jeder Arzt einen Mitglieds-/Arztausweis, der nach entsprechendem Ablauf verlängert wird.

### Medizinische Fachangestellte / Arzthelfer/in Ausbildungswesen

Ein weiteres Aufgabengebiet umfasst die telefonische und persönliche Beratung aller am Ausbildungsprozess zur Arzthelfer/in, bzw. (ab 01.08.2006) Medizinischen Fachangestellten beteiligten Kolleginnen und Kollegen, Auszubildenden und Institutionen. Unterstützt wird diese Aufgabe von sechs ehrenamtlichen Ausbildungsberatern. Es werden alle Aufgaben erledigt, die mit der Eintragung der Ausbildungsverträge in das Ausbildungsverzeichnis zusammenhängen. Zwischen- und Abschlussprüfungen werden vorbereitet und abgenommen, die Abschlusszeugnisse ausgestellt. Die Freisprechung der Arzthelfer/innen bzw. Medizinische Fachangestellten erfolgt traditionsgemäß im Rahmen einer Feierstunde. Die Erledigung dieser Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Arzthelfer/in-/Medizinische Fachangestellte der Landesärztekammer, den Berufsschulen, Prüfungsausschüssen, den Ausbildungsberatern und der Carl-Oelemann-Schule als überbetrieblicher Einrichtung der Landesärztekammer Hessen. Derzeit befinden sich 844 Auszubildende in Ausbildung. 9 Auszubildende davon sind männlich.

### Überwachung der Berufsordnung

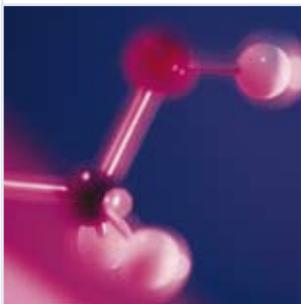
Alle Ärztinnen und Ärzte unterliegen der Berufsordnung für Ärztinnen und Ärzte in Hessen, die eine korrekte Berufsausübung gewährleisten soll. In Schlichtungsverfahren werden Meinungsverschiedenheiten zwischen Patienten und Ärzten sowie Konflikte innerhalb der Ärzteschaft meist einvernehmlich gelöst. Immer häufiger werden Patienten und ihre Angehörige, manchmal auch gemeinsam mit den betreuenden Ärzten, zu persönlichen Gesprächen eingeladen. Schlichtungen erfolgten auch bei Unstimmigkeiten zwischen Auszubildenden bzw. examinierten Arzthelfer/innen und Arbeitgebern. Liegt ein Berufsvergehen vor, wird die Rechtsabteilung der Kammer eingeschaltet. Liegen gravierende Behandlungsfehler vor, erfolgt, mit Einverständnis der Beteiligten, eine Vorlage bei der Gutachter- und Schlichtungsstelle Hessens. Aufgrund der Stellung der Ärztekammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den Körperschaften der Öffentlichen Gesundheitspflege der Kommunen z.B. bei Fragen der Hygiene und der Pandemievorsorge.

### Serviceleistungen für die Kolleginnen und Kollegen und Bürgerinnen und Bürger

Als Serviceleistung bieten wir den Kolleginnen und Kollegen in allen Fragen rund um die Berufsausübung persönliche und telefonische Beratungs- und/oder Informationsgespräche an. Seit 2006 bieten wir - auf Wunsch in anonymer Form auch telefonisch- Beratungsgespräche für Ärztinnen und Ärzte an, bei denen Drogen- und oder Alkoholprobleme bestehen. Bürgerinnen und Bürgern erhalten ebenfalls in kompetenter und umfassender Form Auskunft über Praxis-, Klinikadressen, Institutionen und ärztliche Verbände, die am Gesundheitswesen beteiligt sind.

**Dr. med. Wolf Andreas Fach**  
Vorsitzender der  
Bezirksärztekammer Frankfurt

**Dr. med. Mark Siegmund Drexler**  
Stellv. Vorsitzender





### Abteilungsleitung / Sekretariat

Im Bereich der Abteilungsleitung werden das Sekretariat des Vorsitzenden betreffende Arbeiten erledigt; dazu zählen Terminabsprachen, Bearbeitung der Tagespost, Erledigung des Schriftwechsels bei Geburtstagen sowie Korrespondenz bei Beschwerden, Sitzungsvorbereitungen und Anfertigen von Protokollen. Hier erfolgen auch die telefonische Beratung und Abwicklung des Publikumsverkehrs; Neuausstellungen (292), Verlängerungen von Arztausweisen sowie vertretungsweise auch telefonische und persönliche Beratung der Mitglieder der Landesärztekammer Hessen.

Es wurden **13 ärztliche Fortbildungsveranstaltungen** organisiert und vorbereitet (einschließlich Druck und Versand der Einladungen), an denen mehr als 1.500 Ärztinnen und Ärzte teilgenommen haben.

Im Bereich der **Patientenbeschwerden** (82 Vorgänge) wurden unterschiedliche Vorwürfe bearbeitet; unabhängig von der Relevanz im Einzelfall gehen wir jeder einzelnen Beschwerde nach. Nach Anforderung und Eingang einer schriftlichen Stellungnahme des betreffenden Arztes erhielten der Beschwerdeführer sowie der Arzt abschließende Stellungnahmen des Vorsitzenden. In einzelnen Fällen wurde die Einschaltung der Gutachter- und Schlichtungskommission empfohlen, vereinzelt wurde der Vorgang an die Rechtsabteilung der LÄKH weitergeleitet.

Ebenfalls gingen eine nicht dokumentationsfähige Anzahl von Patientenfragen zu besonderen Behandlungsmethoden bzw. Ärzten, die solche durchführen, ein. Hier wurde überwiegend auf ärztliche Organisationen und andere Verbände im Gesundheitswesen hingewiesen.

Die Bezirksärztekammer Gießen geht jedem Verdacht auf **Verstoß gegen die Berufsordnung** nach. In der Regel werden die betroffenen Ärztinnen und Ärzte darauf hingewiesen, sich zukünftig an die Berufsordnung zu halten; einige Fälle wurden an die Rechtsabteilung der Landesärztekammer weitergeleitet bzw. nach Rückfrage dort vom Vorsitzenden bearbeitet.

### Sonstige Aktivitäten des Vorstandes/des Vorsitzenden

Der Vorstand traf sich 2006 zu 4 Vorstandssitzungen. Es wurden insgesamt 3 Schlichtungen durchgeführt.

Die Sprechstunden des Vorsitzenden (Dienstagsnachmittag und Freitagsvormittag) werden von Ärztinnen und Ärzten, aber auch von Patienten telefonisch rege genutzt. In persönlichen Gesprächen wurden unterschiedlichste Themen erörtert.

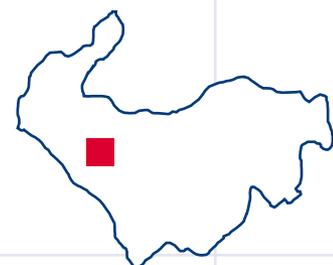
### Meldewesen

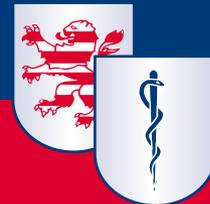
Neben der Neuaufnahme von Mitgliedern und laufenden Ergänzungen der Arztakten per EDV-Eingabe geben die Mitarbeiterinnen der Meldeabteilung die entsprechenden Unterlagen an die Landesärztekammer und arbeiten die von dort eingehenden Informationen ein. Hier erfolgt die Datenpflege der Arztlisten, die nach außen gegeben werden.

Mitglieder	Stand: 31.12.2005	Stand 31.12.2006
Ohne ärztliche Tätigkeit	746	759
Angestellt und beamtet	2.222	2.235
Niedergelassen	1.458	1.452
<b>Insgesamt</b>	<b>4.426</b>	<b>4.446</b>

### Dr. med. Edgar Pinkowski

Vorsitzender der Bezirksärztekammer Gießen





Der Tätigkeitsbericht der Bezirksärztekammer Kassel befasst sich mit folgenden Schwerpunkten:

### **I. Arzthelfer/innen-Ausbildungswesen und Carl-Oelemann-Schule**

### **II. Meldewesen**

### **III. Patienten-Beschwerden und Schlichtungen**

### **IV. Personal**

### **I. Arzthelfer/innen-Ausbildungswesen und Carl-Oelemann-Schule**

Insgesamt ist inzwischen doch ein deutlicher Rückgang der Ausbildungsbereitschaft festzustellen. Am 31.12.2006 befanden sich im 1. Ausbildungsjahr 165 Med. Fachangestellte, im 2. Ausbildungsjahr 78 Med. Fachangestellte und 112 Arzthelfer/innen und im 3. Ausbildungsjahr 155 Arzthelfer/innen.

Erschwert wird die Ausbildung zur Zeit durch die Unterkunftsbedingungen der Carl-Oelemann-Schule, deren Internat neu aufgebaut wird. So findet die Unterbringung derzeit im „Containerdorf“ statt, nachdem das alte Internat abgerissen wurde und der Neuaufbau begonnen hat. Dennoch findet der Unterricht in gewohntem Umfang statt.

Zur Abschlussprüfung gingen im Sommer 2006 194 Prüflinge, 193 von ihnen bestanden. An der Winterprüfung 2006 nahmen 24 Prüflinge teil, davon bestanden 22 Prüflinge.

### **II. Meldewesen**

Erstmalig ist der Mitgliederstand der Bezirksärztekammer Kassel auf über 5.000 Mitglieder nämlich 5.003 Mitglieder zum 31.12.2006 gestiegen.

Der Einsatz der EDV hat inzwischen den erwarteten Fortschritt genommen.

### **III. Patienten-Beschwerden und Schlichtungen**

Bei Beschwerden von Patienten versus Ärzte ist ein deutlicher Anstieg zum Jahr 2005 festzustellen. In schriftlicher Form gingen im Jahr 2006 136 Fälle im Gegensatz zu 120 Fällen für das Jahr 2005 ein. Entsprechend zeichnet sich auch eine stärkere Inanspruchnahme (Anstieg von 15 auf 18 Fälle im Jahr 2006) der Gutachter- und Schlichtungsstelle ab.

Der Schlichtungsausschuss wurde wie im Vorjahr nicht in Anspruch genommen.

Mit 4 persönlichen Gesprächen der Vorsitzenden im Jahr 2006, waren 2 weniger als im Vorjahr zu verzeichnen.

In großem Umfang wurden telefonische Vorgespräche zum Thema Beschwerden zwischen den Betroffenen und den Mitarbeitern der Bezirksärztekammer Kassel geführt, ca. 1-2 Anrufe pro Tag.

### **IV. Personal**

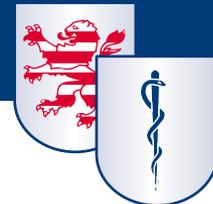
Im Sekretariat fand eine Umstrukturierung statt, eine Vollzeitstelle wurde in zwei Teilzeitstellen umgewandelt. Im Sekretariat stehen Ihnen ab diesem Zeitpunkt Frau Figge und Frau Mählich (neue Mitarbeiterin) unter der Tel.-Nr. 0561 9131821 zur Verfügung.

Im Meldewesen beantwortet Ihre Fragen Frau Malsch, Tel.-Nr. 0561 9131831 und im Bereich Arzthelfer/innen Herr Kobbe, Tel.-Nr. 0561 9131812.

### **Dr. med. Lothar Werner Hofmann**

Vorsitzender der Bezirksärztekammer Kassel





Zum Zuständigkeitsbereich der Bezirksärztekammer Marburg gehören außer der Stadt Marburg Teile der Landkreise Marburg-Biedenkopf, Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg. Derzeit sind 2.180 Mitglieder bei der Bezirksärztekammer Marburg gemeldet, ein Anstieg der Mitgliederzahl im Vergleich zum Vorjahr ist zu verzeichnen. Die Aufgaben der Bezirksärztekammer umfassen Berufsaufsicht im Sinne der Berufsordnung, das ärztliche Meldewesen und das Arzthelfer/in-(Medizinische-Fachangestellte)-Ausbildungswesen. Zusammen mit vielfältigen Anfragen von Mitgliedern, Arzthelferinnen und Auszubildenden bilden Anfragen und Beschwerden von Patienten einen weiteren Schwerpunkt im Tagesgeschäft. Bei der Bezirksärztekammer Marburg wurde und wird die Abwicklung des täglichen Arbeitspensums vom Dienstleistungsgedanken getragen. Es ist das Anliegen des Teams, die ihm gestellten Aufgaben und vorgetragenen Fragen unverzüglich und mit der gebotenen Sorgfalt zu bearbeiten und den bestmöglichen Service vor Ort, bisweilen mit Unterstützung der Fachabteilungen der Landesärztekammer Hessen, zu bieten.

### **Berufsaufsicht im Sinne der Berufsordnung**

Auch nach Lockerung der einschlägigen Vorschriften waren im Rahmen der Pflege und Regelung der Beziehungen von Ärztinnen und Ärzten untereinander vielfältige Verstöße gegen die geltende Berufsordnung zu bearbeiten. Dabei ließ sich erkennen, dass das interkollegiale Verhältnis, vorwiegend zwischen niedergelassenen Kollegen, zunehmend gestört ist. Mehrheitlich konnten kollegiale Auseinandersetzungen durch den Vorsitzenden beigelegt werden; einige Verfahren mussten zur abschließenden Bearbeitung an die Rechtsabteilung weitergegeben werden. Erfreulicherweise musste jedoch der Schlichtungsausschuss der Bezirksärztekammer 2006 nicht tagen. Die Anzahl der bearbeiteten Patientenbeschwerden (75) hat sich im Vergleich zum Jahr 2005 (85) leicht verringert. Mehrere Fälle wurden zur endgültigen Klärung an die Rechtsabteilung bzw. an die Gutachter- und Schlichtungsstelle abgegeben. Eine hohe Zahl weiterer vorgetragener Beschwerden blieb hinsichtlich der Namen der behandelnden Ärzte anonym und konnte daher nicht weiter bearbeitet werden.

### **Ärztliches Meldewesen**

Die Erfassung und Pflege der Stammdaten der Mitglieder im EDV-Programm ESSA erfolgte korrekt und zeitnah; der Zugriff auf aktuellste Daten war ständig gewährleistet. Die Mitgliedsakten sind elektronisch archiviert. Gern und häufig nahmen die Mitglieder die Möglichkeit der persönlichen Vorsprache und Beratung wahr, wobei sich die Beratungen von ausländischen Mitgliedern, besonders aus Osteuropa, zumeist als sehr schwierig und zeitaufwändig erwiesen. 172 Arztausweise wurden ausgestellt (leicht steigende Tendenz im Vergleich zum Vorjahr). Bei einer beträchtlichen Anzahl von Arztausweisen wurde die Gültigkeitsdauer verlängert. Arzt-Notfall-Schilder wurden ausgestellt und Mitglieder angemessen geehrt.

### **Arzthelfer/in-Ausbildungswesen**

Die im Rahmen der Ausbildung von Arzthelfer/innen bzw. Medizinischen Fachangestellten auszuführenden Arbeiten, beginnend mit der Prüfung und Eintragung der Berufsausbildungsverträge im EDV-Programm Alfa, über Durchführung der Zwischenprüfung, Einladungen zur Teilnahme an den Lehrgängen der Überbetrieblichen Ausbildung bis hin zur Organisation und Durchführung der Abschlussprüfung mit anschließender Abschlussfeier wurden fachgerecht ausgeführt. Im Herbst fand eine Informationsveranstaltung zur neuen Ausbildungsverordnung zur/zum Medizinischen Fachangestellten statt.

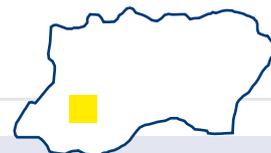
### **Besonderes und Allgemeines**

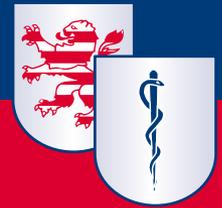
Jeweils vor den ordentlichen Delegiertenversammlungen der Landesärztekammer Hessen fanden Bezirks-Delegiertenversammlungen und Vorstandssitzungen statt. Großen Anklang fanden wieder die beiden im Frühjahr und Herbst durchgeführten Treffen der ärztlichen Senioren der Bezirksärztekammer Marburg.



**Dr. med. Klaus Uffelmann**

Vorsitzender der Bezirksärztekammer Marburg





### Allgemeines

Die Aufgaben der Bezirksärztekammer Wiesbaden als regionale Verwaltungsstelle der Landesärztekammer Hessen bestehen im ärztlichen Meldewesen im Wesentlichen in der Erfassung, Aktualisierung und Verwaltung der Arztdaten sowie in der Beratung von Kammermitgliedern. Diese erfolgt in persönlicher, telefonischer oder auch in schriftlicher Form. Der Vorsitzende und die Mitarbeiter der Bezirksärztekammer Wiesbaden stehen Bürgern in allen Fragen rund um das Gesundheitswesen, insbesondere bei Fragen nach Praxis- oder Klinikadressen, Berufsverbänden und anderen ärztlichen Organisationen zur Verfügung. Berufsrechtliche Fragen sowie Fragen zur ärztlichen Liquidation werden unter Einbeziehung der Rechtsabteilung bearbeitet. Im Arzthelfer/innen-Ausbildungswesen gehören die Prüfung und Registrierung der Ausbildungsverträge in dem Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse, die Information der Auszubildenden und der ausbildenden Ärzte über ihre Pflichten und Rechte, die Überwachung der Ausbildung, die Organisation und Abnahme der Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie die Freisprechung der Arzthelferinnen am Ende ihrer Ausbildung zu den wesentlichen Aufgaben.

### Vorsitz / Sekretariat

Im laufenden Berichtsjahr stand der Vorsitzende während der regulären Sprechzeiten Rat suchenden Ärztinnen und Ärzten unterstützend zur Verfügung. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Fragen zur beruflichen Weiterentwicklung sowie Niederlassung in eigener Praxis bzw. Zweigpraxis. Einen Großteil der Beratungen und des daraus resultierenden Schriftverkehrs nahmen auch in diesem Jahr wieder Beschwerden von Patientinnen und Patienten ein, die eine Überprüfung vermuteter Behandlungsfehler wünschten; auch zahlreiche GOÄ-Liquidationen wurden mit der Bitte um Überprüfung eingereicht und bearbeitet. Insgesamt haben 71 Gesprächstermine stattgefunden. Zu den Vorbereitungen der ordentlichen Delegiertenversammlungen hat sich der Vorstand der Bezirksärztekammer Wiesbaden zusammengefunden und zu beratende Themen im Vorfeld diskutiert. An der Protestaktion am 4. Dezember in den Rhein-Main-Hallen sowie dem anschließenden Protestmarsch gegen die geplante Gesundheitsreform haben der Vorsitzende sowie die Mitarbeiterinnen der Bezirksärztekammer Wiesbaden teilgenommen und an diesem Tag in der Kammer nur einen Notdienst eingerichtet.

### Arzthelfer/innen – Ausbildungswesen

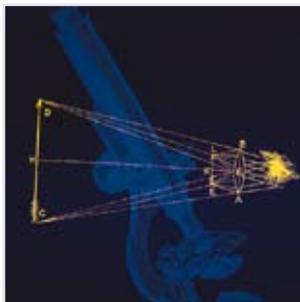
Durch die Einführung der neuen Ausbildungsverordnung für die Medizinische Fachangestellte (MFA), die eine Aufwertung des Berufsbildes bedeutet, aber auch hohe Anforderungen an die Auszubildenden stellt, haben sich etliche Zusatzaufgaben (so z.B. eine umfangreiche Umstellung des Formularwesens) in der täglichen Arbeit für die Mitarbeiterinnen ergeben. Für den Einzugsbereich der im Bezirk ansässigen Berufsschulen (Wiesbaden, Limburg, Usingen) wurden zu der neuen Berufsbezeichnung „MFA“ jeweils Informationsveranstaltungen organisiert, die sowohl von Ärzten und deren Erstkräften als auch von Lehrern der Berufsschulen rege besucht wurden. Am 31.12.2006 wurden 118 bestehende Neuverträge zur Medizinischen Fachangestellten registriert – davon 61 % mit Realschulabschluss. Die Gesamtanzahl der zu betreuenden Ausbildungsverhältnisse betrug 375 per 31.12.2006. In der Zwischenprüfung wurden im laufenden Berichtsjahr 159 Teilnehmer/innen registriert, an Abschlussprüfungen haben 133 Auszubildende teilgenommen, wovon 123 die Prüfung mit Erfolg bestanden haben. Die Übergabe der Prüfungszeugnisse im historischen Festsaal des Wiesbadener Rathauses erfreut sich zunehmender Beliebtheit, so dass der ca. 130 Personen Platz bietende Festsaal komplett ausgelastet war. Es wurden zahlreiche Anfragen unterschiedlichster Art von ausbildenden Ärzten und Auszubildenden rund um das Thema Ausbildung an uns herangetragen. Letztlich fanden auch einige Schlichtungsgespräche zwischen ausbildenden Ärzten und Auszubildenden statt, in deren Anschluss in der Regel einvernehmliche Lösungen erzielt werden konnten.

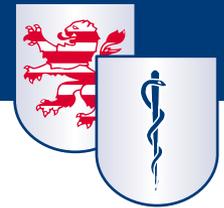
### Ärztliches Meldewesen

Neben den eingangs erwähnten allgemeinen Aufgaben im ärztlichen Meldewesen besteht die Hauptaufgabe der Bezirksärztekammer in der Erfassung und ständigen Aktualisierung der Mitgliederdaten sowie in der persönlichen, telefonischen und schriftlichen Beratung. Per 31.12.2006 wurden im Bestand der Bezirksärztekammer Wiesbaden insgesamt 3.609 Mitglieder registriert. Das neu eingeführte Erfassungsprogramm ESSA (ehemals SAVD) macht einen abteilungsübergreifenden Zugriff möglich. Im Zuge der Programmumstellung ist jedoch eine sehr zeitaufwändige Überprüfung und Aktualisierung der Datensätze erforderlich.

### Dr. med. Ulrich Lang

Vorsitzender Bezirksärztekammer Wiesbaden





## Hessisches Ärzteblatt

Die redaktionelle Gestaltung des Hessischen Ärzteblattes ist das wichtigste Instrument der innerärztlichen Kommunikation. Die gemeinsame Redaktion von Landesärztekammer Hessen (LÄKH) und Kassenärztlicher Vereinigung Hessen (KVH) legt in einer Jahresplanung und in monatlichen Redaktionskonferenzen die Inhalte der einzelnen Ausgaben fest. Das Hessische Ärzteblatt, nicht nur amtliches Mitteilungsblatt, sondern das Mitgliedermagazin von LÄKH und KVH, richtet sich an die über 29.000 Ärztinnen und Ärzte und ca. 2.000 Psychologischen Psychotherapeuten in Hessen.

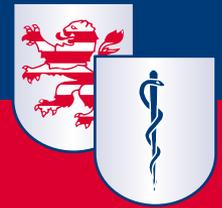
Wie andere Zeitungen, Zeitschriften und Magazine zeichnet sich das Hessische Ärzteblatt inhaltlich durch einen bunten Themenmix aus. Amtliche Mitteilungen der Ministerien und der Körperschaften, medizinische Themen zur ärztlichen Fortbildung sowie gesundheits-, berufs- und standespolitische Beiträge bestimmen den Inhalt des zwölfmal jährlich erscheinenden Heftes. Ähnlich verhält es sich mit der journalistischen Gestaltung. Hier wechseln sich Nachricht, Bericht, Reportage, Satire, Kommentar und Interview ab. Mit Erfolg, kann doch aus den vielen Zuschriften, Feedbacks und auch Leserbriefen sowie durch Nachdruckanfragen auf ein gestiegenes Interesse geschlossen werden.

In sechs Ausgaben konnten die Leserinnen und Leser Fortbildungsfragen auf redaktionelle Beiträge beantworten und Punkte für das freiwillige Fortbildungszertifikat der LÄKH erwerben. Die Teilnehmerzahl lag pro Beitrag zwischen 400 und 750. Die monatliche Auflage des Hessischen Ärzteblattes beträgt derzeit ca. 32.000 Exemplare.

Wir möchten die gute Zusammenarbeit mit der Leipziger Verlagsanstalt und dem Druckhaus Dresden zum Ausdruck bringen.

**Angelika Kob**  
Redaktionsassistentin





## Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In den ersten Wochen des vergangenen Jahres war die Arbeit der Presseabteilung wesentlich von den Vorbereitungen der Jubiläumsfeier der Kammer bestimmt. Detaillierte Abstimmungen mit Referenten und Künstlern wurden getroffen, Organisationsabläufe bis in alle Einzelheiten festgelegt und vor Drucklegung letzte Korrekturen an der Festschrift vorgenommen. Außerdem stand die vorbereitende und begleitende Pressearbeit auf der Agenda. Der erfolgreiche Verlauf der Veranstaltung ist besonders auch der engagierten Mitarbeit von Beate Völker, Sekretärin der Presseabteilung und Webmasterin Carmen Hauser (ehem. Steitz), der tatkräftigen Mitwirkung von Olaf Bender, Referent der Hauptgeschäftsführung, aber auch der Unterstützung vieler anderer Kolleginnen und Kollegen zu verdanken.

Parallel zu der Jubiläumsvorbereitung wurde mit Hochdruck an der Fertigstellung des neuen, barrierefreien Internetauftritts der Kammer auf der Grundlage des Content Management Systems (CMS) Contento gearbeitet, der im Frühjahr 2006 online gehen konnte. Neben einer Vielfalt von Informationen für Ärztinnen, Ärzte, Medien und die allgemeine Öffentlichkeit bietet die neue Homepage für die Zukunft Ergänzungsmöglichkeiten und wird ständig aktualisiert. Auch nach Einführung des Content Management Systems ist die Presseabteilung weiterhin für Konzeption, Inhalte und Gestaltung von [www.laekh.de](http://www.laekh.de) verantwortlich, wird jedoch nun von den Homepagebeauftragten der Abteilungen bei der Aktualisierung von Angaben und Daten unterstützt. Katja Kölsch, die seit Sommer 2006 Mitarbeiterin der Presseabteilung ist und den Aufgabenbereich von Carmen Hauser (derzeit in Erziehungsurlaub) übernommen hat, wirkte an den Schulungen der Kolleginnen und Kollegen mit und koordiniert deren Tätigkeit. Gemeinsam mit der Abteilungsleiterin entwickelt sie Aufbau und Struktur der Website weiter, verfasst Texte, redigiert Beiträge und pflegt die Seiten.

In Zusammenarbeit mit der EDV-Abteilung brachte die Presseabteilung im vergangenen Jahr ein weiteres elektronisches Projekt der Kammer – den USB-Infostick – auf den Weg. So wurde in der EDV-Abteilung die Software für den Stick entwickelt; die inhaltliche Struktur des Sticks, der die zuvor in Papierform erscheinende Informationsmappe für neue Kammermitglieder ersetzt, wurde von der Presseabteilung erarbeitet. Sie ist auch für die Aktualisierung der Informationen zuständig.

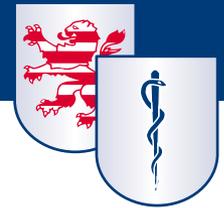
Das Hauptgewicht der Abteilungstätigkeit liegt auf der internen und externen Kommunikation. Mit Pressemitteilungen (66 im Jahr 2006), Interviews und Pressekonferenzen wird die Öffentlichkeit über Aktuelles aus der Landesärztekammer und Entwicklungen im Gesundheitswesen informiert. Darüber hinaus berichtet die Pressereferentin, die die Kammer auch in Arbeitskreisen wie z.B. in der Arbeitsgemeinschaft „Sport pro Gesundheit“ vertritt, monatlich im Hessischen Ärzteblatt und gibt die Mitarbeiterzeitung der Kammer heraus. Die Presseabteilung ist auch für das CI der Kammer verantwortlich und gestaltet Publikationen wie Broschüren, Flyer und Plakate. U.a. wurde 2006 eine Neuauflage der Informationsbroschüre der LÄKH herausgegeben.

Auf sehr positive Resonanz in der Öffentlichkeit stieß das von der Presseabteilung konzipierte Gripeschutz-Projekt „Grippe – Nein danke!“ im vergangenen Herbst. Unterstützt durch den Grippeimpfstoff-Hersteller Sanofi Pasteur konnte die Kammer in Zusammenarbeit mit dem Stadtgesundheitsamt Frankfurt eine Grippeaufklärungs- und Impfkaktion im Frankfurter Nordwestzentrum und wenige Tage später eine ähnliche Aktion – diesmal in Kooperation mit dem Kreisgesundheitsamt Bergstraße und der Rhein-Neckar-Apotheke Viernheim – in Viernheim durchführen. Kurz vor Jahresende musste die Abteilung nochmals alle Kräfte bündeln und mobilisieren: Mit einem Vorlauf von rund zwei Wochen war der Protesttag am 4. Dezember zu planen und zu organisieren: Unter Einbindung der KV Hessen, anderer Heilberufskammern und von Patientenvertretern gelang es dem Abteilungsteam, sowohl eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Politikern in den Rhein-Main-Hallen Wiesbaden als auch eine Protestkundgebung in der Wiesbadener Innenstadt auf die Beine zu stellen, zu der mehrere tausend Menschen kamen und die von einem großen Medienecho begleitet wurde.

Wie in jedem Jahr veröffentlichte die Presseabteilung auch 2006 den jährlichen Tätigkeitsbericht, dessen organisatorische Vorbereitungen von Beate Völker geleistet werden. Kontaktpflege mit Journalisten und die Auswertung der Presse zählen zu den täglichen Aufgaben der Abteilung; sie sind erforderlich, um ständig auf dem Laufenden zu sein und umgehend auf aktuelle Geschehnisse reagieren zu können. Eine äußerst wichtige und vertrauensbildende Rolle spielt die Vermittlung von Interviewpartnern zu gesundheitspolitischen Themen und Experten der unterschiedlichen Fachrichtungen für medizinische Fragen. Die Fülle der Medienanfragen zeigt, dass sich die Kammer hier als gefragter und kompetenter Ansprechpartner bewährt hat.

**Katja Möhrle, M.A.**  
Pressereferentin, Abteilungsleiterin





## Meldewesen

Damit Ihre Landesärztekammer effektiv arbeiten kann, muss sie die Daten der Mitglieder optimal pflegen. Bedingt durch das weitere Ansteigen der Mitgliederzahlen und herausgefordert durch zusätzliche Anforderungen, haben wir versucht, über neue Technologien einerseits den Personalstand gleich zu halten, andererseits jedoch unsere Arbeit weiter zu beschleunigen und verbessern.

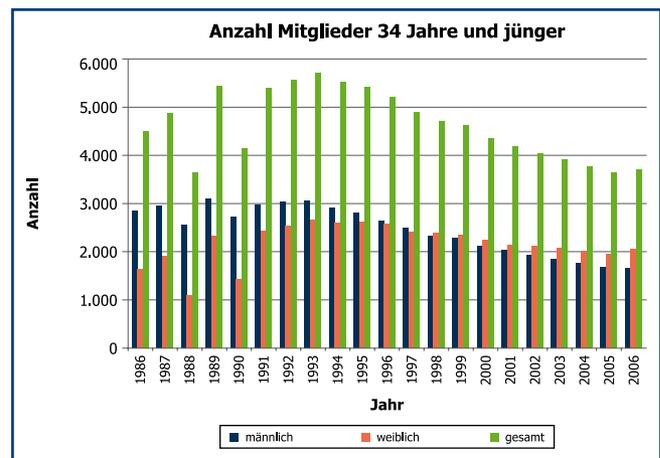
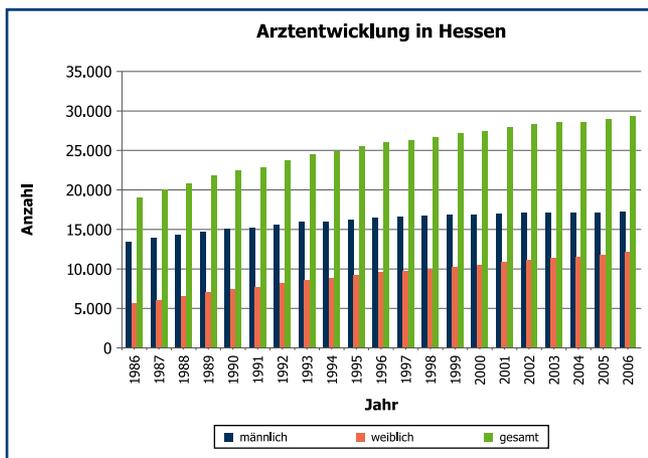
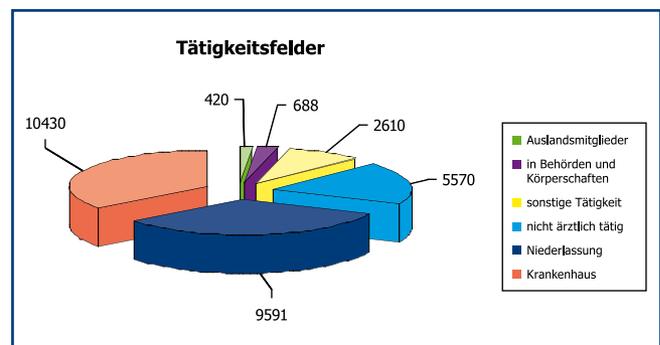
Die relativ neue Datenbank ESSA sowie das Einscannen und digitale Vorhalten der Meldeakten hatte ich bereits im vergangenen Jahr vorgestellt. Beide Verfahren haben sich bewährt und wurden zwischenzeitlich optimiert. Ein weiterer Schritt in diese Richtung war die Einführung der so genannten „Gemeinsamen Erfassungsstelle der Bezirksärztekammern“ seit April 2006. Zur Entlastung der Bezirksärztekammern werden hier die eingehenden Zugänge zentral digitalisiert und online wieder zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme hat dazu geführt, dass eine Anmeldung rund zwei Tage schneller realisiert werden konnte. Standardisierte Arbeitsabläufe und Kontrollen garantieren hierbei die Qualitätssicherung.

Die direkte „Verdrahtung“ zu Programmen anderer Fachabteilungen hat ebenfalls zu deutlichen Verbesserungen und Entlastungen geführt. So müssen in erster Linie Stammdaten nur zentral im Meldewesen eingepflegt werden, die angeschlossenen Abteilungen können sich diese Arbeiten dann ersparen. Auch Ihnen als Mitglieder werden dadurch Mehrarbeiten erspart, denn Unterlagen für die Kammer müssen nicht mehrfach eingereicht werden.

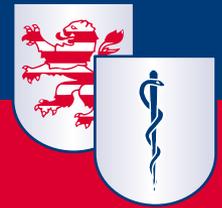
### Ärztestatistik 2006

Die Mitgliederzahl der Landesärztekammer Hessen ist im Laufe des Jahres 2006 von 28.922 Ärztinnen und Ärzten um 475 auf 29.383 angestiegen.

Tätigkeitsfelder	Ende 2006	Ende 2005
Auslandsmitglieder	420	391
in Behörden und Körperschaften	688	712
sonstige ärztliche Tätigkeit	2.610	2.440
nicht ärztlich tätig	5.570	5.409
Niederlassung	9.591	9.627
Krankenhaus	10.430	10.339
Keine Angaben	74	4
<b>Gesamt</b>	<b>29.383</b>	<b>28.922</b>



**Andreas Lochner**  
Meldewesenkoordinator



## Qualitäts- und Verorgungsmanagement

### Eigene empirische Untersuchungen und Veröffentlichungen

Durch 11 Publikationen (Details: [www.laekh.de](http://www.laekh.de), Rubrik Qualität & Versorgung - Eigene Veröffentlichungen), Pressemitteilungen, Vorträge, eigene Veranstaltungen und Mitarbeit in verschiedenen Fachgremien informierten wir über unsere Arbeit. Inhaltliche Schwerpunkte waren:

- Mangel an ärztlichem Nachwuchs und Abwanderung hessischer Ärzte ins Ausland.  
Die bereits 2005 begonnene Befragung aller Ärzte, die bei der LÄKH ein „Certificate of Good Standing“ für eine geplante Tätigkeit im Ausland beantragten (Die Zahl ist auch 2006 weiter angestiegen.), wurde 2006 weitergeführt. Fragestellungen waren dabei u.a. Gründe für sowie Art und Umfang der angestrebten Auslandsarbeit, Zielländer etc. Insgesamt wurden über 400 Ärztinnen und Ärzte befragt – die Ergebnisse wurden im HÄBL Heft 4/2007 veröffentlicht.
- Vereinbarkeit von Familie (Kinderbetreuung!) und beruflichen Anforderungen (Klinikdienste!) für Ärztinnen. Dazu befragten wir über 4.000 hessische Ärztinnen bis zum Alter von 45 Jahren. Fast 60% Antwortquote beweisen die Aktualität und Relevanz dieser mit dem Referat Ärztinnen abgestimmten Untersuchung. (Ergebnisse im HÄBL 12/2006)
- Im Rahmen einer Längsschnitt-Studie zu den Auswirkungen der DRG-Einführung auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus (zusammen mit Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin) erfolgte die zweite von insgesamt 3 geplanten Befragungen hessischer Krankenhausärzte.
- Untersuchung über die betriebliche Ausbildung von Arzthelferinnen in über 3.000 hessischen Arztpraxen und deren Erwartungen an die überbetriebliche Ausbildung durch die COS.
- Informationen zur Umsetzung der neuen „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie)“ der Bundesärztekammer und über neue Richtlinien des ‚Gemeinsamen Bundesausschusses‘ zum Qualitätsmanagement in der vertragsärztlichen Versorgung und zur Fortbildungspflicht der Fachärzte in Krankenhäusern.

### Aktivitäten auf der Bundesebene (Bundesärztekammer)

Dr. med. Roland Kaiser vertritt die LÄKH in der „Ständigen Konferenz Qualitätssicherung“, einer Arbeitsgruppe zur Krankenhausbedarfsplanung, der „AG Kursleiter Ärztliches Qualitätsmanagement“ sowie beim „Erfahrungsaustausch Krankenhausplanung“, und er arbeitete an einem 2007 erscheinenden umfangreichen Bericht der Bundesärztekammer über die vielfältigen Aktivitäten der BÄK und der Landesärztekammern zur Qualitätssicherung mit.

In Vertretung des geschäftsführenden Arztes der LÄKH nahm er zusätzlich an einzelnen Sitzungen der „Arbeitsgruppe Pandemie-Notfallplan“, der „Influenza-Pandemie-Beauftragten“ und der „Ständigen Konferenz der Geschäftsführer der Landesärztekammern“ teil.

### Weiter- und Fortbildung in Qualitätsmanagement für Ärzt(innen/e) und Arzthelfer/innen:

- In Zusammenarbeit mit der KVH 200 h - Kurweiterbildung Ärztliches Qualitätsmanagement;
- gemeinsam mit dem Inst. f. Transfusionsmedizin u. Hämostaseologie der Uni-Klinik Marburg zwei 40 h-Kurse „Qualitätsbeauftragter Arzt Hämotherapie“ und...
- Unterstützung der COS beim ersten 120 h „Fortbildungs-Curriculum Qualitätsmanagement für Arzthelfer/innen“.

### Kooperationen mit Ministerien und Behörden auf Landesebene:

- Arbeitsgruppe „Arbeitszeitmodelle“ des HSM (Dr. Susanne Köhler)
- „Diabetesbeirat“ des HSM (Dr. med. Kaiser)
- Verschiedene Arbeitsgruppen zur „Grippe-Pandemie“ des HSM (Dr. med. Kaiser)
- Krankenhausbedarfsplanung (Dr. med. Kaiser) – siehe auch Krankenhausausschuss!

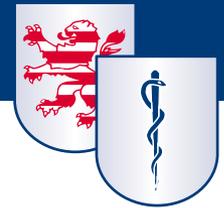
### Ausgewählte weitere Aktivitäten:

- Überwachung der Qualitätssicherung bei Anwendung von Blutprodukten gem. BÄK-Richtlinien
- Landesweites LÄKH-Projekt zur leitliniengemäßen Behandlung und Qualitätssicherung beim colo-rectalen Carcinom
- Telematikprojekt „CIMECS“ in Mittelhessen (Dr. med. Kaiser)
- Kooperation mit Referat Ärztinnen (Dr. Köhler) – siehe ebenda!

### Dr. med. Roland Kaiser

Leiter Qualitätssicherung, Versorgungsmanagement, Gesundheitsökonomie





## Krankenhausausschuss

Der Ausschuss verlor im Jahre 2006 durch den Tod von Prof. Dr. med. Klaus Knorpp (Gießen) und Prof. Dr. med. Helmut Nier (Offenbach) zwei langjährige, engagierte und verdiente Mitglieder. Wir werden beiden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. Als Nachfolger für Prof. Knorpp wurde inzwischen Prof. Weidner (Gießen) berufen.

### **MDK – Kontrollen der Notwendigkeit stationärer Behandlung und der DRG-Codierung**

Intensiv hat den Ausschuss auch 2006 die weiter ausufernde Überprüfungs- und Kontrollpraxis des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen beschäftigt. (Bereits 2004 hatten wir zu diesem Problem eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung im Fortbildungszentrum der LÄKH in Bad Nauheim durchgeführt. Eine Nachfolgeveranstaltung ist in Diskussion.) Die Prüfungen und Nachfragen des MDK im Auftrage der Krankenkassen entziehen letztlich immer mehr ärztliche Arbeitskraft (insbesondere auch die qualifizierter leitender Ärzte) der eigentlichen Patientenversorgung. Besonders problematisch ist aus Sicht der Klinikärzte im Ausschuss die rückwirkende Beurteilung der Notwendigkeit stationärer Behandlung nach Aktenlage durch den MDK. Diese werde der akuten Entscheidungssituation und haftungsrechtlichen Verantwortung des Krankenhausarztes bei der Patientenaufnahme in keiner Weise gerecht. Unter ökonomischen Aspekten ist überdies auch offen, ob der mit diesen Prüfungen insgesamt bei MDK, Krankenhäusern und Kassen verbundene Aufwand vielleicht sogar die dadurch für die Kassen erzielte Minderung der Leistungsausgaben übersteigt. Der Ausschuss bemüht sich, verlässliche und aussagekräftige Daten zu diesen Problemen zu sammeln.

### **Landeskrankenhausplanung**

Bereits 2004 hatte sich der hessische Landeskrankenhausausschuss (LKHA) mit einer Fortschreibung/Aktualisierung des noch aus den 80ziger Jahren stammenden Konzeptes ‚Anerkennung von Tumorzentren und onkologischen Schwerpunkten‘ beschäftigt. (U.a. wurden damals Tumorzentren unter der ‚Führung‘ internistischer Hämato-Onkologen als wegweisendes Modell diskutiert. Der Krankenhausausschuss sah diese Vorstellungen sehr differenziert und kritisch.) Schließlich gab das HSM eine aufwendige Strukturerhebung (mit schriftlicher Befragung Krebspatienten behandelnder Krankenhäuser und Vertragsärzte) bei der HA Hessen Agentur GmbH in Auftrag. Wir erarbeiteten zu den uns vorgelegten Fragebogenentwürfen unter Hinzuziehung einschlägig fachkundiger vertragsärztlicher Kollegen umfangreiche Änderungs- und Verbesserungsvorschläge. Diese wurden wohl auch in weiten Teilen übernommen. Aus verschiedenen Gründen verzögerten sich Befragung und deren Auswertung. Erst seit Ende 2006 liegen Ergebnisse dieser Strukturerhebung vor.

Bis Mitte 2007 soll der allgemeine Teil des nächsten Hessischen Landeskrankenhausplanes und damit auch ein neues Fachkonzept zur Struktur der onkologischen Versorgung verabschiedet werden. D.h., dass in der ersten Jahreshälfte 2007 eine intensive Diskussion desselben unter erheblichem Zeitdruck zu erwarten ist. Ziel der Landesärztekammer ist es, bei der Festlegung allgemeiner Strukturanforderungen, Qualitätskriterien etc. für die Behandlung von Krebserkrankungen maßgeblich mitzuwirken. Ferner sind die Aktualität und Gültigkeit der seinerzeit von der LÄKH formulierten Qualitäts-Anforderungen an Krankenhäuser, die an der Notfallversorgung teilnehmen wollen, zu überprüfen.

### **Diskussion der Einführung einer monistischen Krankenhausfinanzierung**

Die zuständige Fachabteilung im HSM hat 2006 verschiedene Modelle für eine mehr oder weniger konsequente Einführung einer monistischen Gesamtfinanzierung der Krankenhäuser erarbeitet. Diese werden 2007 zu diskutieren sein. Ein wesentlicher Grund für die aktuelle Diskussion (u.a. in der Gesundheitsministerkonferenz der Länder) liegt in der Aushöhlung der derzeit noch dualen Finanzierung. Aufgrund ihrer schlechten Finanzlage haben sich die Länder in den letzten Jahren faktisch schon weitgehend aus der Krankenhausförderung zurückgezogen. (Hessen stellt diesbezüglich wohl noch eine positive Ausnahme dar.) Die Lage wird vollends unübersichtlich durch den kürzlich beschlossenen bundesweiten Gesundheitsfonds ab 2009. Die Einführung der Monistik wird vom HSM u.a. derzeit deshalb als ‚nicht machbar‘ angesehen, weil dadurch der Stellungsauftrag des Landes in Frage gestellt würde. Durch Wegfall eigener finanzieller Förderung verlöre das Land seinen direkten Einfluss auf die Krankenhäuser. Eine konsequent monistische Finanzierung dürfte auch erhebliche Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen ärztlicher Weiterbildung haben.

Weitere Themen könnten für den Krankenhausausschuss 2007 möglicherweise werden: Entwicklung des Belegarztwesens sowie von MVZ und IGV nach dem GKV-WSG (so genannte ‚Gesundheitsreform‘)

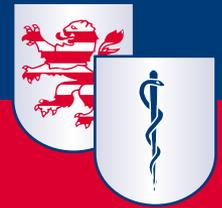
### **Dr. med. Wolfgang Furch**

Vorsitzender des Krankenhausausschusses der Landesärztekammer

### **Dr. med. Roland Kaiser**

Leiter der Qualitätssicherung, Versorgungsmanagement und Gesundheitsökonomie





## Rechtsabteilung

Zentral im Jahre 2006 standen die Vorbereitung und die Umsetzung der Dritten Änderung des Heilberufsgesetzes, welche zum 20. Oktober 2006 in Kraft getreten ist. Auf Grund der parallel zur Änderung des Heilberufsgesetzes laufenden Vorbereitungen für die satzungsmäßigen Umsetzungen konnten diese teilweise schon in der Delegiertenversammlung im November 2006 erfolgen. Wesentliche Regelungsgegenstände des neuen Heilberufsgesetzes waren die Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie und die Teilrechtsfähigkeit des Versorgungswerkes. Die aktuellen Gesetzesvorhaben im Bereich des Gesundheitswesens machten es zudem erforderlich, dass die Rechtsabteilung für verschiedene Ministerien und Behörden, sowie für Gremien und Fachabteilungen der Landesärztekammer entsprechende Stellungnahmen abgegeben hat.

Auch im Jahre 2006 hat die Beratung der Mitglieder großen Raum eingenommen. Der schon im Jahre 2005 festzustellende Anstieg des Beratungsbedarfes bei Fragen zu ärztlichen Kooperationsformen setzte sich auch im Jahre 2006 weiter fort. Insbesondere bei den sogenannten Teilgemeinschaftspraxen stand die Frage nach der Zahl der teilnehmenden Partner, des notwendigen räumlich nahen und koordinierten Zusammenwirkens im Fall des § 23 b Berufsordnung, die Zuweisung gegen Entgelt und die Frage, inwieweit tatsächlich eine gemeinsame Berufsausübung stattfindet, im Vordergrund. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Delegiertenversammlung im November 2006 § 18 der Berufsordnung neu gefasst hat. Auch für den Bereich der Teilgemeinschaftspraxen wurde das Verbot der Zuweisung gegen Entgelt konkretisiert. Daneben haben wir die Mitglieder beispielsweise bei Fragen der Schweigepflicht, des Datenschutzes und des berufsrechtlichen Wettbewerbsrechtes unterstützt.

Zahlreich waren ebenso Anfragen von angestellten Ärzten im Krankenhaus und in der Praxis. Neben allgemeinen Fragen aus dem Themenkreis Berufs- und Arbeitsrecht standen auch im Jahre 2006 die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus im Vordergrund.

Die Rechtsabteilung ist weiter für das Ausstellen der „Certificates of Good Standing“ zuständig. Für das Jahr 2006 wurden hierfür ca. 250 Anträge gestellt. Das verdeutlicht, dass das Interesse der hessischen Ärztinnen und Ärzte, im Ausland tätig zu werden, weiterhin besteht.

Als ein Beispiel für die Unterstützung der Fachabteilungen kann auch die Zusammenarbeit in Beitragsangelegenheiten genannt werden. Widersprüche und Prozesse werden hier in enger Abstimmung vorbereitet. Dies gilt aber auch für weiterbildungsrechtliche und melderechtliche Verfahren.

Nicht zuletzt ist die Rechtsabteilung in enger Abstimmung mit den Bezirksärztekammern Eingangsinstanz für berufsrechtliche Beschwerden. Sofern möglich, erfolgt eine Vermittlung. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, unterstützt die Rechtsabteilung das Präsidium bei der Entscheidung über das weitere Vorgehen.

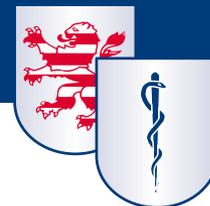
Nachfolgend können für das Jahr 2006 folgende Zahlen genannt werden: berufsrechtliche Anfragen 1.134, Beschwerden 495 sowie 41 Prozesse und ca. 420 allgemeine schriftliche Anfragen.

Ferner erfolgen die Gutachterbenennungen für anfragende Gerichte, Staatsanwaltschaften, Versicherungen, Rechtsanwälte und Privatpersonen von der Rechtsabteilung aus. Insgesamt wurden von dem Ärztlichen Referenten etwa 730 Gutachterbenennungen vorgenommen. Ferner übernimmt der Ärztliche Referent die Protokollierung der Delegiertenversammlung; diese trat im Jahre 2006 dreimal zusammen.

Zum Geschäftsbereich Recht zählen neben der Rechtsabteilung auch die Ethikkommission, die Gutachter- und Schlichtungsstelle sowie die Berufsgerichtliche Abteilung. Die Berichte dieser Stellen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

**Dr. iur. Alexander Schmid**  
Justitiar





## Berufsgerichtsabteilung

**I.** Nach dem Hessischen Heilberufsgesetz (§ 57) hat der Kammervorstand – das Präsidium – Ermittlungen anzustellen, wenn Tatsachen bekannt werden, die den Verdacht eines Berufsvergehens rechtfertigen. Dies geschieht in der Berufsgerichtsabteilung durch zwei freie Mitarbeiter, die die Befähigung zum Richteramt besitzen. Sie ermitteln selbständig und machen sodann dem Präsidium einen Vorschlag für die berufsrechtliche Behandlung des Falles, sei es eine Anschuldigung zum Berufsgericht, die Erteilung einer Rüge oder die Einstellung des Verfahrens aus unterschiedlichen Gründen. Im Jahre 2006 gingen in der Berufsgerichtsabteilung 52 Fälle ein (Vorjahr: 54), die weiterhin überwiegend umfangreich sowie tatsächlich und rechtlich schwierig waren.

Die Bearbeitung der anhängigen Sachen ist aus nachfolgender Aufstellung zu ersehen:

	2006	2005
<b>1. Verfahrensabschlüsse seitens der Landesärztekammer Hessen</b>		
§ 59 Abs. 1 HeilbG (Einstellung)	10	22
§ 59 Abs. 3 HeilbG (Rüge)	5	8
§ 59 Abs. 6 HeilbG (Einstellung gegen Geldauflage)	12	13
Ablehnung zu § 59 Abs. 6 Ziff. 2 HeilbG	0	1
Einstellung wegen Fortfall der Zuständigkeit	2	0
<b>2. Erstattung von Strafanzeigen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>3. Anschuldigungen zu den hessischen Heilberufsgerichten</b>	<b>12</b>	<b>18</b>
<b>4. Im Jahre 2005 wurden Gerichtsverfahren abgeschlossen durch</b>		
Urteil	12	9
Beschluss ohne Hauptverhandlung (§ 67)	3	6
Einstellung gegen Geldauflage (§ 66)	3	1
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 63 Abs. 1)	0	0
Verzicht auf Approbation seitens des Beschuldigten (§ 71 HeilbG)	1	0
<b>5. Berufungen zum Landesheilberufsgericht wurden eingelegt</b>		
seitens des Beschuldigten	1	2
seitens der Landesärztekammer Hessen	0	2

Geldbußen und -auflagen wurden in Berufsrechts- und Berufsgerichtsverfahren im Jahre 2006 festgesetzt durch:

Urteile	6.550,00 €
Beschlüsse	3.500,00 €
Beschlüsse durch die Landesärztekammer Hessen	20.050,00 €

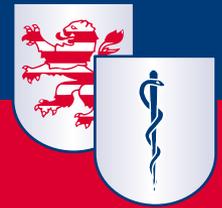
**II.** Die Zahl der bei den Berufsgerichten (einschließlich der Berufungsinstanz) noch anhängigen Verfahren hat abgenommen und beträgt nur noch 10 (Vorjahr: 16). Es bleibt abzuwarten, wie nach der Konzentration aller hessischen Berufsgerichtsverfahren auf das Berufsgericht Gießen durch die Änderung des Heilberufsgesetzes vom 16.10.2006 künftig terminiert werden wird.

Die Schwerpunkte der Anschuldigungen liegen – ähnlich dem Vorjahr – bei Vorwürfen des Verstoßes gegen Behandlungsgrundsätze, insbesondere gegen den Grundsatz der Achtung der Persönlichkeit und der Privatsphäre von Patienten, der überhöhten Abrechnung und der Nichtbeantwortung von Anfragen der Landesärztekammer Hessen wegen Beschwerden über Ärzte.

**Otto Koch**  
Vorsitzender Richter am LG a.D.

**Rainer Raasch**  
Vorsitzender Richter am LG a.D.





## Ethik-Kommission

Im Jahre 2006 sind **448** Anträge auf Prüfung eines Forschungsvorhabens bei der Ethik-Kommission eingegangen.

Davon wurden **74** Anträge durch die Mitglieder der Ethik-Kommission in **12** Sitzungen beraten.

**374** Anträge wurden für die Überprüfung von Forschungsvorhaben gestellt, bei denen der Leiter der Klinischen Prüfung nicht im Bereich der Landesärztekammer Hessen tätig ist und somit eine andere öffentlich-rechtliche Ethik-Kommission für die Bearbeitung federführend war. Hier ging es im Wesentlichen um die Beurteilung der Qualifikation der hessischen Prüfer und die Geeignetheit der Prüfstellen sowie die Erteilung von Zweitvoten.

Wie auch in den vergangenen Jahren wurden bei der Ethik-Kommission überwiegend Anträge zur Prüfung von Arzneimittelstudien eingereicht.

Weiterhin befasste sich die Ethik-Kommission mit Klinischen Prüfungen von Medizinprodukten und Forschungsvorhaben, die weder in den Anwendungsbereich des Arzneimittelgesetzes noch des Medizinproduktegesetzes fallen. Hierzu gehören insbesondere die epidemiologischen Forschungsvorhaben mit personenbezogenen Daten, bei denen Probleme des Datenschutzes im Vordergrund stehen.

Bei der Beratung sind – wie in den vergangenen Jahren berichtet – am häufigsten Mängel bei der Abfassung der Probanden/Patienteninformationen und Einverständniserklärungen festzustellen. So sind sie oft für die Studienteilnehmer schwer verständlich formuliert, und es wird über wesentliche Inhalte der Forschungsvorhaben, z. B. über Nebenwirkungen oder die Verwendung der bei der Studie gewonnenen Daten nicht klar genug aufgeklärt.

### Statistik Ethik-Kommission 2006

Jahr 2006 sind **448** Anträge auf Prüfung eines Forschungsvorhabens bei der Ethik-Kommission eingegangen.

Bei **74** Anträgen handelte es sich um Studien, die durch Mitglieder in **12** Sitzungen beraten wurden.

AMG – 57 Studien

MPG – 4 Studien

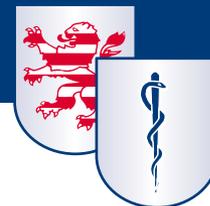
Sonstige Vorhaben – 13 Studien

**374** Anträge betrafen multizentrische Studien, für die bereits ein Votum einer öffentlich-rechtlichen Ethik-Kommission vorliegt.

**Dr. iur. Annkatrin Helberg-Lubinski**

Ethik-Kommission





## Gutachter- und Schlichtungsstelle

Satzungsmäßige Aufgabe der Gutachter- und Schlichtungsstelle ist es, unter Heranziehung von Fachärzten und Juristen zu klären, ob dem Arzt bei der Behandlung des Patienten ein vermeidbarer Fehler unterlaufen ist und er dem Patienten dadurch einen gesundheitlichen Schaden zugefügt hat. Das Verfahren ist für den Patienten kostenlos. In den Fällen, bei denen ein ärztliches Fehlverhalten festgestellt wird, erfolgt sehr häufig eine Schadensregulierung. Die Vermeidung eines unter Umständen langwierigen und kostspieligen gerichtlichen Verfahrens ist gerade in Zeiten der Mediation und der außergerichtlichen gütlichen Schlichtung ein nicht gering einzuschätzendes Ergebnis. Im Mittelpunkt des Verfahrens bei der Gutachterstelle steht der Patient, dessen Anliegen aufgrund sämtlicher verfügbarer Unterlagen – allerdings ohne Vernehmung von Zeugen – unvoreingenommen überprüft wird. Die Ergebnisse der Verfahren vor der Gutachterstelle dienen darüber hinaus dem Anliegen der Landesärztekammer, unter Zugrundelegung der gemeinsamen Statistik der Bundesärztekammer ihren Mitgliedern im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen typische ärztliche Fehler aufzeigen zu können.

In Zahlen stellt sich die Arbeit der Gutachter- und Schlichtungsstelle folgendermaßen dar: Im Jahre 2006 wurden bei der Gutachterstelle 814 Anträge gestellt. Hinzu kommen noch über 800 nicht erledigte Verfahren aus den Vorjahren. Insgesamt konnten 652 Anträge erledigt werden. In 233 Fällen war eine Begutachtung aus unterschiedlichen Gründen nicht nötig, 106 davon allein wegen Desinteresse des Antragstellers. 419 Gutachten wurden eingeholt. In 184 Fällen musste die Kommission (zusätzlich) entscheiden. In 8 Fällen entschied sie anders als der Gutachter. In 2 Fällen verneinte die Kommission vom Gutachter festgestellte Fehler, in 6 Fällen bejahte sie dagegen anders als der Gutachter vermeidbare Fehler.

### Die festgestellten Behandlungsfehler im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006

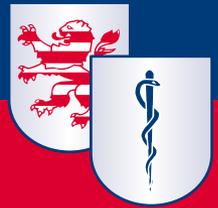
Überweisung/ Einweisung	1
Diagnostik	43
Indikation	4
Therapie, operativ/postoperativ	39
Dokumentation/ Organisation	6
Aufklärung	8

Hinter diesen Zahlen verbergen sich am wenigsten spektakuläre Fälle mit groben Behandlungsfehlern, wie sie in den Medien aufbereitet werden. Bei den vermeidbaren Fehlern handelt es sich zumeist um Unaufmerksamkeiten und Nachlässigkeiten, wie sie in allen Berufen und bei allen Menschen immer wieder einmal vorkommen. Hier werden dem behandelnden Arzt Fehlerquellen aufgezeigt, und er wird durch ein für ihn nachteiliges Gutachten zu erhöhten Anstrengungen angehalten. Des Öfteren aber hat der Arzt nicht für den Schaden aufgrund eines Behandlungsfehlers einzustehen, sondern ist deshalb verantwortlich, weil er den Patienten vor Behandlungsbeginn nicht ausreichend über die entsprechenden Risiken aufgeklärt hat.

### Dr. Katharina Deppert

Vorsitzende Richterin am BGH a.D.





## Gutachterbenennung

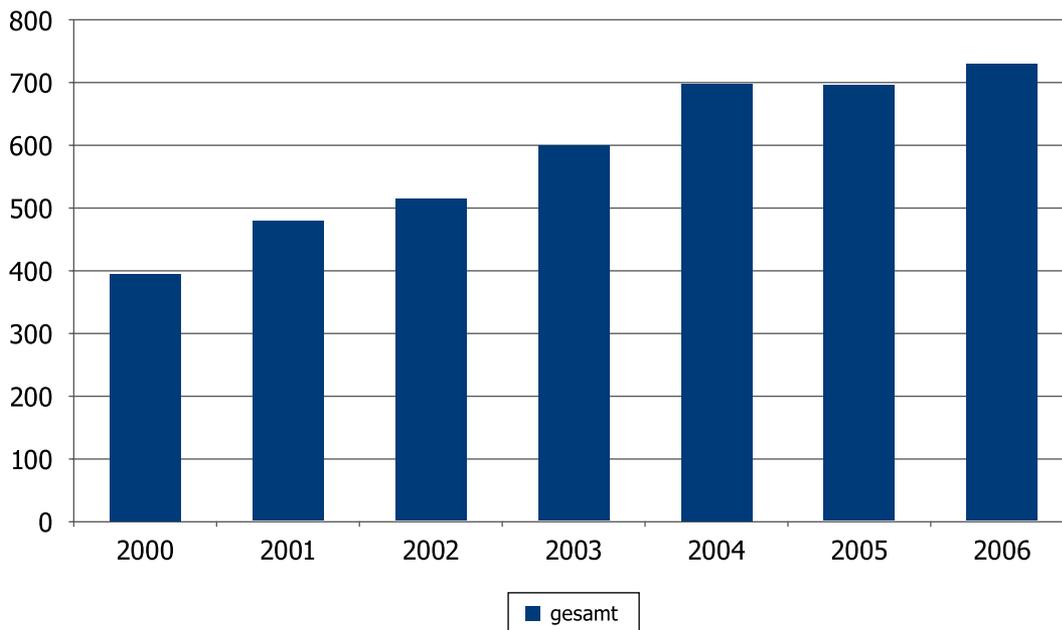
### Gutachterbenennungen:

für anfragende Gerichte, Staatsanwaltschaften, Versicherungen, Rechtsanwälte, Privatpersonen	ca. 730
--	---------

Beschwerden über Ärzte- /Patientenumfragen	ca. 50
--	--------

– abschließende Bescheide	ca. 20
---------------------------	--------

### Gutachterbenennungen III-1-Lei





## Kaufmännische Geschäftsführung

Die Abwicklung und Aufzeichnung aller finanziellen Geschäftsvorgänge, das sind grob umschrieben die Aufgaben des Finanz- und Rechnungswesens. Die Kaufmännische Geschäftsführung ist für die ordnungsgemäße und sparsame Führung des Haushalts verantwortlich und wird deshalb auch in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Kammer eingebunden, mit dem Ziel, jährlich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der von der Delegiertenversammlung beschlossene Haushaltsvoranschlag mit Anlagen ist an sieben aufeinanderfolgenden Tagen für die Kammerangehörigen auszulegen. Diese Ankündigung wird im Amtlichen Mitteilungsblatt, dem Hessischen Ärzteblatt, in der Februar-Ausgabe bekannt gegeben.

Nach der Haushalts- und Kassenordnung (HKO) wirkt der Finanzausschuss bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags mit. Der Entwurf ist ihm vor der Beschlussfassung im Präsidium rechtzeitig vorzulegen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses trägt im Präsidium dessen Stellungnahme und Vorschläge zur Änderung des Haushaltsvoranschlags vor. Das Präsidium, so § 14 der HKO, legt den von ihm beschlossenen Haushaltsvoranschlag der Delegiertenversammlung zur Beschlussfassung vor. In der Delegiertenversammlung am 25. November 2006 wurde der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2007 verabschiedet.

Dem Haushaltsvoranschlag 2007 (Gesamthaushalt) mit einem Volumen von T€ 19.072.9 in Erträgen und Aufwendungen als auch dem Investitionshaushalt in Höhe von T€ 2.107.5 wurde von den Delegierten zugestimmt. Am gleichen Tag wurde auch der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC versehene Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme von T€ 30.240.0 sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit Erträgen in Höhe von T€ 19.681.0 und Aufwendungen von T€ 19.548.0 mit einem Jahresüberschuss von T€ 133 verabschiedet. Dem Präsidium wurde für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

Der Geschäftsbereich des Kaufmännischen Geschäftsführers erstreckt sich neben der Finanz- und Beitragsbuchhaltung auch auf die Personalabteilung und Hausverwaltung. Informationen über die Arbeit der Beitragsbuchhaltung finden Sie in einem gesonderten Bericht.

Neben den Routinearbeiten in der Personalabteilung, zu denen die Erstellung der monatlichen Gehaltsabrechnungen sowie Abrechnungen der Betriebsrenten an die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Führung der Urlaubskartei, der Arbeitszeitkonten sowie die Vorbereitung der Betriebsfeste gehören, war der Personalleiter in diesem Jahr insbesondere gefordert, um mit dem Versorgungswerk und den Personalräten eine neue, den ausgelaufenen Tarifvertrag ersetzende Regelung auf Basis gleicher Dienstvereinbarungen gemeinsam abzuschließen. Mit Datum 2. August 2006 wurde eine entsprechende Dienstvereinbarung über neue Vergütungsbedingungen zum Abschluss gebracht. Zum Ende des Jahres 2006 hatten ca. 75 % der Mitarbeiter/-innen einen neuen Vertrag unterschrieben. Die Delegiertenversammlung hatte am 2. Juli 2005 beschlossen, den BAT als Vergütungssystem in der Landesärztekammer Hessen nicht mehr anzuwenden.

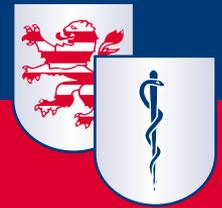
In der Hausverwaltung kümmert sich die Abteilungsleiterin mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um die Vorbereitung der Sitzungen und Besprechungen im Hause der Landesärztekammer in Frankfurt. Im Jahr 2006 fanden insgesamt 1.039 Sitzungen und Besprechungen statt. Die tägliche Eingangspost wird von der Hausverwaltung sortiert und an die einzelnen Geschäftsbereiche verteilt. Umfangreiche Botengänge, insbesondere für die Mitglieder der Ethik-Kommission, werden ebenso ausgeführt wie Vorbereitungen für Werbestände bei Ausstellungen und Messen, bei denen für den Beruf der Arzthelferin geworben wird. Die Besetzung der Telefonzentrale und damit verbunden die Vermittlung der eingehenden Gespräche sowie der Empfang der Gäste ist ebenfalls Aufgabe der Mitarbeiter/-innen in der Hausverwaltung.

Die Teilnahme des Kaufmännischen Geschäftsführers an den Präsidiumssitzungen und an anderen Ausschüssen, wie beispielsweise dem Bauausschuss und dem Vorstand der Carl-Oelemann-Schule, gehören neben der Vorbereitung der Finanzausschuss-Sitzungen und der Teilnahme an den Delegiertenversammlungen zu den Kernaufgaben. Als Vertreter der Landesärztekammer ist er Mitglied des Verwaltungsrates des Versorgungswerkes und wird auch zu den Aufsichtsratssitzungen des Versorgungswerkes eingeladen. Er ist neben den Herren Dres. Löschhorn und Golla vom Präsidium in die Finanzkommission der Bundesärztekammer bestellt worden. In dem kammerinternen Ausschuss „Betriebliches Vorschlagswesen“ vertritt er als Mitglied der Geschäftsführung die Kammer.

Der sich derzeit in Bearbeitung befindliche Jahresabschluss 2006 steht kurz vor dem Abschluss und wird anschließend den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

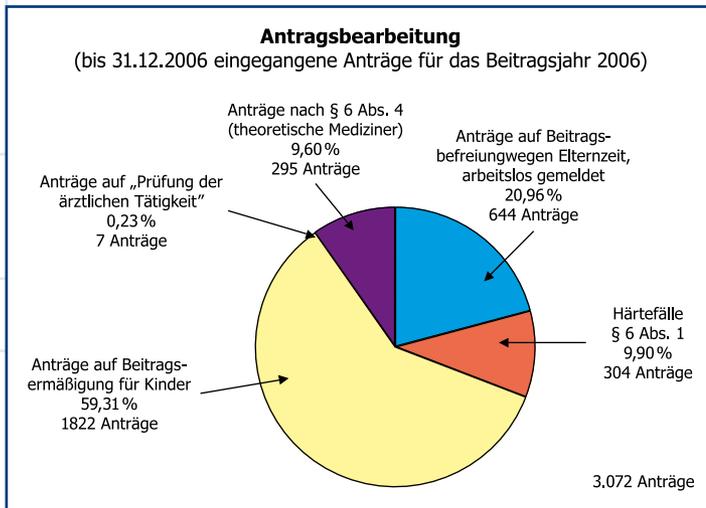
**Hans Schweikart**  
Kaufmännischer Geschäftsführer





## Beitragsbuchhaltung

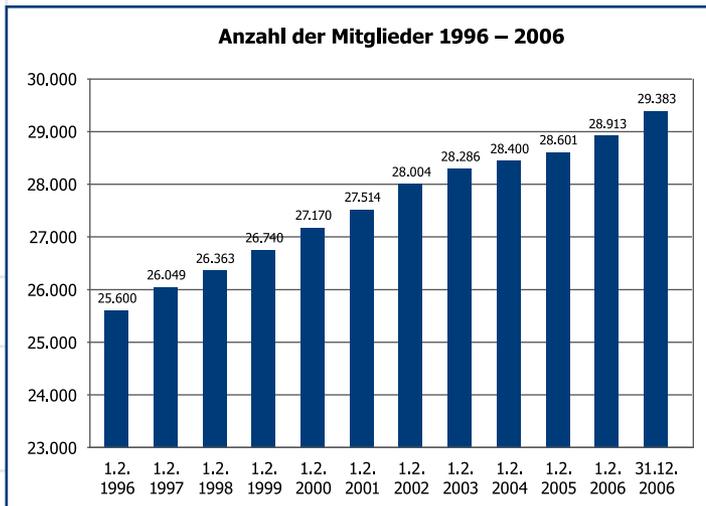
Das hessische Heilberufsgesetz bildet die rechtliche Grundlage für die Tätigkeiten der Kammer und ihre vielfältigen Aufgaben. Zur Deckung der Kosten, die der Landesärztekammer Hessen bei der Erfüllung dieser Aufgaben entstehen, werden Beiträge aufgrund einer Beitragsordnung nach den Maßgaben des jährlich zu erstellenden Haushaltsplanes erhoben. Die Ärztekammerbeiträge sind öffentlich-rechtliche Abgaben.



Die jährliche Beitragsveranlagung erfolgt durch die Einstufung des Pflichtmitgliedes.

Die Hauptaufgabe der Abteilung Beitragsbuchhaltung besteht in der Beratung der Kammerangehörigen im Zusammenhang mit der Beitragsveranlagung, der Prüfung und Erfassung der eingesandten Einstufungsbelege und Buchung der Zahlungen. Danach folgt der Versand von Beitragsbescheiden sowie Erinnerungen und Mahnungen an säumige Mitglieder und – wenn alle unsere Schreiben bei den säumigen Ärztinnen oder Ärzten nicht fruchten – auch die Einleitung von Verwaltungsvollstreckungsverfahren.

Des weiteren werden die vielfältigen Anträge unserer Kammerangehörigen wegen Beitragsermäßigung für Kinder nach § 6 Abs. 3 der Beitragsordnung, wegen „theoretischer Tätigkeit“ nach § 6 Abs. 4 der Beitragsordnung oder wegen Härtefällen, resultierend aus persönlicher oder wirtschaftlicher Notlage, nach § 6 Abs. 1 der Beitragsordnung und auf Beitragsbefreiung wegen Elternzeit oder Arbeitslosigkeit nach § 1 Abs. 4 der Beitragsordnung von uns bearbeitet.



Die Zahl der Kammerangehörigen und die zu bearbeitenden Einstufungen und Anträge sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Im Beitragsjahr 1996 waren 25.600 Mitglieder zu veranlagern, zum 31.12.2006 konnten wir 29.383 verzeichnen.

Erfreulich stimmt uns wiederum die erneute Zunahme der erteilten Einzugsermächtigungen der Kammerangehörigen um 2,1 % auf nunmehr 56,7 %. Dient dies doch der Einsparung von Verwaltungskosten und kommt somit den Kammerangehörigen zugute.

### Brigitte Dunzweiler-Leclerc

Abteilungsleiterin und Stv. Kaufm. Geschäftsführerin





## Finanzausschuss

Die 7 Mitglieder des Finanzausschusses, Dr. med. Norbert Löschhorn (Vors.), Dr. med. Günther Golla (stv. Vors.), Dr. med. Günter Haas, Rainer Oliver Ibing, Dr. med. Detlef Oldenburg, Prof. Dr. med. Jutta Peters und Dr. med. Peter Zürner, kommen in der Regel viermal im Jahr zusammen, um unter Leitung ihres Vorsitzenden, das Finanzgebaren der Kammer zu überwachen. Der Ausschuss ist ein Organ der Delegiertenversammlung, zu dessen Aufgaben nicht nur die Kontrolle des Finanzwesens gehört, sondern auch die Mitwirkung an der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags. In der Haushalts- und Kassenordnung der Landesärztekammer sind die einzelnen Aufgaben des Ausschusses festgelegt worden. Dazu gehören vornehmlich die Prüfung des Jahresabschlusses, der von einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft wird, die Beratung und Vorlage des Haushaltsvoranschlags im Präsidium sowie der Finanzbericht in der Herbstsitzung der Delegiertenversammlung. In insgesamt 5 Sitzungen konnte der Finanzausschuss die ihm gestellten Aufgaben erledigen.

Im Februar begrüßte der Vorsitzende Dr. med. Detlef Oldenburg als neues Mitglied im Ausschuss. Er war für den ausgeschiedenen Kollegen Frank-Rüdiger Zimmeck in den Finanzausschuss gewählt worden. Dr. Oldenburg ist als HNO-Arzt in Hessen niedergelassen und gehört dem Hauptausschuss der KV Hessen an.

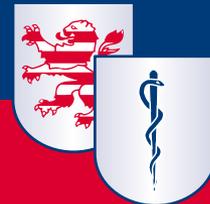
Neben den Routinetätigkeiten, der Kontrolle der Vermögensverwaltung, den Personalangelegenheiten und den Berichten zu den laufenden Geschäften der Kammer dominierten 2 Themen die Arbeit des Finanzausschusses: der Neuaufbau des Internates der Carl-Oelemann-Schule und die Dienstvereinbarung über die neuen Vergütungsbedingungen für das Personal der Kammer, die den BAT ersetzen wird. Der BAT verfuhr nach dem Alimentationsprinzip (Alter, Familienstand, Kinderzahl etc.) und war unabhängig von der Leistung der Mitarbeiter. Ferner enthielt er viele nicht mehr zeitgemäße Regelungen, die damit entfallen können. Das künftige Gehalt wird, abhängig von der Funktion, eine Grundvergütung beinhalten, die dreizehnmal gezahlt wird. Hinzu kommt eine Leistungszulage, die zwölfmal gezahlt wird. Die Delegiertenversammlung hatte am 2. Juli 2005 die Abschaffung des BAT und die Einführung einer neuen Vergütungsstruktur beschlossen. Der Personalrat und die Präsidentin haben Anfang August 2006 die neue Dienstvereinbarung unterschrieben.

Der Neuaufbau des Internates der Carl-Oelemann-Schule wurde, nach Zusage der Fördergelder von Bund und Land, ausführlich im Finanzausschuss behandelt, wozu eine eigene Sitzung der Delegiertenversammlung Anfang Juli einberufen worden war. Der Finanzausschuss hatte sich zuvor mit dieser Situation Ende Juni befasst und dieses Projekt ausführlich von allen Seiten beleuchtet. Eine ausführliche Darstellung findet sich im Bericht des Hauptgeschäftsführers. Nur soviel: Die Finanzgremien und die Delegiertenversammlung hatten ursprünglich beschlossen, lediglich eine Sanierung des Internates durchzuführen. Durch die Bewilligung von Fördergeldern war jedoch ein Abriss des maroden Gebäudes und Neuaufbau möglich gemacht worden. Dazu bedurfte es allerdings neuer Beschlüsse der Gremien. Der Finanzausschuss kam nach sehr kontroverser Diskussion mehrheitlich mit 2 Ablehnungen zu der Empfehlung an die Delegiertenversammlung, den Sanierungsplan fallen zu lassen und den Neuaufbau zu genehmigen.

In Vorbereitung der Delegiertenversammlung im November 2006 befasste sich der Finanzausschuss in 2 Sitzungen mit dem Jahresabschluss 2005 und dem Haushaltsvoranschlag 2007. Im Finanzbericht vor der Delegiertensammlung konnte der Vorsitzende von einem guten Ergebnis in 2005 berichten. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer lag vor, ein Jahresüberschuss von EUR 133.099,85 konnte ausgewiesen werden. Der Haushaltsvoranschlag 2007 konnte unter Beachtung einer sparsamen Haushaltsführung, ohne Entnahme aus den Rücklage und ohne Beitragssteigerung von der Kaufmännischen Geschäftsführung und dem Finanzausschuss erstellt werden. Die Delegiertenversammlung gab am 25. November 2006 dazu ihre Zustimmung.

**Dr. med. Norbert Löschhorn**  
Vorsitzender





## Gebührenordnungsausschuss

Die Landesärztekammer Hessen ist gehalten, bei Streitigkeiten zwischen Berufsangehörigen und Dritten, die aus der Berufsausübung entstanden sind, zu schlichten, zu gebührenrechtlichen Fragen auf Ersuchen von Behörden Stellung zu nehmen und auf Anfrage von Beteiligten Liquidationen zu prüfen. Dies ergibt sich aus § 5 Abs. 1 Ziffern 3 und 5 Heilberufsgesetz, § 12 Abs. 3 Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen.

Im Jahr 2006 sind 384 schriftliche Eingaben zu verzeichnen; daraus ergibt sich im Vergleich zu dem Vorjahr (433) mithin eine leicht rückläufige Tendenz. Auf hohem Niveau bewegen sich dabei weiterhin die Anfragen bzw. Beschwerden von Patienten mit 228 (Vorjahr: 233). Soweit feststellbar, bot davon in 111 Fällen die teilweise Nichterstattung von Leistungen durch private Krankenversicherungen bzw. Beihilfestellen Anlass zur Vorsprache. Hier ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (84 Fälle) zu verzeichnen. Auffallend ist dabei, dass allein 35 Eingaben (Vorjahr: 5) auf das Erstattungsverhalten einer Einrichtung zurückzuführen sind. Schriftliche Anfragen von Ärzten sind mit 80 (vorher 97) leicht rückläufig. Private Krankenversicherungen haben 35 Eingaben (Vorjahr: 43) hereingereicht, die seit einigen Jahren zu beobachtende abnehmende Tendenz hat sich hier bestätigt, ebenso wie bei Anfragen von Beihilfestellen (27, Vorjahr: 40). Die verbleibenden Eingaben betreffen Anfragen anderer Behörden wie z.B. Versorgungsamt, Ärztekammer, Staatsanwaltschaft und Amtsgericht.

Bei Analyse nach Gebietszugehörigkeit ergibt sich, dass das Gebiet der Orthopädie nach wie vor führend ist (44, Vorjahr: 57), unverändert gefolgt von der Chirurgie (40, Vorjahr: 53), der Allgemeinmedizin (31, Vorjahr: 34), der Neurochirurgie (27, Vorjahr: 14), der Inneren Medizin (26, Vorjahr: 27), der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde (23, Vorjahr: 28) und der Haut- und Geschlechtskrankheiten (ebenfalls 23, Vorjahr: 18), der Frauenheilkunde (16, Vorjahr: 25), der Urologie (14, Vorjahr: nicht gelistet) sowie der Radiologie (11, Vorjahr: 13). Nicht erwähnte Gebiete bewegen sich im einstelligen Bereich, bei 52 Anfragen ist eine Zuordnung nicht erfassbar.

Soweit einzuordnen zeigt sich, dass niedergelassene Ärzte in 239 Fällen (Vorjahr: 272) involviert gewesen sind, Krankenhausärzte in 93 Fällen (Vorjahr: 113).

In sieben Fällen (Vorjahr: fünf) hat das Präsidium der Landesärztekammer Hessen die Aufnahme berufsrechtlicher Ermittlungen beschlossen u.a. wegen des Verdachts der Falschabrechnung, des Verstoßes gegen die Pflicht zur sorgfältigen Behandlung von Patienten und Ausnutzen des Vertrauens der Patienten, des Ausnutzens der ärztlichen Vertrauensstellung durch Anbieten sog. IGeL-Leistungen obgleich als Kassenleistung durchführbar, des Einforderns eines Pauschalhonorars sowie unzureichender und nicht ordnungsgemäßer Dokumentation.

Bei Bearbeitung der Eingaben wird – sofern erforderlich – medizinischer Sachverstand schwerpunktmäßig durch unseren Gebührenordnungsausschuss eingebracht. Dessen ständige Mitglieder sind Dr. med. Th. Klippstein (Vorsitzender), Professor Dr. med. U. Finke (stellv. Vorsitzender) sowie Professor Dr. med. A. Hellstern. Aber auch externe Gutachter werden hinzugezogen. Nach wie vor hervorzuheben sind hier die Vertreter der Gebiete Orthopädie, Augenheilkunde und Hals-Nasen-Ohrenheilkunde.

Der Gebührenordnungsausschuss, dessen Geschäftsführung in der Rechtsabteilung angesiedelt ist, hatte sich im Jahr 2006 mit 119 Vorgängen (Vorjahr: 115) zu befassen, davon in 9 Fällen (Vorjahr: 17) mehrfach. Diese Arbeit wurde in 9 Sitzungen (Vorjahr: ebenfalls 9) bewältigt.

**Cornelia Rupp-Siemer**  
Assessorin





## Hilfsfonds

Die Einrichtung des „Hilfsfonds“ als Fürsorgeeinrichtung der Landesärztekammer Hessen (LÄKH) hat sich bewährt. Er wird tätig auf der Grundlage der Satzung „Hilfsfonds“, die in der Delegiertenversammlung vom 22. November 2003 beschlossen wurde.

Ziel war und ist es, in Not geratene Berufsangehörige oder deren Hinterbliebene zu unterstützen. Der Hilfsfonds stellt ein vom Präsidium der LÄKH verwaltetes Sondervermögen dar. Die Unterstützungsleistungen erfolgen nachrangig zu Mitteln der öffentlichen Hand. Über die Hilfgewährung entscheidet ein Ausschuss, der aus drei von der Delegiertenversammlung gewählten Mitgliedern besteht. Ein Ausschussmitglied soll dem Präsidium der LÄKH angehören.

Die Ausschussmitglieder sind: Dr. med. Christa-Baudisch Goltermann, Präsidiumsmitglied Dr. med. Siegmund Kalinski und Dr. Dr. med. Hans-Dieter Rudolph.

Mit Unterstützung der Geschäftsführung wurden ca. 40 Anträge beraten, geprüft, bearbeitet und entschieden. Auch im Vorfeld wurden umfangreiche Beratungen durchgeführt.

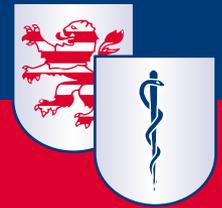
Eine gemeinsame Sitzung aller Ausschussmitglieder fand am 11. Oktober 2006 statt. Die übrigen Beratungen, Abstimmungen und Entscheidungen fanden telefonisch und in schriftlicher Form, im Wege des Umlaufverfahrens, statt.

Bekanntlich kann Unterstützung nur den Mitgliedern (oder deren Angehörige) gewährt werden, die Mitglieder der Landesärztekammer sind oder waren und ihren Beruf mindestens 10 Jahre ausgeübt haben. Die Unterstützungsleistungen erfolgen grundsätzlich als Darlehen, dessen Höhe, Verzinsung und Rückzahlungsmodalitäten der Ausschuss im Einzelfall festlegt.

Einmal jährlich hat der Vorsitzende des Ausschusses darüber hinaus der Delegiertenversammlung Rechenschaft über die Verwendung der Gelder abzulegen. Dies geschah in der Delegiertenversammlung vom 25.11.2006 mit einem Ausblick über die voraussichtliche Vermögenslage im Jahre 2007. Der Hilfsfonds unterliegt im Übrigen der jährlichen für das LÄKH-Vermögen durchgeführten Wirtschaftsprüfung.

**Dr.-Ing. Dr. med. Hans-Dieter Rudolph**  
Vorsitzender





## IVF/ET-Kommission

Das Jahr 2006 war geprägt durch acht Anträge von Ärzten zur Durchführung von künstlichen Befruchtungen nach § 121 a SGB V und von der Umsetzung der (Muster-)Richtlinie zur assistierten Reproduktion. In vier Sitzungen hat die IVF/ET-Kommission unter anderem über sieben Anträge (drei neue Anträge und vier laufende) von Ärzten nach § 121 a SGB V diskutiert. In ausführlichen Diskussionen wurden die Anträge begründet und in geschlossener Sitzung (ohne die Mitglieder, die selber künstliche Befruchtungen durchführen) beraten. Die Empfehlungen werden von dem Präsidium der Landesärztekammer Hessen beschlossen.

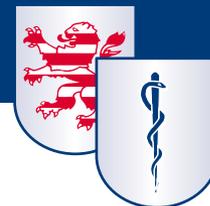
Über die Umsetzung der (Muster-)Richtlinie zur assistierten Reproduktion diskutierten die Mitglieder der IVF/ET-Kommission in drei Sitzungen. Da hier keine bundeseinheitliche Umsetzung vorgeschrieben ist, fand im Jahre 2006 erstmals ein bundesweiter Erfahrungsaustausch der Landesärztekammern im Hause der Landesärztekammer Hessen statt. Anlässlich dieses Erfahrungsaustausches wurde dargelegt, wie die einzelnen Landesärztekammern die (Muster-)Richtlinie zur assistierten Reproduktion umsetzen wollen.

Weiterhin beschäftigte sich die IVF/ET-Kommission in ihren Sitzungen mit der Erstellung von Kriterien für eine Bedarfsplanung von IVF/ET-Einrichtungen in Hessen.

Im Jahr 2006 wurden 140 Anträge von unverheirateten Paaren auf Genehmigung zur Durchführung einer künstlichen Befruchtung gestellt. Davon wurden 3 Anträge abgelehnt, ein Antrag ist noch in Bearbeitung und 12 Anträge wurden nicht weiterverfolgt, sprich nach Zusendung der Aufklärungsdokumente hat keine weitere Kontaktaufnahme des unverheirateten Paares stattgefunden. Es wurden sechs Anträge in den Sitzungen der IVF/ET-Kommission genehmigt. Somit wurden 118 Anträge im Umlaufverfahren von der IVF/ET-Kommission genehmigt.

**Miriam Hergert**  
Hauptgeschäftsführung





## Kommission „Lebendspende“

Seit 1997 regelt das neue Transplantationsgesetz (TPG) die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen. Hierzu gehört auch die Organentnahme bei lebenden Personen, die so genannte „Lebendspende“. Sie ist nur unter engen allgemeinen (z. B. Volljährigkeit) und medizinischen (z. B. absehbaren gesundheitlichen Beeinträchtigungen) Voraussetzungen möglich. Darüber hinaus muss eine Kommission gutachterlich dazu Stellung nehmen, ob begründete tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand verbotenen Handelstreibens ist. Diese Kommissionen werden von den Ärztekammern gebildet. In Hessen geschah dies im Januar 2001.

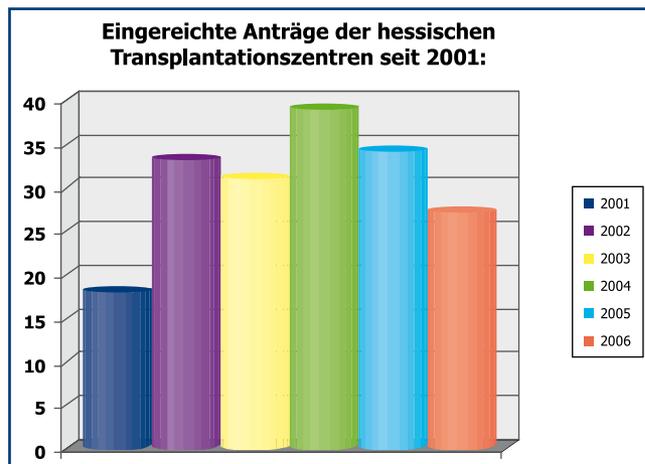
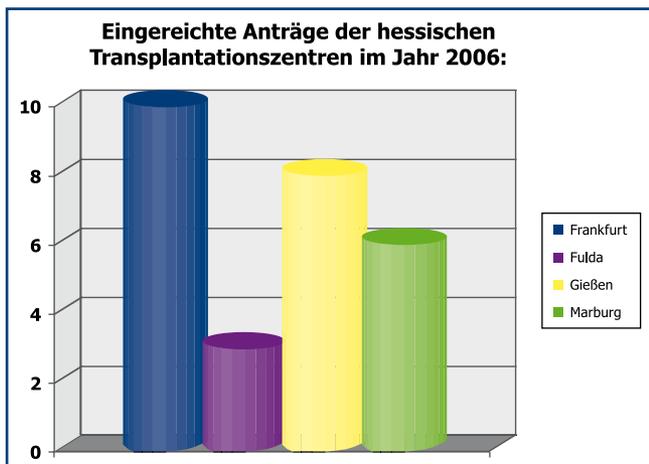
Bei den Lebendorganspenden spielen die Nierenspenden eine größere Rolle als die Leberteilspenden.

Grundsätzlich hört die Kommission den/die Spender/in persönlich an. Bei spendenwilligen Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wird ein Dolmetscher hinzugezogen. In ihren Gesprächen achtet die Kommission sehr darauf, ob eine umfassende und sachgerechte Aufklärung der Spender durch das jeweilige Transplantationszentrum sichergestellt wurde. Die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Transplantationszentren (Frankfurt, Fulda, Gießen und Marburg) in Hessen ist gut. Das Antragsformular und die Empfehlung für das psychologische Gutachten, die von der Kommission Lebendspende entworfen wurden, werden von den antragsstellenden Kliniken genutzt.

Die 7-köpfige Kommission (Dr. jur. Peter Eschweiler, Vorsitzender, Dr. jur. Thomas K. Heinz, Stellvertreter, Prof. Dr. med. Albrecht Encke, Mitglied, Prof. Dott./Univ. med. Vittorio Paolucci, Stellvertreter, Dr. med. Wolfgang Merkle, Mitglied und Dr. med. Christine Linkert) wurde vom Präsidium der Landesärztekammer Hessen im Einverständnis mit dem Hessischen Sozialministerium auf drei Jahre berufen. Sie besteht aus Ärzten, Personen mit der Befähigung zum Richteramt und Personen, die in psychologischen Fragen erfahren sind, in Hessen sind dies zwei Fachärzte für Psychotherapeutische Medizin. Die Landesärztekammer Hessen führt die Geschäfte der Kommission Lebendspende und stellt sicher, dass das Gremium in ärztlich begründeten Einzelfällen auch ad hoc zusammentreten kann.

Die Lebendspende ist nur zulässig zur Übertragung auf Verwandte ersten oder zweiten Grades, Ehegatten, Verlobte oder Personen, die in besonderer persönlicher Beziehung stehen. Eine Organentnahme darf erst durchgeführt werden, wenn Organspender und -empfänger sich zu einer ärztlichen Nachbetreuung bereit erklärt haben.

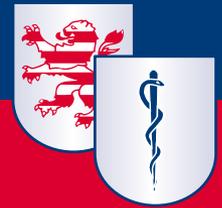
Seit 2001 wurden 182 Anträge zu geplanten Lebendspenden in 61 Anhörungen durchgeführt. Im **Jahr 2006** wurden **10 Sitzungen** von der Kommission Lebendspende mit **26 Anträgen** auf Lebendnierenspende und **1 Antrag** auf Lebendleberteilspende durchgeführt. Die Anträge im Jahr 2006 wurden alle beschlossen (keine Ablehnung).



Im Jahre 2006 fanden zwei Erfahrungsaustausche der Kommission „Lebendspende“ mit den Transplantationszentren statt. Anlässlich des im Dezember 2006 stattfindenden Erfahrungsaustausches wurde der langjährige (von Anfang an) Vorsitzende der Kommission „Lebendspende“ verabschiedet und sein Nachfolger vorgestellt.

Die Kommission „Lebendspende“ hat sich im Jahre 2006 nicht nur mit den Anträgen der Transplantationszentren zur Lebendspende befasst, sondern auch mit dem neuen Ausführungsgesetz zum Transplantationsgesetz und dem Gewebegesetz.

**Miriam Hergert**  
Hauptgeschäftsführung



## Referat für Ärztinnen

Der auf fast 60% angestiegene Anteil von Ärztinnen unter der Berufsanfängern wird in den nächsten Jahren neue Herausforderungen an die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen bringen: Nicht nur bei den Ärztinnen, sondern auch bei den Ärzten ist das Paradigma „Familie oder Beruf“ einem „Familie und Beruf“ gewichen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf war das Hauptthema des Referates für Ärztinnen in 2006, dem die ehrenamtlich tätigen Kolleginnen Dr. med. Birgit Drexler-Gormann, Dr. med. Hildegard Scheffer, Hildegard Schröder, Dr. med. Ulrike Berg und Dr. med. Susan Trittmacher sich mit tatkräftiger Unterstützung von Dr. Susanne Köhler, Stabstelle Qualitätssicherung, in drei Sitzungen aus verschiedenen Blickwinkeln gewidmet haben. Mehr als 4.000 hessische Ärztinnen wurden im Sommer 2006 nach ihrem Bedarf und dem tatsächlichen Angebot an Kinderbetreuung befragt. Die außerordentlich hohe Rücklaufquote liefert ein valides Datenmaterial: Über 90% aller befragten hessischen Ärztinnen fordern ein Betreuungsangebot für Säuglinge, über 95% für Kindergartenkinder und über 50% auch eine Betreuung über das Grundschulalter hinaus. Das derzeit sehr geringe Angebot kliniknaher Kinderbetreuung steht in krassem Widerspruch zum tatsächlichen Bedarf. Hält einerseits der Trend der Feminisierung in der Medizin an und unterbricht andererseits die zukünftig größte Gruppe berufstätiger Ärzte und Ärztinnen ihre Tätigkeit wird sich der jetzt schon deutliche Facharzt-/Fachärztinnenmangel dramatisch verschärfen. Die Landesärztekammer Hessen sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Und dass die Einrichtung von qualifizierten Kinderbetreuungsmöglichkeiten sich auch für die Krankenhausträger lohnt, zeigen Best-practice-Beispiele (Dtsch. Ärzteblatt 103 vom 8.12.2006). Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt stellte das Mentoring-Projekt dar: Nach Abschluss der dreijährigen Pilotphase unseres Mentoring-Projektes haben wir im Referat für Ärztinnen der Landesärztekammer beschlossen, das Mentoring neu zu strukturieren. Da sich die Vermittlung von One-to-One-Beziehungen sehr zeitintensiv gestaltet und wir nicht für alle Mentees eine geeignete Mentorin finden konnten, werden wir in Zukunft mehr in Richtung Gruppen-Mentoring agieren. Dabei möchten wir mit gezielten – außerfachlichen – Seminarangeboten unterschiedliche Zielgruppen, wie z.B. Ärztinnen zu Beginn der Weiterbildung, wissenschaftlich orientierte Ärztinnen, Wiedereinsteigerinnen oder Ärztinnen mit Niederlassungswunsch ansprechen. In regelmäßigen Abständen bieten wir ihnen Veranstaltungen an, wie zuletzt den Workshop „Sehen und Gesehen werden“ im Juli 2006. Erfolg im Beruf hat auch mit Vernetzung zu tun: Um die Kontaktaufnahme der hessischen Ärztinnen zu wichtigen berufspolitischen Meinungsführern zu erleichtern, hat das Referat für Ärztinnen der Landesärztekammer Hessen auch in 2006 sich um die Zusammenarbeit mit dem Hessischen Sozialministerium, dem Marburger Bund, dem Deutschen Ärztinnenbund und der Akademie der Ärztinnen bemüht. Das Referat für Ärztinnen der Landesärztekammer Hessen ist Mitglied des Ausschusses und der Ständigen Kommission „Ärztinnen“ der Bundesärztekammer und nahm aktiv an der Sitzung im März 2006 teil.

**Dr. med. Susan Trittmacher**

Vorsitzende





## Arbeitskreis Palliativmedizin

Die Palliativmedizin kommt Deutschland weit und besonders in Hessen in Fahrt. Sie kann allerdings nur dann erfolgreich für die sich ihr anvertrauenden Patientinnen und Patienten wirken, wenn multi-professionelle Teams die palliativmedizinische Versorgung wahrnehmen.

Die Verzahnung von akuter und dauerhafter medizinischer Versorgung einerseits und hospizlicher Begleitung andererseits mit der palliativmedizinischen Versorgung ist unverzichtbare Voraussetzung. Unter dieser Prämisse fand die 2. Fachtagung „Palliative Versorgung und hospizliche Begleitung in Hessen am 18. Januar 2006 in Zusammenarbeit der Landesärztekammer mit der Koordinations- und Ansprechstelle für Dienste der Sterbebegleitung und Angehörigenbetreuung (KASA) und der Landesarbeitsgemeinschaft Hospize Hessen (LAG) mit großzügiger Unterstützung der Willy Pitzer Stiftung unter der Schirmherrschaft der hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger in Bad Nauheim statt. Hierzu darf auf den Bericht „Netzwerk für humanes Sterben“ im Hessischen Ärzteblatt 3/2006 verwiesen werden. Von dieser Tagung mit ca. 120 Teilnehmern aus allen in der Patientenversorgung beteiligten Gruppen und Vertretern der Krankenkassen gingen wesentliche Impulse aus.

Diese Fachtagung wird auch in Zukunft ein Kumulationspunkt für alle palliativmedizinisch tätige Professionen in Hessen bilden. Die 3. Fachtagung am 31. Januar 2007 befasste sich unter noch größerer Teilnahme mit Palliativer Versorgung und hospizlicher Begleitung.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Arbeitskreis (Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, Dr. med. Michael Popović, Dr. med. Bernd-Oliver Maier, Dr. med. Angelika Berg, Dr. med. Elisabeth Lohmann, Dr. med. Wolfgang Spuck, Dr. med. Ingmar Hornke, Dr. med. Hans-Peter Böck, Prof. med. Dr. Elke Jäger) den Problemen der Organisationsstruktur und Finanzierung ambulant palliativmedizinischer Dienste sowie der Koordination und Kooperation mit stationären Einrichtungen. Hierzu erarbeitete der Arbeitskreis eine Stellungnahme der Landesärztekammer zur palliativmedizinischen Versorgung in Hessen, die dem Sozialministerium an die Hand gegeben werden konnte. Darin wird der Bedarf für Hessen benannt und sie enthält Vorschläge der LAEKH zur Umsetzung einer Patienten nahen palliativmedizinischen Versorgung. Die wichtigsten Punkte in der Stellungnahme sind:

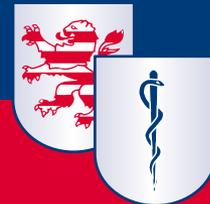
- Strukturierung der palliativmedizinischen Versorgung
- Zustandsbeschreibung und Forderungen der WHO
- Zustandsbeschreibung Europa
- Stellenwert der Palliativmedizin in Deutschland
- Zustandsbeschreibung in Hessen
- Formulierung des Soll-Zustandes
- Forderungen für die Entwicklung von Ist nach Soll
- Forderungen/Empfehlungen an politische Entscheidungsträger

Der Arbeitskreis und die zum Arbeitskreis gehörende ständige Konferenz Palliativmedizin legten u.a. auf die Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung und Aktualisierung durch Fortbildung besonderes Gewicht. So kann inzwischen die erfolgreiche Durchführung der Kurse Palliativmedizin in der Akademie für Ärztliche Fort- und Weiterbildung der LÄKH in Bad Nauheim festgestellt werden. Diese Kurse werden unter hohem, bis an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit gehenden Einsatz der verantwortlichen Dozenten, die dem Arbeitskreis angehören, durchgeführt.

Im Arbeitskreis besteht einmütig die Auffassung, dass eine optimale palliativmedizinische Versorgung zum Einen nur mit multiprofessioneller Zusammenarbeit erreichbar sein wird. Dabei muss auf vorhandenen regionalen Strukturen und Initiativen aufgebaut werden. Eine von oben übergestülpte Versorgungsstruktur, die sich auf den onkologischen Versorgungsbedarf fokussiert, geht an der Realität vorbei.

**Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach**  
Mitglied des Arbeitskreises





## Ausschuss Rettungsdienst

Der Ausschuss Rettungsdienst (Dr. med. Dipl.-Chem. Otto Nowak, Gisbert John, Detlev Kann, Monika Buchalik, Dr. med. Michael Gehrke, Prof. Dr. med. Paul Kessler, Karl-Heinz Krütt, Martin Leimbeck, Manfred Schulz) als beratendes Gremium des Präsidiums im Bereich der Notfall- und Katastrophenmedizin hat sich im Jahre 2006 bedingt durch die Fußball-Weltmeisterschaft in Frankfurt/Main aktuell mit Maßnahmen bei Massenanfall von Verletzten/Erkrankten beschäftigt und die (Ü)MANV-Konzepte des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt diskutiert.

Ein weiteres Schwerpunktthema war der „letter of intend“ verbunden mit der Notdienstordnung der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, die den Bereitschaftsdienst der Ärztinnen und Ärzte in Hessen regelt. Zu diesem Thema wurden intensive Gespräche zwischen dem Hessischen Sozialministerium, der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen und der Landesärztekammer Hessen geführt.

Die Umsetzung der Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“ ist bis zum Ende der Übergangsbestimmungen weiterhin ein Dauerthema. Nachdem die Delegiertenversammlung die neue Weiterbildungsordnung im Juni 2005 beschlossen hatte, konnte sie nach Genehmigung durch das Hessische Sozialministerium zum 01.11.2005 in Kraft treten. Im Rahmen der Übergangsbestimmungen können sich diejenigen Ärztinnen und Ärzte, die im Besitz der Fachkunde „Rettungsdienst“ der Landesärztekammer Hessen sind, auf Antrag die Urkunde für die Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“ ausstellen lassen. Am schnellsten und einfachsten geschieht dies auf der Internet-Seite der Landesärztekammer Hessen zur neuen Weiterbildungsordnung. Im Gegensatz zur Musterweiterbildungsordnung ist sowohl zukünftig als auch im Rahmen der Übergangsbestimmungen eine Prüfung nicht vorgesehen.

Nach den Planungen des Hessischen Sozialministeriums dürfen ab dem 01.11.2008 in Hessen nur noch Notärztinnen bzw. Notärzte eingesetzt werden, die im Besitz der neuen Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“ sind. Daher sollten alle „Fachkundler“ rechtzeitig die Umschreibung beantragen. Um auch zukünftig einen Engpass in der notärztlichen Versorgung zu vermeiden, werden dabei die Übergangsbestimmungen voll ausgeschöpft, das heißt, dass auch diejenigen, die bis zum 31.10.2008 den Fachkundenachweis Rettungsdienst der Landesärztekammer Hessen erwerben, diesen sofort in die neue Zusatzbezeichnung umschreiben lassen können.

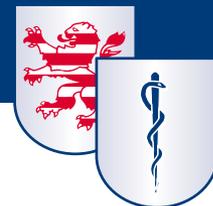
Die Frühdefibrillation durch Laien stand bei jeder Sitzung erneut auf der Tagesordnung. Unbestritten ist die Defibrillation bei Kammerflimmern/-flattern die Methode der ersten Wahl. Jedoch darf nicht außer acht gelassen werden, dass neben diesem lebensbedrohlichen Zustand eine Vielzahl von Notfällen existiert, die andere lebensrettende Sofortmaßnahmen erfordern. Deswegen ist die Breitenausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe von der Wichtigkeit her auf die gleiche Stufe zu stellen. Mein Wunsch: Jeder Hesse ein ausgebildeter Ersthelfer!

Weitere Themen des Ausschusses waren die Pandemieplanung, die Implementierung des Rettungsdienstes in das Sozialgesetzbuch V, Fortbildungsfragen im Bereich der Notfallmedizin, die Erweiterte Notkompetenz des ausgebildeten Rettungsdienstpersonals und die Verordnung zur Qualitätssicherung im Rettungsdienst, die die flächendeckende Einführung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst regelt.

Außerhalb des Ausschusses Rettungsdienst waren seine Vertreter in zahlreichen Ausschüssen und Gremien des Hessischen Sozialministeriums, wie dem Landesbeirat Rettungsdienst (Dr. Nowak), dessen Unterausschüssen Qualitätssicherung, Strukturfragen, Notärztliche Versorgung, Umsetzung und Fortschreibung des Rettungsdienstplanes und in Gremien und Ausschüssen des Hessischen Innenministeriums wie dem Landesbeirat für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und dem Katastrophenschutz (Dr. Popović) und dessen Unterarbeitsgruppen tätig.

**Dr. med. Dipl.-Chem. Paul Otto Nowak**  
Vorsitzender des Ausschusses Rettungsdienst





## Ausschuss „Umwelt und Medizin“

Vorsitzender des Ausschusses für die Legislaturperiode 2004 - 2008 ist Prof. Dr. med. Thomas Eikmann, sein Stellvertreter ist Dr. med. Rolf Teßmann. Weitere Mitglieder sind PD Dr. med. Ursel Heudorf, Dr. med. Sylvia-Gabriele Mieke, Dr. med. Susanna Schopper-Jochum, Prof. Dr. med. Uwe Gieler sowie Prof. Dr. med. Volker Mersch-Sundermann. Als Vertreterin der Landesärztekammer für das Regionale Dialogforum nimmt Prof. Dr. med. Caroline Herr als ständiger Gast an den Ausschusssitzungen teil. Die Vertretung der Landesärztekammer in der Lärmschutzkommission des Frankfurter Flughafens wird durch den Vorsitzenden wahrgenommen.

Der Ausschuss beschäftigte sich in seinen Sitzungen im Jahr 2006 - neben der weiterhin dominierenden Lärmschutzproblematik im Umkreis des Frankfurter Flughafens - weiterhin mit folgenden Problembereichen: Hygiene in Schulen und öffentlichen Einrichtungen, „Grüne Gentechnik“, Nichtraucherenschutz in Gaststätten, Feinstaubbelastung in der Außenluft und im Innenraum, Mobilfunk- bzw. Handynutzung, Influenzapandemie sowie weitere aktuelle Problematiken aus dem Bereich Umwelt und Medizin.

Am 21. Juli wurde in Kooperation mit dem Umweltforum der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Magistrat der Stadt Gießen eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Grüne Gentechnik“ durchgeführt. In diesem Meeting wurden von Referenten aus unterschiedlichen Fachgebieten die verschiedenen Perspektiven dieser heiß diskutierten Problematik dargestellt. Unter dem Titel „Grüne Gentechnik - Zukunftsforschung oder sinnloses Risiko?“ wurde in der September-Ausgabe des Hessischen Ärzteblattes darüber berichtet.

In einer weiteren Veranstaltung am 2. September 2006 in der Akademie in Bad Nauheim wurde die aktuelle Problematik von Hygienemängeln in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen aufgegriffen. Einen zusammenfassenden Bericht darüber erstattete PD Dr. Heudorf unter dem Titel „Hygiene in Schulen – (k) eine Utopie?“ im Hessischen Ärzteblatt, Ausgabe Oktober 2006.

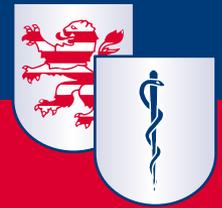
Mit dem Problemkomplex Passivrauchbelastung beschäftigt sich der Ausschuss schon seit mehreren Jahren. Im Jahr 2006 wurde wegen neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums) und der Diskussion über die gesetzliche Regelung des Nichtrauchererschutzes erneut eine Stellungnahme dazu erarbeitet und im Hessischen Ärzteblatt publiziert (Heudorf et al.: Gesundheitsrisiko Passivrauchen – zur Diskussion um den Nichtrauchererschutz in öffentlichen Räumen und in der Gastronomie. November-Ausgabe des Hessischen Ärzteblattes 2006). Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme erarbeitet, die – nach der Übernahme durch das Präsidium – anschließend als offizielle Stellungnahme der Hessischen Ärztekammer veröffentlicht wurde: „Stellungnahme der LÄK Hessen – Nichtrauchererschutz in Gaststätten ist überfällig“ (November-Ausgabe des Hessischen Ärzteblattes 2006).

Die Lärmschutzproblematik im Umkreis des Frankfurter Flughafens wurde im Ausschuss – wie bereits dargelegt – mehrfach aufgegriffen. Wegen der Veröffentlichung einer neuen, medizinisch besonders relevanten epidemiologischen Studie berichtete Prof. Dr. Caroline Herr als Vertreterin der Landesärztekammer im Regionalen Dialogforum mehrfach im Ausschuss zu den neuesten Erkenntnissen in diesem Zusammenhang. Außerdem publizierte sie eine Bewertung der relevanten Ergebnisse dieser Studie unter dem Titel „Belästigung durch Fluglärm - aktuelle Ergebnisse einer Studie im Umfeld des Frankfurter Flughafens“ in der Dezember-Ausgabe 2006 des Hessischen Ärzteblattes.

Zur Vorbereitung der Curriculären Fortbildung Umweltmedizin an der Akademie in Bad Nauheim wurden im Ausschuss vorbereitende Gespräche geführt und erste organisatorische Maßnahmen erörtert. Bei Redaktionsschluss dieses Berichtes hatte (im Februar 2007) bereits der erste Teil dieser Veranstaltung erfolgreich in Bad Nauheim in der Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung stattgefunden. Damit ist die Hessische Ärztekammer in Kooperation mit der Akademie der bisher erste und einzige Anbieter dieser neuen und zukunftsweisenden Fortbildungsveranstaltung in Deutschland.

**Prof. Dr. med. Thomas Eikmann**  
Vorsitzender





## EDV-Abteilung und Organisationsentwicklung

2006 stand die EDV Abteilung der Landesärztekammer Hessen erstmals in größerem Maße mit externen Kunden in Verhandlung, da mit den Projekten CIMECS, dem FoBi-Onlinepunktkonto und der Anpassung des Programms OnlineZert (Anerkennung von FoBi-Veranstaltungen) nicht nur die Mitarbeiter der Verwaltung, sondern auch die Mitglieder der LÄKH in den Fokus der Anwendungen gerückt sind. Nun zu den einzelnen Projekten:

Das Projekt CIMECS ist eine Initiative der Universitätsklinik Giessen mit dem Wirtschaftsministerium und der Deutschen Telekom. Ein Internetportal, das in der Uni-Klinik entwickelt wurde und auch das Datenhosting übernimmt, soll als Kommunikationsplattform für niedergelassene Ärzte und für Kliniker des Universitätsklinikums, sowie der neurologischen Klinik Braunfels dienen. Zugang zu diesem Portal können nur Ärzte erhalten, die von der LÄKH als Mitglieder nach dem Deutschen Signaturgesetz bestätigt wurden. Der Vorgang spiegelt die Prozesse wieder, die für die Beantragung eines elektronischen Arztausweises (eA) notwendig sind. Die LÄKH konnte somit die Chance nutzen, genau diese Prozesse neu zu definieren, die EDV-Programme anzupassen und Erfahrungen zu gewinnen, um im Falle der flächendeckenden Einführung des eA gut vorbereitet zu sein. Die Entwicklung des Onlinepunktkontos für die Fortbildung, die sich doch etwas schwieriger als erwartet gestaltete, konnte Ende 2006 abgeschlossen werden. Sie wurde inzwischen von ca. 150 Ärztinnen und Ärzten in einem Feldtest erfolgreich getestet. Noch für 2007 ist geplant, den Mitgliedern die Papierbescheinigungen anzuzeigen, die ab einem bestimmten Zeitpunkt in der Ärztekammer eingereicht werden. Der Start und die Vorgehensweise zum Erwerb eines Zugangs werden 2007 in einer Ausgabe des Hessischen Ärzteblattes beschrieben.

Das Programm OnlineZert für die Antragstellung zur Anerkennung und Bepunktung der zertifizierten Fortbildungsveranstaltungen hat 2006 ebenfalls ein neues Release bekommen. Auch hier, wie oben erwähnt, befinden sich die „Kunden“ der EDV-Abteilung nicht mehr in der Kammer sondern an unterschiedlichen Orten in Hessen. Dies natürlich nicht zu den erweiterten Service-Zeiten der LÄKH, sondern irgendwann im Laufe des Tages und der Nacht.

An dieser Stelle lässt sich bereits überleiten zu einem weiteren Aspekt dieses Paradigmenwechsels, Web-Anwendungen zu nutzen, um „Papierprozesse“ zu ersetzen, die Prozessgeschwindigkeit zu erhöhen und die Qualität der Aufgaben zu erhöhen. Dadurch, dass die Anwender im Internet nicht zu festen Zeiten arbeiten, ist eine Infrastruktur gefragt, die noch ausfallsicherer ist und praktisch keine Wartungsfenster mehr zulässt. Angesichts der allseits angespannten Budgetsituation und Entwicklung von neuen Anwendungen bedeutet dies einen wahren Spagat. Zu bedenken ist abschließend, dass hinter den Web-Entwicklungen auch interne Anpassungen an das unternehmensweite Datenmodell und die dazugehörigen Module stehen. Der Aufwand zur Schulung der Mitarbeiter sei hier nur am Rande erwähnt.

Auch wenn die neuen Prozesse und Möglichkeiten am Anfang noch etwas holprig beginnen, gibt es schon Erfolge, die an OnlineZert verdeutlicht werden sollen. Hatte die Anerkennungsstelle in 2004 mit zwei Mitarbeiterinnen ca. 1.500 Anträge zu bearbeiten, konnten in 2006 5 Mitarbeiterinnen 13.000 Anträge bescheiden. Gleichzeitig waren alle Anträge, Schreiben und Programme digital archiviert. Wir glauben, damit ein sehr anschauliches Beispiel dafür liefern zu können, warum dieser Weg weiter verfolgt werden soll. Und dies, obwohl er kein einfacher Weg ist, da die Organisation dieser ineinander greifenden Arbeitsabläufe aufgearbeitet und teilweise völlig neu definiert werden muss.

In der internen EDV-Umgebung der Landesärztekammer Hessen wird, wie ebenfalls bereits oben angesprochen, weiter an einer Konsolidierung der Serverlandschaft gearbeitet, um den künftigen Anforderungen gelassen begegnen zu können.

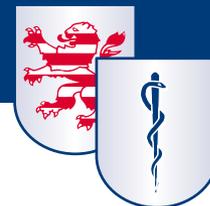
Die Virtualisierung von Servern, im Jahr 2006 begonnen, ist zum jetzigen Zeitpunkt schon so weit fortgeschritten, dass damit angefangen wurde, ausgemusterte Maschinen nicht durch „Blech“ zu ersetzen, sondern durch Server, die in Dateiform auf einer leistungsstarken Plattform laufen. Neben der höheren Verfügbarkeit seien hier nicht zuletzt auch solche Faktoren wie Abluft und Stromverbrauch erwähnt.

Für 2007 gehören neben der Entwicklung weiterer Internet-Anwendungen auch die Einführung von so genannten intelligenten Formularen zu den technischen Highlights. Diese Technik würde es ermöglichen, die von den Mitgliedern im Internet erfassten Formulare, die noch einer Unterschrift bedürfen, in der Kammer über einen Scanner zu erfassen. So könnte das manuelle Erfassen z.B. der Meldebögen oder anderer Formulare entfallen. Andere, neue und viel wichtigere Aufgaben könnten erledigt werden anstatt, wie bisher, das, was ein anderer (z.B. der Arzt) geschrieben hat, abzuschreiben. Natürlich werden wir uns auch dem Tagesgeschäft der IT widmen, wenn es um Dinge wie Windows, PCs, Telefonanlage, Datenbanken, Office, Email, PDAs oder Sicherheit geht, um nur einen kleinen Ausschnitt des Enterprise Netzwerkes der Landesärztekammer Hessen zu nennen.

**Dipl. Ing. Thomas Friedl**

Leiter der Abteilung EDV und Organisationsentwicklung



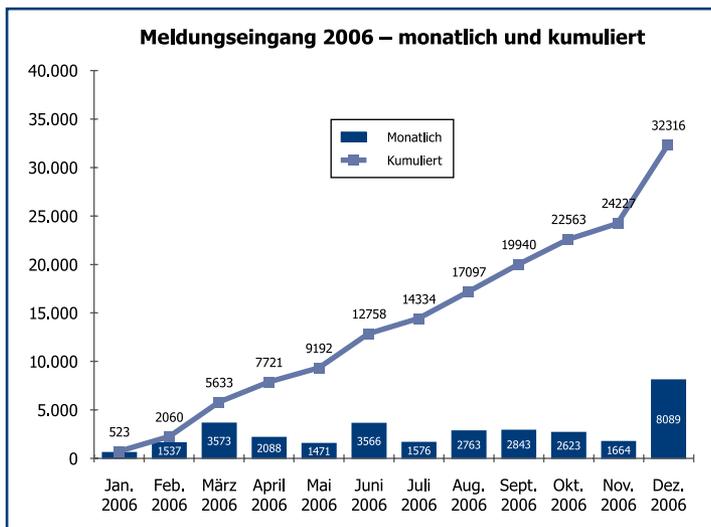


## Vertrauensstelle des Hessischen Krebsregisters

Die bei der Landesärztekammer in Frankfurt angesiedelte Vertrauensstelle bildet gemeinsam mit der beim Staatlichen Medizinaluntersuchungsamt in Dillenburg befindlichen Registerstelle das nach den Vorgaben des Hessischen Krebsregistergesetzes (HKRG) arbeitende Krebsregister. Die Aufgabe der Vertrauensstelle besteht in der Erfassung und Codierung aller bösartigen Neuerkrankungen und ihrer Vorstufen bei Patienten mit Wohnsitz im Regierungsbezirk Darmstadt. Hierzu müssen die meldepflichtigen Ärzte informiert und mit den entsprechenden Unterlagen ausgestattet werden. Die eingehenden Meldungen werden von den Mitarbeitern der Vertrauensstelle auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft, ggf. durch Nachfragen bei den meldenden Ärzten ergänzt, nach onkologischen Klassifikationen wie ICD-O und TNM codiert und schließlich im EDV-System erfasst. Nach Vorlage aller erforderlichen Informationen werden die Identitätsdaten der Patienten in einem speziellen Verfahren verschlüsselt (pseudonymisiert) und die so gewonnenen Schlüsselnummern zusammen mit den codierten medizinischen Daten an die Registerstelle des Krebsregisters in Dillenburg weitergeleitet. Dort erfolgt die dauerhafte Speicherung und epidemiologische Auswertung. Abschließend werden die ursprünglichen Daten in der Vertrauensstelle gelöscht. Dieses zweistufige Verfahren stellt sicher, dass die in der Registerstelle dauerhaft gespeicherten Daten keinen Rückschluss auf die betreffenden Patienten gestatten. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass Mehrfachmeldungen zu einem Patienten nicht zu Mehrfachzählungen führen.

Im Jahr 2006 konnte die Vertrauensstelle des Hessischen Krebsregisters ihren Erfolgskurs weiter fortsetzen. Bereits in den Vorjahren hatte sie nach mehrjähriger Erfassung der Krebserkrankungen aus den Todesbescheinigungen des Regierungsbezirks Darmstadt die Aufnahme der Meldetätigkeit für alle onkologischen Patienten aus Klinikabteilungen und Praxen angestoßen. Die Meldetätigkeit der behandelnden Ärzte hat sich im Berichtsjahr abermals deutlich intensiviert.

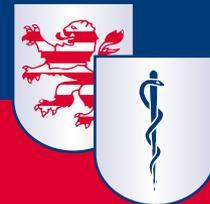
Die Ärzte im Geltungsbereich des Hessischen Krebsregistergesetzes erkennen die Bedeutung des bevölkerungsbezogenen Registers zunehmend an. Neben einer neuerlichen Zunahme der Zahl der Meldungen (32.316) im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr (28.967, +11,6%) zeigt sich dies auch in der Bereitwilligkeit zur Kooperation mit der Vertrauensstelle bei Rückfragen und Korrekturen. Hervorzuheben ist insbesondere die hervorragende Mitarbeit der Pathologen, die eine Schlüsselstellung in der Diagnostik der Krebserkrankungen innehaben.



Neben den Erkrankungsmeldungen erhält die Vertrauensstelle schon seit mehreren Jahren Kopien der Todesbescheinigungen aus den Gesundheitsämtern des Regierungsbezirks, die ebenfalls erfasst und verschlüsselt werden. Sie geben Aufschluss über Todesursachen und ermöglichen die Berechnung von Überlebenszeiten der Krebspatienten. Im Jahr 2006 wurden 33.418 derartige Bescheinigungen bearbeitet. Der hessische Landtag hat am 17.12.2006 die Novellierung des Hessischen Krebsregistergesetzes verabschiedet. Wesentliche Neuerung ist die Erweiterung des Erfassungsbereichs auf die Regierungsbezirke Gießen und Kassel. Mithin ist ab 2007 die flächendeckende Krebsregistrierung für ganz Hessen sichergestellt. Eine entsprechende Unterrichtung der Ärzte in Mittel- und Nordhessen ist für das erste Quartal 2007 vorgesehen.

**Dr. med. Werner Wächter**  
 Ärztlicher Leiter der Vertrauensstelle des Hessischen Krebsregisters





## Menschenrechtsbeauftragter

Das Jahr 2006 war ein Meilenstein in der Arbeit des Menschenrechtsbeauftragten in Hessen. Normalerweise ist die Arbeit doch ganz wesentlich geprägt von Hilfe in Einzelfällen, kranken Abzuschiebenden und den damit verbundenen Gesprächen mit beteiligten Kollegen, Anwälten und Behördenvertretern. Das langfristige Interesse der Kammer ist es jedoch, staatliche Eingriffe, die für die Betroffenen eine unangemessene Härte bedeuten, im Vorfeld bereits zu verhindern.

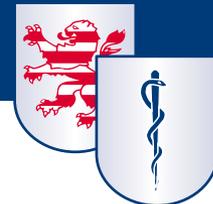
Ein erster wichtiger Schritt dazu waren die Gespräche 2004 mit den Vertretern der Innenministerkonferenz in Düsseldorf, die zeigten, dass Ärzte eine unverzichtbare Aufklärungsfunktion bei Behördenvertretern und Juristen haben, wenn es um Nicht-Wissen oder Vorurteile im Zusammenhang mit dem posttraumatischen Belastungssyndrom (PTBS) geht.

Der zweite Schritt war, mehr Ärztinnen und Ärzte in die Diagnostik des PTBS einzuführen, um die Gutachten auf diesem schwierigen und wissenschaftlich relativ jungen Gebiet zu versachlichen. Im Oktober fand an unserer Akademie in Bad Nauheim das erste Wochenendseminar zur Einführung des Weiterbildungsmoduls PTBS statt. Entgegen mancher Befürchtungen im Vorfeld waren nicht nur dieses, sondern auch bereits das zweite Seminar im Frühjahr 2007 kurz nach der Ankündigung ausgebucht.

Die Landesärztekammer Hessen hat ihre Schulaufgaben gemacht. Es ist nun Sache von Behörden und Gerichten in Hessen, Gutachter zu benennen, die aufgrund ihrer Kompetenz und Erfahrung über alle Zweifel erhaben sind, in Gutachten über Patienten mit PTBS und anderen psychischen Störungen andere als medizinische und medizinethische Maßstäbe anzulegen. Es ist zu hoffen, dass dies auf lange Sicht auch die Diskussion um die Abschiebung kranker Menschen versachlichen und humaner gestalten wird.

**Dr. med. Ernst Girth**  
Menschenrechtsbeauftragter





## Versorgungswerk der LÄKH

Das Versorgungswerk der Landesärztekammer Hessen mit Sitz in Frankfurt am Main ist eine besondere Einrichtung der Kammer. Das Versorgungswerk verwaltet sein Vermögen in eigener Rechtsträgerschaft und kann in eigenem Namen klagen, sowie verklagt werden. Aufgabe des Versorgungswerkes ist es, seine Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit, sowie deren Hinterbliebene abzusichern.

Das Versorgungswerk hat 2 Organe:

- Die **Delegiertenversammlung** ist oberster Souverän und beschließt u. a. Satzung und Satzungsänderungen des Versorgungswerkes, stellt den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss fest und wählt die 7 Mitglieder des Vorstandes.
- Der **Vorstand** leitet das Versorgungswerk. Er legt die Grundsätze und Rahmenbedingungen fest und beschließt z.B. die Richtlinien für die Vermögensanlage. Er überwacht den Geschäftsablauf, sowie die Entscheidungen der Geschäftsführer, z.B. als Widerspruchsbehörde. Der Vorstand handelt als Dienststellenleiter nach § 8 Abs. 3 Hessisches Personalvertretungsgesetz (HPVG). Ihm ist das zentrale Risikomanagement, die Öffentlichkeitsarbeit, das Personalwesen, sowie die zentrale Posteingangsstelle zugeordnet. Dem Vorstand der Wahlperiode 2007 – 2012 gehören an:  
Dr. med. Brigitte Ende (Vorsitzende), Dr. med. Gerhard Peleska (stellvertretender Vorsitzender), Dr. med. Harald Krieger, Dr. med. Matthias Moreth, Dr. med. Alfred Möhrle, Dr. med. Detlev Steininger, Dr. med. Susan Trittmacher.

Die **Geschäftsführer** werden vom Vorstand bestellt und führen jeweils in ihrem Bereich die laufenden Geschäfte des Versorgungswerkes, soweit sie ihnen durch Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Anlagerichtlinien oder Vollmacht übertragen sind.

Ressorts Versicherungsbetrieb (RA Klaus Selch): Mitgliederbetreuung, Buchhaltung; sowie Recht und EDV, soweit es die sachlichen Zuständigkeiten des Versicherungsbetriebs betrifft.

Ressorts Kapitalanlagen (Dipl.-Kfm. Friedrich-Wilhelm Floren): Wertpapiere der Direktanlage, Spezialfonds und Private Equity, Immobilien und Hypothekendarlehen.

**Versicherungsbetrieb:** Dem Versorgungswerk gehören zum Stichtag [alle Zahlen Stand 31.12.2006] 24.363 aktive Mitglieder (einschließlich 944 ruhende Anwartschaften) an, die im Berichtsjahr Beiträge in Höhe von 208,86 Mio. € entrichteten. 5.209\* Rentner und Hinterbliebene bezogen im Berichtsjahr Leistungen in Höhe von 94,23 Mio. €. (\*ohne Anzahl der Kinderzuschüsse von 827, diese wurden im letzten Tätigkeitsbericht noch zusammengefasst).

Die **Kapitalanlagen** des Versorgungswerkes wurden zum 31.12.2006 in 17 Wertpapierspezialfonds mit einem Volumen von insgesamt 2,94 Mrd. € von verschiedenen auf die jeweiligen Segmente (festverzinsliche Wertpapiere, internationale festverzinsliche Wertpapiere, Aktien etc.) spezialisierten Fondsmanagern betreut. Die Spezialfonds wurden zur Verbesserung des Berichtswesens und Vereinheitlichung des Reportings in 2 Masterfonds zusammengefasst. Das Versorgungswerk ist zum Stichtag darüber hinaus in der Direktanlage investiert in festverzinslichen Wertpapieren (Namensschuldverschreibungen) und Schuldscheindarlehen sowie Liquidität in einem Volumen von insgesamt 2.220,1 Mio. € und über Dachfonds in der Anlageklasse Private Equity in Höhe von 50,90 Mio. €. Ferner werden unmittelbar vom Versorgungswerk Grundschuldarlehen in einer Größenordnung von ca. 3,2 Mio. € betreut.

Die Immobilien- und Liegenschaftsverwaltung betreut ein Immobilienportfolio mit einem Buchwert von ca. 224 Mio. €.

### **Versorgungswerk** der Landesärztekammer Hessen

Vertreten durch die Vorsitzende des Vorstandes

Frau Dr. med. Brigitte Ende

Mittlerer Hasenpfad 25

60598 Frankfurt am Main

**Telefon:** 069 97964 0

Fax: 069 97964 599

**E-Mail:** [info@versorgungswerk-laekh.de](mailto:info@versorgungswerk-laekh.de)

Aktuelle Informationen über das Versorgungswerk, Beiträge und Leistungen erhalten Sie im

**Internet** unter [www.versorgungswerk-laekh.de](http://www.versorgungswerk-laekh.de)

(Verantwortlich für den Inhalt: Dr. med. Brigitte Ende)

